

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Dezember 2022



Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666

Schriftleitung

Birgit Niessner, Johannes Turnerr

Koordination und Redaktion Manfred Fluch

© Oesterreichische Nationalbank, 2022

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 30. November 2022

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage.....	4
Überblick.....	5
Weiterhin trübe Aussichten für die Weltwirtschaft.....	6
Krieg in der Ukraine dämpft Wachstumsaussichten in CESEE.....	10
Österreich: Konjunktur kühlt sich deutlich ab.....	13
Entwicklungen aus der Finanzstatistik.....	17
Geldvermögen der Haushalte erstmals seit Finanzkrise gesunken.....	18
Leistungsbilanz Österreichs im ersten Halbjahr 2022 positiv	21
Spezielle Kurzanalysen.....	23
Inflation und aktuelle Lohnabschlüsse.....	24
The scarring effects of deep recessions.....	28
Euroraumerweiterung: Beitritt Kroatiens per 1. Jänner 2023.....	33
Annex.....	39
Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022.....	40
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 5. Oktober bis 23. November 2022.....	48
Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen	52

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Bevor Mitte Dezember die EZB ihre neue Prognose vorstellt, haben im November die OECD und die Europäische Kommission ihre aktuellen Einschätzungen zur weiteren Wirtschaftsentwicklung präsentiert. Nach dem starken Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2021 von 6%, erwarten beide Institutionen, dass sich die globale Wachstumsdynamik im Jahr 2022 auf rund 3% halbieren wird. Während das erste Halbjahr noch von Aufholeffekten nach der COVID-Pandemie gekennzeichnet war, dämpfen die Folgen der Entwicklung im zweiten Halbjahr deutlich. Dies wird erst 2023 in vollem Umfang sichtbar werden. Die strengen COVID-Maßnahmen dämpfen währenddessen weiterhin die Wirtschaftsentwicklung in China. Vor diesem Hintergrund wird derzeit von einer weiteren Abschwächung des Weltwirtschaftswachstums auf rund 2 ½% im Jahr 2023 gerechnet. Erst im Jahr 2024 sollte es wieder zu einer Beschleunigung des BIP-Wachstums kommen. Gleichzeitig bleibt der Preisdruck weiterhin hoch. Für die OECD-Länder wird im Jahr 2022 eine Inflation von 9,4% erwartet, welche nur langsam auf 6,6% im Jahr 2023 und auf 5,1% im Jahr 2024 zurückgehen soll. Erste Signale einer Trendwende kommen jedoch aus den USA, dort ist die Inflation das vierte Monat in Folge leicht gesunken.

Im Euroraum wird gemäß den aktuellen Prognosen mit einem Höhepunkt der Inflation zum Jahreswechsel gerechnet. Allerdings wird die Inflation nach über 8% im Jahr 2022 nur geringfügig zurückgehen und im Jahr 2023 immer noch bei über 6% liegen. Erst 2024 nähert sich die Inflation wieder dem Preisstabilitätsziel der EZB von 2%. Die Geldpolitik des EZB-Rats zielt primär darauf ab, dem Risiko vorzubeugen, dass sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben. Vor diesem Hintergrund trifft der EZB-Rat seine geldpolitischen Entscheidungen aktuell von Meeting zu Meeting auf Basis der aktuellen Daten und unter Bedachtnahme der bisher getroffenen Maßnahmen sowie im Bewusstsein über die verzögerte Wirkung der geldpolitischen Transmission. Bei seinen weiteren Entscheidungen wird der EZB-Rat auch die nachlassende Wachstumsdynamik im Euroraum in seine Überlegungen mitaufnehmen. Für das Jahr 2023 erwartet die Europäische Kommission aktuell nur ein sehr geringes Wachstum von 0,3% für den Euroraum.

Trotz einer Stagnation oder milden Rezession zu Jahreswechsel wird für die meisten Euroraumländer im Jahr 2023 ein positives Wachstum erwartet. Im Gegensatz dazu erwartet das BOFIT für Russland in den Jahren 2022 und 2023 eine Rezession von jeweils 4%. Während der Abschwung 2022 in Russland somit milder ausfällt als zu Jahresbeginn erwartet, wird dieser der aktuellen Prognose folgend länger andauern. Die weniger starken Auswirkungen 2022 sind eine Folge der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der russischen Behörden (Kapitalverkehrskontrollen, Stützung des Rubelkurses) sowie der beträchtlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft.

In Österreich wurde Ende November die erste vollständige VGR für das dritte Quartal von Statistik Austria veröffentlicht. Demnach nahm das Wirtschaftswachstum von zuvor +1,9% im zweiten Quartal auf +0,2% im dritten Quartal deutlich ab. Das gering positive Wachstum wird jedoch einzig vom Beitrag der Lager und der statistischen Diskrepanz erklärt, während sowohl die Inlandsnachfrage als auch die Nettoexporte das Wachstum gedämpft haben. Die HVPI-Inflation betrug im November laut Schnellschätzung von Statistik Austria 11,1% (Oktober 11,5%). Der größte Beitrag zur Inflation kommt auch in Österreich von den Energiepreisen. Für Österreich wird mit einem Höhepunkt der Inflationsentwicklung zu Jahreswechsel gerechnet. Trotz eingetrübter Konjunkturaussichten und hoher Inflation zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin sehr robust.

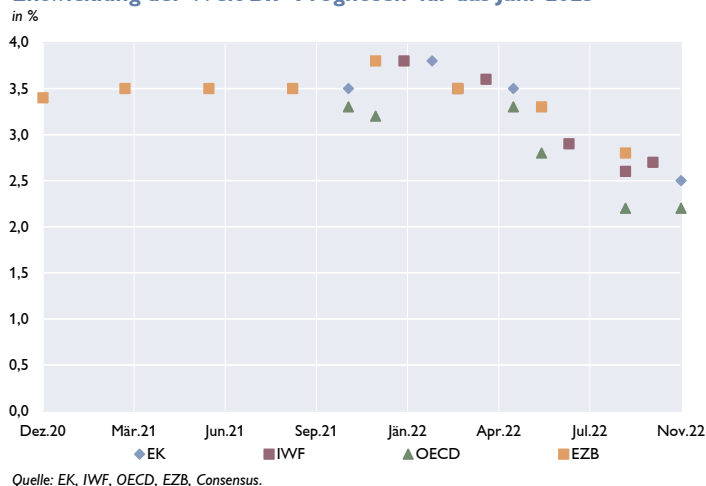
¹ Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur).

Weiterhin trübe Aussichten für die Weltwirtschaft²

Weltwirtschaft: Abwärtsrevisionen in Wachstumsprognosen

Im Angesicht von Krieg, Energie-, und Inflationskrise sind die Aussichten für das globale Wirtschaftswachstum weiterhin schlecht. Gemäß Prognose vom 22. November 2022 erwartet die OECD für 2023 ein globales Wachstum von 2,2%, ähnlich wie in der Prognose vom September, aber niedriger als in früheren Prognosen. Die Gründe hierfür liegen in weiteren, zu erwartenden Zinserhöhungen sowie in Vertrauenseinbrüchen und Unsicherheiten hinsichtlich der Energieversorgung. Für 2024 wird eine leichte Erholung des globalen Wachstums auf 2,7% erwartet. Die Risiken der Prognose bleiben jedoch beträchtlich und abwärtsgerichtet.

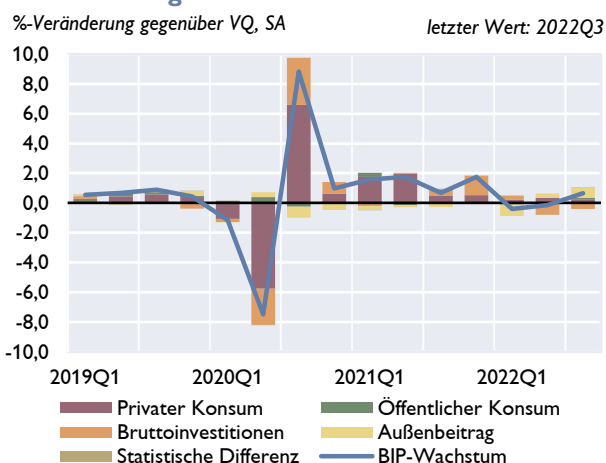
Entwicklung der Welt BIP-Prognosen für das Jahr 2023



Der Preisdruck bleibt trotz der Zinserhöhungen vieler Notenbanken weiterhin hoch. Für die OECD-Länder wird im Jahr 2022 eine Inflation von 9,4% erwartet, welche nur langsam auf 6,6% für 2023 und auf 5,1% für 2024 nachlassen soll.

USA: Viertes Monat infolge sinkende Inflationsraten

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum



Nach einer negativen Entwicklung des BIPs in den ersten beiden Quartalen, ist die Wirtschaft in den USA im dritten Quartal wieder um 0,65% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Wachstumstreibend war vor allem der Außenbeitrag, wohingegen die Investitionen weiterhin wachstumsdämpfend wirkten.

Die Inflationsrate (gemessen am CPI) war im Oktober mit 7,8% zwar weiterhin hoch, gleichzeitig aber um 1,2 Ppt niedriger als zum Höchststand im Juni. Die Inflationsrate ist damit das vierte Monat in Folge zumindest leicht gesunken. Auch die Kerninflationsrate ist im Oktober um 0,4

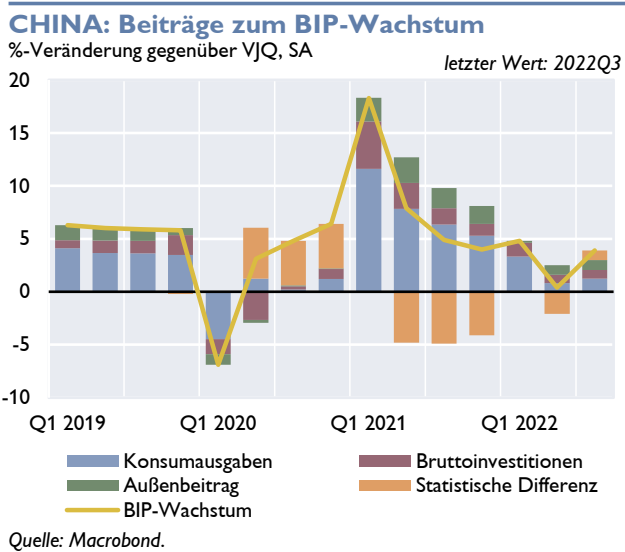
Ppt auf 6,3% gesunken. Die von der US-Notenbank Fed bevorzugte PCE-Inflationsrate (gemessen an den persönlichen Konsumausgaben) lag im September bei 6,2%. In ihrer jüngsten Sitzung

² Autor: Wolfgang Lechthaler (Referat International Economics)

Anfang November hat die Fed den Leitzins ein weiteres Mal um 0,75 Ppt angehoben, jedoch in Aussicht gestellt, dass künftige Zinsschritte geringer ausfallen könnten.

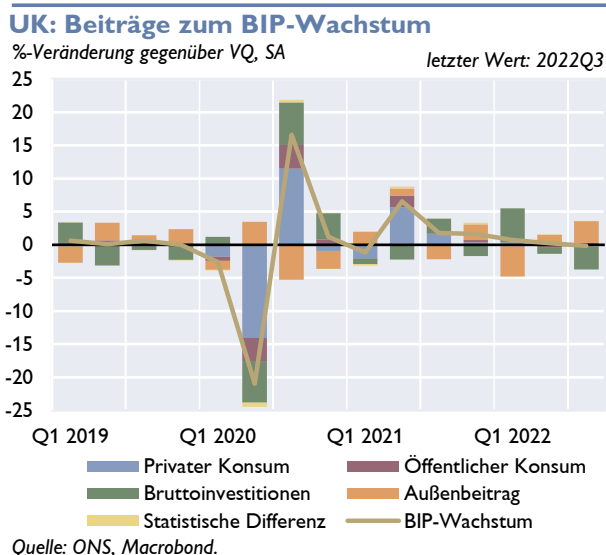
China: Deutliche Erholung im dritten Quartal

Nachdem aufgrund der harten Maßnahmen gegen Covid-Ausbrüche in China (z.B. Lockdowns in Shanghai und Peking) das BIP im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 2,7% gesunken war (bzw. gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr stagnierte), kam es im dritten Quartal zu einer deutlichen Erholung. Sowohl gegenüber dem Vorjahresquartal als auch gegenüber dem vorherigen Quartal betrug das Wachstum gleichermaßen von allen Komponenten. Die Inflation lag im Oktober bei moderaten 2,1%.



Für 2023 erwartet die OECD ein Wirtschaftswachstum von 4,6% nach 3,3% für 2022. Allerdings bestehen weiterhin Anspannungen am Immobilienmarkt. Auch eine Abkehr von der strengen Zero-Covid-Politik zeichnet sich derzeit nicht ab, sodass weitere Corona-Lockdowns ein zusätzliches, erhebliches Abwärtsrisiko darstellen.

UK: Weiterer Inflationsanstieg



Im Vereinigten Königreich hat sich die zuvor schwierige Lage am Markt für Staatsanleihen mit dem neuerlichen Regierungswechsel deutlich entspannt. Dennoch sind die Aussichten für das Wirtschaftswachstum weiterhin trüb. Nach zwei Quartalen mit gering positivem Wachstum zu Anfang des Jahres, wurde für das dritte Quartal eine schrumpfende Wirtschaftsleistung gemeldet (-0,2%). Verantwortlich hierfür waren vollumfänglich die privaten Investitionen (-3,4%). Positiv hingegen entwickelte sich der Außenbeitrag (3,3% Wachstumsbeitrag).

Für das Gesamtjahr 2022 rechnet die OECD noch mit einem Wachstum von 4,4%, für 2023 jedoch mit einem Schrumpfen der Wirtschaft um 0,4%. Gemäß dem britischen *Office for Budget Responsibility* dürfte die Wirtschaftsleistung erst gegen Ende 2024 wieder das Niveau von vor der Pandemie erreichen.

Trotz des schwachen Wirtschaftswachstums hat sich die Inflationsrate weiterhin erhöht und erreichte im Oktober mit 11,1% einen neuen Höhepunkt, nach 10,1% im September. Für 2023 rechnet die OECD mit einer Inflationsrate von 6,6%, ehe sie 2023 auf 3,3% sinken soll.

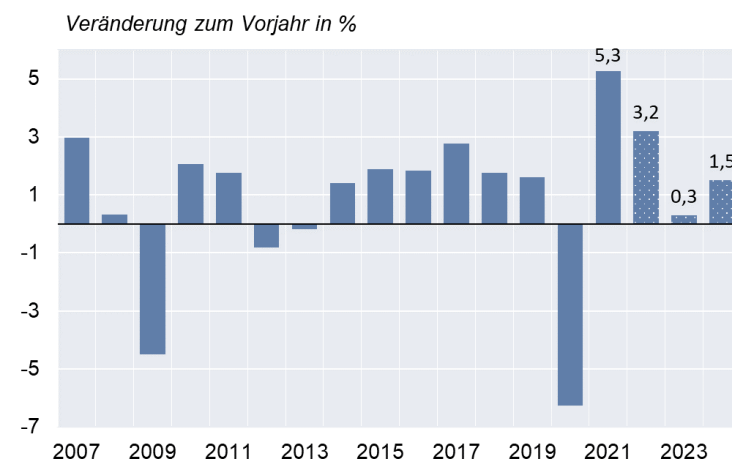
Euroraum: Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit³

Im dritten Quartal 2022 ist gemäß Schnellschätzung das saison-bereinigte Euroraum-BIP im Vergleich zum Vorquartal um 0,2% gestiegen; im zweiten Quartal lag die Wachstumsrate noch bei 0,8%. Damit hat sich die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum im dritten Quartal deutlich verlangsamt. Die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum wird durch die hohe Inflation, und durch den Ukrainekrieg und dessen

Folgen, z.B. im Bereich der Energieversorgung, beeinträchtigt. Hinzu kommen die restriktiveren Finanzierungsbedingungen und das langsamere Wachstum der Weltwirtschaft. Diese Entwicklung belastet auch das Vertrauen der Verbraucher:innen und der Unternehmen. Das Konsumentenvertrauen gemäß Umfrage der EK hat im Oktober 2022 zwar einen leichten Anstieg von 1,2 Punkten verzeichnet, lag aber dennoch nahe dem im September erreichten niedrigsten Stand seit Einführung des Indikators. Der Economic Sentiment Indicator, der die Erwartungen und Beurteilungen der Industrie und der Verbraucher:innen kombiniert, hat im Oktober seinen Rückgang fortgesetzt (-1,1 Punkte). Auch wenn sich der Arbeitsmarkt im Euroraum mit einer saisonbereinigten Arbeitslosenquote von 6,6% im September (-0,1 Prozentpunkte im Vergleich zu August) weiterhin relativ robust zeigt, dürfte die zu erwartende Wachstumsabschwächung zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit führen.

Die Europäische Kommission erwartet in ihrer am 11. November veröffentlichten Herbstprognose für 2022 ein BIP-Wachstum im Euroraum von 3,2% und für 2023 einen Rückgang des BIP-Wachstums auf 0,3%. Das relativ hohe Wachstum 2022 ist auf die gute Entwicklung im ersten Halbjahr zurückzuführen. Im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 wird hingegen ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit erwartet und damit eine technische Rezession. Während einerseits die positiven Effekte der Wiederöffnung der Wirtschaft nach der Pandemie nachlassen, gewinnen die negativen Auswirkungen des Ukrainekrieges und der hohen Energiepreise an Bedeutung. Mit der zu erwartenden Abschwächung des Preisauftriebs ist ab dem Frühling 2023 zwar wieder von einem positiven Wirtschaftswachstum auszugehen, das aber nachfragebedingt nur schwach ausfallen wird. Für 2024 wird von der Europäischen Kommission ein moderates Wachstum von 1,5% prognostiziert. Einerseits sollte sich 2024 der private Konsum aufgrund des Rückgangs der Inflationsrate und eines starken Lohnwachstums erholen, andererseits werden aber auch die realwirtschaftlichen Auswirkungen der geldpolitischen Straffungen stärker

Reales BIP Euroraum



Quelle: Eurostat. Gepunktet: Herbstprognose der Europäischen Kommission.

³ Autor: Christian Beer (Referat Konjunktur)

zu spüren sein. Die Prognose ist mit hohen Abwärtsrisiken behaftet zu denen insbesondere die Versorgungssicherheit mit Gas zählt. Die Wachstumseinschätzungen der Herbstprognose liegen damit deutlich unter jenen der Sommerprognose der Kommission, in der für 2023 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,5% erwartet wurde und etwas unter jener der Prognose im IWF World Economic Outlook vom Oktober, der für 2023 ein Wirtschaftswachstum von 0,5% prognostiziert. Sie liegt auch unterhalb der Septemberprognose der EZB, die für 2023 ein BIP-Wachstum von 0,9% und für 2024 eines von 1,9% erwartet. Die nächste Prognose der EZB wird am 15. Dezember veröffentlicht.

Euroraum: Energie- und Lebensmittelpreise treiben Inflationsrate auf 10,6% im Oktober

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Oktober 2022 bei 10,6%, gegenüber 9,9% im September. Die höchste jährliche Inflationsrate wies Energie auf (41,5%), gefolgt von Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak (13,1%) und Industriegüter ohne Energie (6,1%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) lag im Oktober 2022 bei 5,0%; gegenüber 4,8% im September. Der Preisdruck hat sich in der gesamten Wirtschaft weiter verstärkt und ausgeweitet. Das ist in erster Linie auf die stark steigenden Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Auch Lieferengpässe und die Nachfrage der Konsument:innen trieben die Preise weiter nach oben. Diese beiden Faktoren verlieren allerdings langsam an Einfluss. Darüber hinaus hat die Wechselkursentwicklung des Euro zur Inflationsentwicklung beigetragen.

Euroraum: HVPI-Inflation und ihre Komponenten



Quelle: Eurostat.

In der Herbstprognose der Europäischen Kommission wird für dieses Jahr eine HVPI-Inflationsrate von 8,5% erwartet. Auch wenn für 2023 ein Rückgang der Inflationsrate prognostiziert wird, bleibt sie mit einem Wert von 6,1% im Jahresdurchschnitt weiterhin hoch. Erst für 2024 wird dann eine Abschwächung der Inflationsrate auf 2,6% erwartet. Der Preisanstieg bei Energie wird bis zum Jahresende weiter zunehmen, 2023 zurückgehen und 2024 negativ werden. Die Inflationsprognose ist mit starken Aufwärtsrisiken behaftet zu denen unter anderem Angebotsschocks bei Rohstoffen zählen. Für 2023 entspricht die Prognose der Kommission in etwa jener des IWF World Economic Outlook vom Oktober, der eine Inflationsrate von 6,2% erwartet. Die Kommissionsprognose liegt über der Septemberprognose der EZB, die für 2022 von einer HVPI-Inflationsrate von 8,1%, für 2023 5,5% und für 2024 2,3% ausgegangen ist.

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 27. Oktober beschlossen, die drei Leitzinsen der EZB um jeweils 75 Basispunkte anzuheben. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die Zinsen in den nächsten Sitzungen weiter anheben wird, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2 %-Ziel zu gewährleisten. Die Geldpolitik des EZB-Rats zielt auch darauf ab, dem Risiko vorzubeugen, dass sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben.

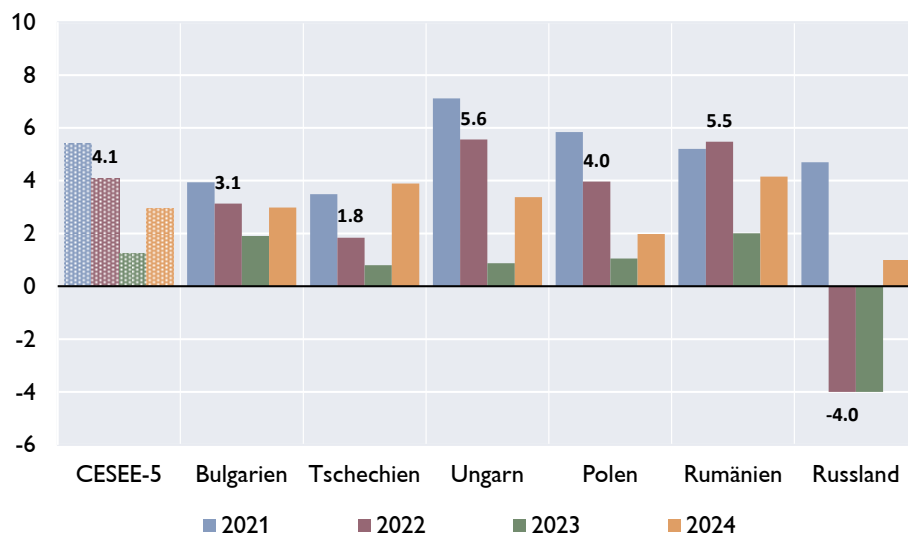
Krieg in der Ukraine dämpft Wachstumsaussichten in CESEE

OeNB-Prognose für CESEE-5: Alle Nachfragekomponenten werden sich bis 2023 weiter abschwächen, EU-Fonds unterstützen weiterhin Investitionen⁴

Die ersten beiden Quartale des Jahres 2022 überraschten mit einem starken Wachstum in allen Ländern mit der Ausnahme von Polen. Hochfrequenzindikatoren deuten jedoch darauf hin, dass die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften angesichts des sich drastisch verschlechternden externen Umfelds, das durch die hohe Inflation und den Krieg in der Ukraine geprägt ist, schwindet. Wir gehen in unserer Prognose davon aus, dass der Status quo in Bezug auf den Krieg in der Ukraine über den Projektionszeitraum hinweg mehr oder weniger unverändert bleiben wird. Das bedeutet insbesondere, dass die Sanktionen bestehen bleiben und das EU-Import-Embargo für russisches Öl Ende dieses Jahres in Kraft treten wird. Die Inflation wird einer der entscheidenden Faktoren für unsere Prognose bleiben und wir gehen von einer weiterhin hohen Inflation bis zumindest Mitte 2023 aus. Die Geldpolitik steht vor der Herausforderung die Inflationserwartungen gut zu verankern und gleichzeitig die Wirtschaftstätigkeit nicht zu sehr zu dämpfen, während die Fiskalpolitik ihren die Konjunktur stützenden Kurs fortsetzen wird.

BIP-Wachstum in ausgewählten CESEE-Ländern

reales Wachstum in %



Anmerkung: realisierte Werte für 2021, OeNB-BOFIT Projektionen für 2022-2024

Quelle: Eurostat, Rosstat, OeNB, BOFIT.

Die zweite Jahreshälfte 2022 wird durch eine spürbare Abschwächung aller Nachfragekomponenten gekennzeichnet sein. Auf Länderebene ergibt sich ein gemischtes Bild: Während sich der private Konsum in Polen und Rumänien besser halten wird, wird er in Tschechien 2022 und 2023 stagnieren und in Bulgarien und Ungarn rückläufig sein. Der öffentliche Konsum wird über den gesamten Projektionszeitraum im CESEE-5-Aggregat einen konstanten, aber geringen positiven Beitrag (von etwa 0,3 Prozentpunkten) zum BIP-Wachstum leisten. Insgesamt gesehen sind die Bruttoanlageinvestitionen die Nachfragekomponente, die der

⁴ Autorin: Julia Wörz (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

Konjunkturabschwächung am besten standhält. Vor allem werden die Investitionen vom starken Zustrom von EU-Fördermitteln profitieren. Gleichzeitig sollten sich aber die verschlechterten Finanzierungsbedingungen und die drastische Verlangsamung des globalen Wachstums dämpfend auf die Investitionstätigkeit auswirken.

Die Aussichten für die Exporte sind eindeutig trübe: Aufgrund der Sanktionen und der Wirtschaftsschwäche fällt Russland als wichtiger Exportmarkt weg und die Auswirkungen des Krieges lassen auch für die großen westlichen Exportmärkte wie Deutschland eine deutliche Wachstumsverlangsamung erwarten. Gleichzeitig kämpft China mit einer Immobilienkrise und den wirtschaftlichen Auswirkungen der Null-COVID-Strategie. Die Endnachfrage aus China ist ein wichtiger Faktor für die europäischen Wertschöpfungsketten (insbesondere in der Automobilindustrie). Störungen in den internationalen Lieferketten könnten wieder auftreten und würden unterschiedliche Produktionslinien in verschiedenen Produktionsstufen betreffen. Viel mehr noch als Lieferunterbrechungen werden aber steigende Inputpreise ein Problem für Exporteure, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, darstellen. Der Rückgang des Importwachstums wird noch deutlicher als der des Exportwachstums ausfallen, sodass die Importe im nächsten Jahr nahezu stagnieren werden.

Das extrem hohe Maß an Unsicherheit hat seit unseren letzten Projektionen nicht nachgelassen. Die größten Risiken beziehen sich auf die Entwicklungen bei den wichtigsten Handelspartnern der CESEE-5, die Entwicklung des russischen Krieges in der Ukraine und die künftige Inflationsentwicklung (einschließlich der möglichen Zweitrundeneffekte, die sich aus einer anhaltenden Hochinflationsphase ergeben). Während erneute großflächige pandemiebedingte Lockdowns aus heutiger Sicht unwahrscheinlich erscheinen, stellen möglicherweise dauerhafte (strukturelle) Unterbrechungen in den Lieferketten ein weiteres großes Risiko dar, das zu der derzeit bereits ungewöhnlich hohen Unsicherheit hinzukommt.

Die positive Wachstumsdifferenz gegenüber dem Euroraum von 1 Prozentpunkt im Jahr 2022 wird 2023 deutlich auf nur noch 0,3 Prozentpunkte schrumpfen, bevor sie sich 2024 wieder auf 1 Prozentpunkt erholt.

OeNB/BOFIT-Prognose für Russland: Krieg und Sanktionen führen zu einer anhaltenden Rezession in Russland

Der Krieg in der Ukraine und die strengen westlichen Sanktionen haben Russland in eine Rezession gestürzt. Dieser Abschwung ist jedoch bisher milder ausgefallen als ursprünglich erwartet, da die russischen Behörden effektiv makroökonomisch gegengesteuert haben. Die Einführung von Kapitalkontrollen trug dazu bei, große Kapitalabflüsse zu verhindern und einen massiven Ansturm auf Banken zu unterbinden. Die damit einhergehende Stabilisierung des Rubel wirkte sich dämpfend auf die Inflation aus. Ein weiterer Faktor, der den Abschwung abfederte, waren die immer noch beträchtlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Diese wurden von den hohen Ölpreisen und der Umleitung von Ölexporten (aber auch von Kohle) in Länder gestützt, welche keine Sanktionen verhängten.

Das BIP wird den Projektionen zufolge 2022 um 4% und 2023 um weitere 4% schrumpfen, bevor das Wachstum 2024 mit etwa 1% wieder in den positiven Bereich zurückkehren wird. Der private Konsum wird aufgrund der hohen Inflation und anschwellender Unsicherheiten deutlich zurückgehen (ebenso wie die Einzelhandelsumsätze) und der wichtigste Faktor hinter der Rezession im laufenden Jahr sein. Auch die Bruttoanlageinvestitionen dürften vor allem wegen des massiven Abbaus von Lagerbeständen infolge der westlichen Handelsbeschränkungen für verschiedene Sektoren stark schrumpfen. Andererseits wird erwartet, dass die Nettoexporte im

Jahr 2022 sprunghaft ansteigen werden, da die Importe aufgrund der Sanktionen stark zurückgehen, die Exporte aber nur leicht sinken werden (vor allem bei Erdgas, Kohle, Holz und Stahl, während die Ölexporte weitgehend auf dem Niveau von 2021 bleiben). Die fiskalischen Stimuli dürften 2022 indessen nur mäßig ausfallen. Die Triebfedern hinter der weiteren Talfahrt der russischen Wirtschaft werden sich 2023 ändern: Insbesondere werden die Nettoexporte wahrscheinlich tief in den negativen Bereich abrutschen, wenn das geplante EU-Embargo für russisches Tankeröl ab Ende 2022 umgesetzt und Russland keine neuen Abnehmer für die gesamten freigewordenen Mengen finden wird. Außerdem dürften sich die russischen Importe zumindest leicht erholen. Der private Konsum wird sich weiter geringfügig abschwächen oder auf dem niedrigen Vorjahresniveau stagnieren; dasselbe gilt für den öffentlichen Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen. Im Jahr 2024 dürfte die russische Wirtschaft wieder zu einem, allerdings sehr niedrigen, Wachstum von 1% zurückkehren.

Die Risiken für die Prognose sind abwärtsgerichtet. Die Unsicherheit ist riesig und mögliche größere Niederlagen im laufenden Krieg könnten destabilisierende politische und wirtschaftliche Auswirkungen für Russland haben. Eine Eskalation des Krieges und/oder des Wirtschaftskonflikts mit dem Westen könnte die Rezession in Russland im Jahr 2023 verschärfen und die Weltwirtschaft weiter schwächen, mit dementsprechenden Rückkopplungen auf Russland selbst. Angesichts dieser Gemengelage sind die Exportpreise für russisches Erdöl für 2023 und 2024 nur sehr schwer vorherzusagen. In jedem Fall dürften die erzielbaren Preise für russisches Öl aber niedriger als 2022 ausfallen und ein entsprechender Wachstumsimpuls ausbleiben.

Österreich: Konjunktur kühlt sich deutlich ab⁵

Geringes Wirtschaftswachstum im dritten Quartal

Am 30. November veröffentlichte Statistik Austria die erste vollständige VGR-Rechnung für das 3. Quartal 2022. Demnach ist die österreichische Wirtschaft um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Im Zuge der Schnellschätzung war für das dritte Quartal noch ein Rückgang um 0,1 % erwartet worden. Die Entwicklung der einzelnen Nachfragekomponenten ist sehr schwer zu interpretieren, da für die statistische Diskrepanz nun ein Wachstumsbeitrag von +2,0 Prozentpunkten (Pp) ausgewiesen wird. Im Gegensatz dazu ist der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage, der Nettoexporte und der Lager negativ. Hier sind im Rahmen zukünftiger Veröffentlichungen weitere Revisionen zu erwarten.

Bei einzelnen Nachfragekomponenten (und Deflatoren) kam es im Vergleich zur Schnellschätzung für das dritte Quartal zu beträchtlichen Revisionen. Der private Konsum ist nach der Revision ebenso geschrumpft wie die Bruttoanlageinvestitionen. Trotz einer merklichen Aufwärtsrevision im 3. Quartal (bei noch stärkeren Abwärtsrevisionen in den Quartalen davor) waren auch die Exporte rückläufig. Auf Basis der neuen BIP-Wachstumsrate und unter der Annahme eines leichten Rückgangs der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal ergibt sich ein BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2022 von rund 4 ¾ %.

Ergebnisse der VGR für Österreich vom 30.11.2022 (Q3)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitio	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerveränderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff	
	Veränderung zur Vorperiode in %				Wachstumsbeiträge in %-Punkten							
Q1 22	+1,2	+3,4	-1,8	+1,6	+0,4	+1,3	1,7	-0,5	-0,1	0,0	-0,0	
Q2 22	+1,9	-0,7	+1,8	-2,1	+3,4	-1,5	-0,5	2,9	0,1	-0,5	-0,4	
Q3 22	+0,2	-0,3	+0,1	-3,5	-1,6	-1,0	-1,0	-0,4	-0,3	2,0	1,6	
2020	-6,6	-7,9	-0,5	-5,0	-11,4	-9,2	-5,4	-1,7	0,1	0,4	0,5	
2021	+4,7	+3,4	+7,9	+8,8	+10,1	+13,5	5,5	-1,5	0,7	-0,0	0,7	

Revisionen gegenüber der VGR vom 28.10.2022 (Q3-Schnellschätzung)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlageinvestitio	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Nettoexporte	Lagerveränderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff	
	in Prozentpunkten											
Q1 22	-0,1	-0,1	+0,5	+0,2	-4,1	-2,3	+0,1	-1,2	-	-	1,0	
Q2 22	+0,1	-0,1	-1,0	-0,8	-2,4	-1,3	-0,5	-0,8	-	-	1,3	
Q3 22	+0,3	-1,0	+0,1	-3,2	+1,8	+0,1	-1,2	+1,2	-	-	0,4	
2020	+0,0	+0,0	-0,0	+0,0	+0,0	-0,0	+0,0	+0,0	-	-	0,7	
2021	-0,0	+0,0	-0,0	+0,0	-0,1	-0,1	+0,0	+0,0	-	-	0,0	

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Nächtigungen in der Sommersaison 2022 beinahe auf dem Niveau von 2019

Der Tourismus zählt im bisherigen Jahresverlauf zu den tragenden Säulen der österreichischen Wirtschaftsentwicklung. Wie von der OeNB erwartet, liegen die Nächtigungszahlen der

⁵ Autoren: Martin Schneider, Klaus Vondra (Referat Konjunktur).

Sommersaison 2022 (Mai-Oktober) nur geringfügig unter den Werten der Rekordsaison 2019. Einem Zuwachs von +4,4% bei inländischen Gästen stand ein Minus ausländischer Gäste (-3,8%) entgegen, in Summe lag die Anzahl der Nächtigungen somit um 1,4% unter dem Sommer 2019. Der aktuelle Preisschock und die hohen Infektionszahlen haben die inländische Nachfrage im Herbst gebremst. Starke Buchungen von Gästen aus Deutschland, den Niederlanden, mehreren CESEE-Ländern haben die weiterhin geringen Buchungszahlen aus weiter entfernten Ländern/Regionen (Asien, USA, UK, Frankreich) kompensiert.

Auf Basis von Zahlungskartenumsätzen erwartet die OeNB für den November einen geringen Zuwachs von 3% von Buchungen inländischer Gäste. Die Buchungen ausländischer Gäste werden hingegen rund 8% unter dem Vorkrisenniveau liegen. In Summe ist bei den Nächtigungen im November im Minus von 3,4% im Vergleich zum Vorkrisenniveau zu erwarten.

Für die kommenden Monate erwartet die OeNB vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Preise eine schwierige Wintersaison. Die Nächtigungszahlen sollten aber auf jeden Fall deutlich über dem Vorjahr liegen, da von keinen behördlichen Schließungen durch die Pandemie auszugehen ist.

Übernachtungen in Österreich

	Vorkrisenvergleich in %		
	Inländische Touristen	Ausländische Touristen	Gesamt
Jänner 22	-19,9	-35,4	-32,6
Februar 22	-18,8	-26,7	-25,0
März 22	-13,5	-20,4	-19,1
April 22	-1,7	-11,1	-8,4
Mai 22	7,8	-10,5	-3,3
Juni 22	5,7	-9,6	-4,9
Juli 22	3,7	-7,0	-4,3
August 22	0,8	3,3	2,6
September 22	5,8	0,3	1,9
Oktober 22	5,1	-5,9	-2,3
November 22	2,9	-8,2	-3,4

	Vergleich zur jeweiligen Vorkrisensaison in %		
Wintersaison 2020/21	-69,3	-96,6	-90,7
Sommersaison 2021	8,5	34,0	23,5
Wintersaison 2021/22	226,6	2393,5	847,2
Sommersaison 2022	4,4	-3,8	-1,4

	Vergleich zum Vorjahr in %		
2020	-20,9	-41,2	-35,9
2021	-6,3	-24,6	-18,7

Quelle: Statistik Austria und OeNB

Anhaltend hohes Wachstum im Jahresabstand überdeckt Abkühlung der Exportkonjunktur

Laut aktueller Veröffentlichung von Statistik Austria erreichte das nominelle Wachstum der österreichischen Güterexporte im August 2022 17,9 % (im Vergleich zum Vorjahresmonat) und fiel damit etwas stärker aus als in der letzten Veröffentlichung des Exportindikators erwartet wurde (+15,8%). Es wurde stark von den Gütergruppen Brennstoffe und Energie (+62%), Nahrungsmitteln (+21 %) und bearbeitete Waren (+19 %) getrieben.

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten

basierenden OeNB-Exportindikators hat sich das Wachstum der nominellen Güterexporte in den

LKW-Fahrleistung und Güterexporte

	LKW-Fahrleistung		Güterexporte, nominell	
	Veränderung zum Vorjahr in %		Veränderung zum Vorjahr in %	
	Nicht bereinigt	Saison- und arbeitstägig bereinigt	Nicht bereinigt	Saison- und arbeitstägig bereinigt
2022M04	-4.5	9.9	0.6	16.2
2022M05	8.4	28.6	3.7	21.7
2022M06	-1.8	18.7	-0.8	20.2
2022M07	-4.0	11.2	-0.5	15.7
2022M08	1.3	17.9	-1.3	14.6
2022M09	-0.0	16.0	0.1	16.0
2022M10	-0.5	14.3	-0.2	14.3
2021Q4	2.9	16.2	3.0	16.5
2022Q1	2.3	19.7	1.6	19.0
2022Q2	0.5	18.9	1.2	19.3
2022Q3	-1.0	14.9	-0.5	15.4
2020	-4.6	-7.1	-4.5	-7.2
2021	8.8	16.1	8.5	16.1

Anm: Fett markierte Werte sind Prognosewerte

Quelle: ASFINAG-Maut Service GmbH, Statistik Austria und OeNB

Monaten September und Oktober im Jahresabstand auf 16,0 % bzw. 14,3 % abgeschwächt. Das Niveau der saisonbereinigten Güterexporte erreichte hingegen bereits im Mai seinen Höhepunkt. Seither ist ein Rückgang zu verzeichnen. Im Oktober lagen die Exporte um 3,2 % unter dem Wert vom Mai. Dieser Rückgang dürfte auf ein rückläufiges Exportvolumen bei gleichbleibenden Exportpreisen hindeuten, da die LKW-Fahrleistung im gleichen Zeitraum fast genauso stark (-4 %) abgenommen hat.

Die Vorlaufindikatoren deuten mittlerweile eindeutig auf eine weitere Abkühlung hin. Die von der UniCredit Bank Austria erhobenen Exportauftragseingänge zeigen einen steilen Abwärtstrend. Der Exportauftragsbestand laut Europäischer Kommission – der sich lange Zeit aufgrund eines Auftragsrückstaus infolge von Lieferkettenproblemen seitwärts bewegte – ist seit einigen Monaten ebenfalls im Sinken.

Lage am Arbeitsmarkt weiterhin sehr stabil

Trotz der konjunkturell zunehmend angespannten Lage ist die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt weiterhin sehr stabil. Die Beschäftigung nahm im Vormonatsvergleich weiterhin langsam zu, das Beschäftigungswachstum lag im dritten Quartal 2022 mit +0,4 % sogar über

Saisonbereinigte Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

	Unselbstständig Beschäftigte		Arbeitslose und Personen in Schulung		Arbeitslosenquote in %		Offene Stellen	
	in 1.000	Veränderung zur Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung zur Vorperiode in %	AMS	Eurostat	in 1.000	Veränderung zur Vorperiode in %
2022M07	3.907,8	0,1	333	1,8	6,3	4,6	124	-2,0
2022M08	3.915,5	0,2	339	1,6	6,4	5,3	122,9	-1,2
2022M09	3.923,3	0,2	338	-0,4	6,3	5,1	121,0	-1,5
2022M10	3.931,5	0,2	339	0,4	6,3		122,8	+1,5
2021Q4	3.871,9	0,8	362	-4,8	6,9	5,3	114	+9,2
2022Q1	3.891,9	0,5	335	-7,5	6,4	4,6	125,5	+9,9
2022Q2	3.900,7	0,2	324	-3,4	6,3	4,4	128,4	+2,3
2022Q3	3.915,5	0,4	337	4,0	6,4	5,0	122,8	-4,4
2019	3.797,7	1,5	363	-4,6	7,4	4,8	77	+7,8
2020	3.717,2	-2,1	470	29,3	10,1	6,0	63,1	-18,1
2021	3.804,6	2,4	400	-14,9	8,0	6,2	94,9	+50,3

Quelle: HSV, AMS, OeNB.

jenem vom zweiten Quartal (+0,2 %). Obwohl die Anzahl der Personen, die arbeitslos gemeldet waren (zuzüglich jenen, die sich in Schulung befanden) auch ansteigt, ist die Arbeitslosenquote laut AMS über den Sommer beinahe konstant bei 6,3%

geblieben. Ebenso ist die Anzahl der offenen Stellen in den letzten Monaten überaus stabil. Der Arbeitsmarkt reagiert somit verzögert auf die Konjunkturabkühlung – in den nächsten Monaten ist jedoch mit einer Verschlechterung zu rechnen.

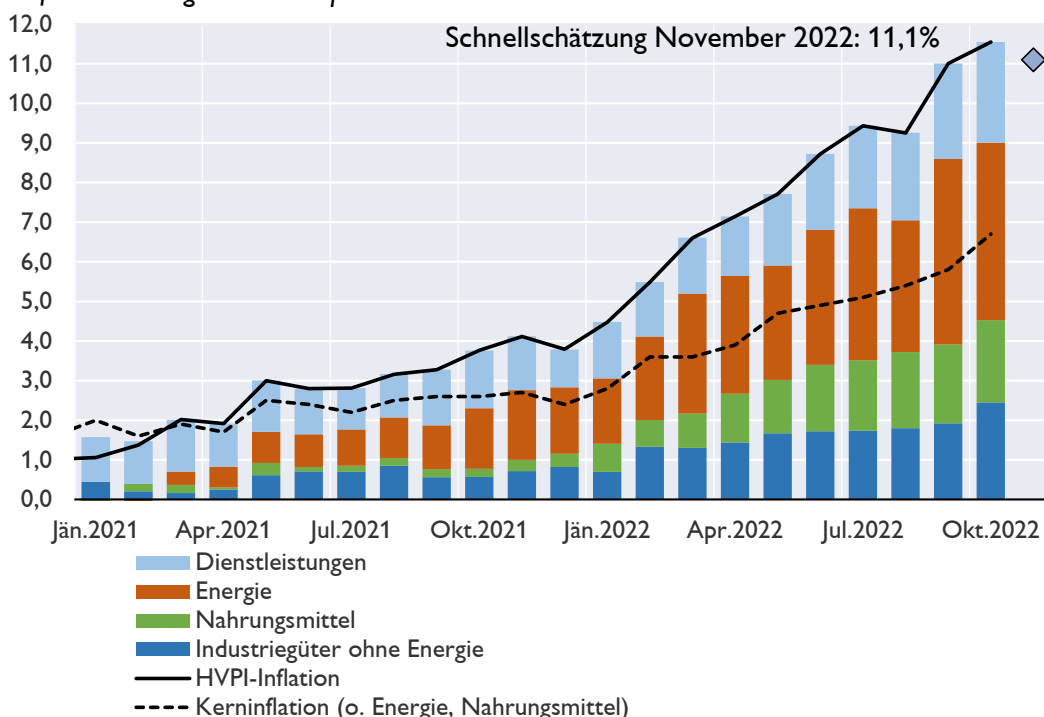
HVPI-Inflationsrate auch im November 2022 über 11%

Die österreichische HVPI-Inflationsrate setzte ihren Anstieg in den letzten Monaten fort und erreichte im Oktober 2022 11,5% und damit den höchsten Wert seit Beginn der Zeitreihe (1988). Laut Schnellschätzung von Statistik Austria vom 30. November betrug die HVPI-Inflation im November 11,1%. In der Schnellschätzung werden keine Details veröffentlicht, deshalb beziehen sich die weiteren Ausführungen auf die Inflationsentwicklung bis Oktober. Der Anstieg der Teuerungsrate von Mai 2022 bis Oktober 2022 ist in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Die Preisdynamik entfaltet sich zunehmend auch in anderen Sektoren. Je 1/5 des Inflationsanstiegs seit Mai 2022 geht auf die Komponenten Industriegüter ohne Energie, Nahrungsmittel und Dienstleistungen zurück. Während sich die Rohölpreise und damit vor allem die Endverbraucherpreise von Treibstoffen etwas entspannten, legten die Endverbraucherpreise für Gas und Elektrizität weiter zu. Die steigenden Energiepreise erhöhten

auch die Produktionskosten in der Landwirtschaft, in der Industrie sowie im Dienstleistungssektor und tragen zusammen mit dem Arbeitskräftemangel weiterhin zum Preisdruck in diesen Sektoren bei. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation lag im Oktober 2022 bei 6,7% und damit um 2,0 Prozentpunkte höher als im Mai. Dafür dürfte neben den gestiegenen Produktionskosten auch die gute Nachfrage infolge der weitgehenden Beseitigung der Maßnahmen infolge der COVID-19 Pandemie zurückzuführen sein. Sowohl die Preisentwicklungen bei Restaurantdienstleistungen und Mieten, aber auch die Preissteigerungen bei langlebigen Konsumgütern wie Möbeln oder Fahrzeugen ist dafür ausschlaggebend. Ein Teil der zuletzt dynamischen Aufwärtsentwicklung der Kerninflationsrate geht auf die volatile Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen zurück.

Österreich: Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Entwicklungen aus der Finanzstatistik

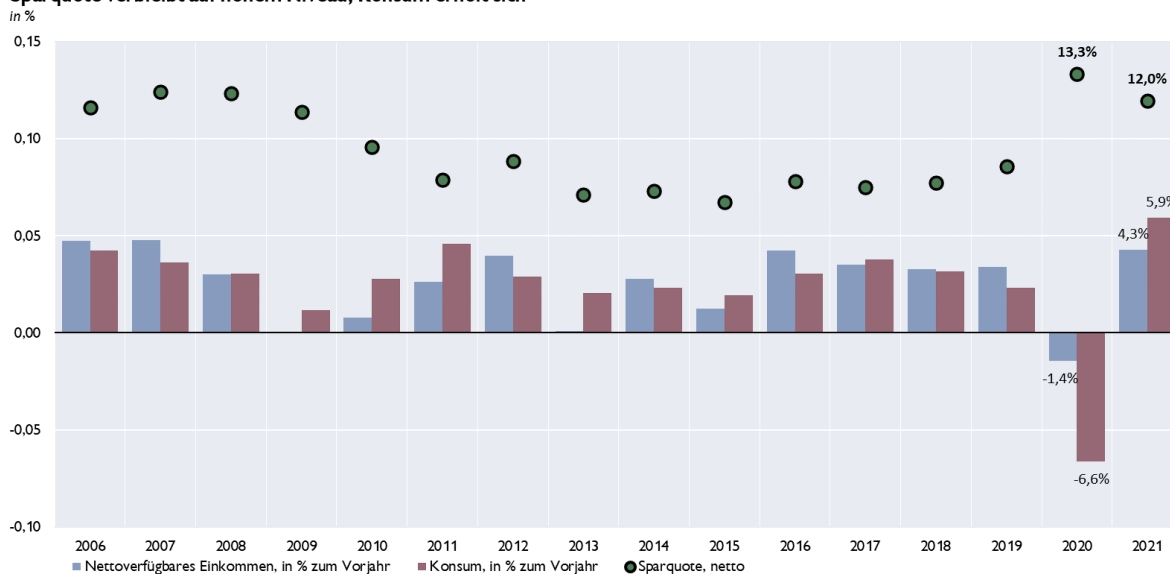
Geldvermögen der Haushalte erstmals seit Finanzkrise gesunken⁶

Das Geldvermögen der heimischen Haushalte ist vor dem Hintergrund des anhaltend herausfordernden Wirtschaftsumfelds erstmals seit der Finanzkrise 2008 gesunken und lag Ende des ersten Halbjahres 2022 mit 799 Mrd EUR um 3,4 % unter jenem des Jahresendes 2021. Insbesondere die ungünstigen Kursentwicklungen von Aktien und Investmentzertifikaten führten im ersten Halbjahr 2022 zu deutlichen Vermögensverlusten. Dennoch floss weiterhin ein erheblicher Teil der Finanzmittel in diese Anlageformen, während Einlagen nur im geringen Ausmaß aufgebaut wurden. Seit Pandemiebeginn hat sich auch die Struktur der Finanzinvestitionen deutlich verändert: Seit 2020 fließt nur noch jeder zweite Euro in Einlagen (51 %), zwischen 2015 und 2019 waren es drei von vier Euro (73 %).

Die gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie prägten auch im zweiten Pandemiejahr 2021 die Investitionen und das Geldvermögen heimischer Haushalte⁷. 2021 stieg das nettoverfügbare Einkommen nominell gegenüber dem Vorjahr um 4,3% (real: 1,9%) auf 228,6 Mrd EUR und konnte damit den Vorjahresrückgang (2020 nominell: -1,4%, real: -2,9%) teilweise abfedern. Die WIFO-Konjunkturprognose von Anfang Oktober⁸ lässt für 2022 allerdings ein Sinken des realen Einkommens erwarten.

Grafik 1

Sparquote verbleibt auf hohem Niveau, Konsum erholt sich



Der Konsum, der 2020 infolge gesundheitspolitischer Maßnahmen, insbesondere Lockdowns, in historischem Ausmaß eingebrochen war, ist 2021 nominell um 5,9% gewachsen und konnte den Einbruch des vorangegangenen Jahres (-6,6%) nur teilweise kompensieren. Dies beeinflusste

⁶ Autor:innen: Erza Aruqaj, Mag. Matthias Fuchs, Stefan Wiesinger (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

⁷ Damit sind private Haushalte sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck (wie Gewerkschaften, Vereine, Hilfseinrichtungen) gemeint. Die gesamte Analyse bezieht sich auf den Haushaltssektor.

⁸ [WIFO-Konjunkturprognose - WIFO](#)

auch das Sparen maßgeblich: Mit 12,0% lag die Sparquote 2021 zwar unter jener des Vorjahres (13,3%), sie verblieb aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau (Grafik 1). In den 2010er-Jahren lag sie nämlich durchschnittlich bei 7,9%.

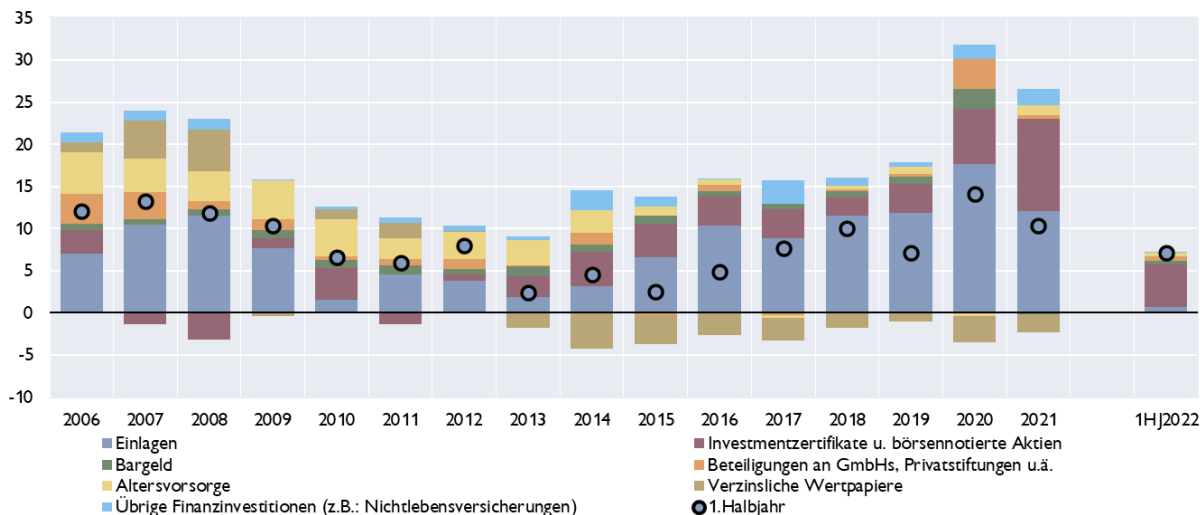
Im historischen Rückblick wird die außergewöhnlich hohe Summe an Finanzinvestitionen im Verlauf der COVID-19-Pandemie deutlich, während wirtschaftlich herausfordernde Zeiten bisher zu rückläufigen Finanzveranlagungen der Haushalte führten (Grafik 2). Der Anstieg des privaten Konsums im Jahr 2021 sowie im ersten Halbjahr 2022 schränkte das Potential für finanzielle Investitionen aber etwas ein. Daher fielen auch die Finanzinvestitionen 2021 mit 24,2 Mrd EUR etwas geringer aus als 2020 (28,3 Mrd EUR). Im ersten Halbjahr 2022 lag dieser Wert mit 7,2 Mrd EUR etwa auf dem Niveau des Vergleichszeitraum 2019. Gleichzeitig wurden Haushalte im ersten Halbjahr angesichts des Kriegs in der Ukraine und der Inflationsentwicklung neuerlich mit großen Unsicherheiten konfrontiert. Der Fokus der Finanzinvestitionen österreichischer Haushalte war im ersten Halbjahr 2022 vor allem auf den Kauf von Investmentzertifikaten und börsennotierten Aktien gerichtet (+5 Mrd EUR). Einlagen wurden hingegen nur in einem unüblich geringen Ausmaß aufgebaut (+0,7 Mrd EUR).

Die Struktur der Finanzinvestitionen hat sich mit Pandemiebeginn sichtlich verändert: Seit 2020 fließt nur noch jeder zweite Euro in Einlagen (51 %), zwischen 2015 und 2019 waren es drei von vier Euro (73 %). Investmentzertifikate und börsennotierte Aktien waren seit Pandemiebeginn deutlich stärker gefragt als bisher: Zwischen 2020 und dem ersten Halbjahr 2022 flossen knapp 40% der Finanzinvestitionen des Haushaltssektors in diese Anlageform (2015-2019: 25%).

Grafik 2

Finanzinvestitionen im 1. Halbjahr 2022 auf Vor-Pandemie-Niveau

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Im bisherigen Verlauf der Pandemie (2020 und 2021) profitierten – bei aggregierter Betrachtung – Inhaber von börsennotierten Aktien und Investmentzertifikaten von hohen Kursgewinnen. Insgesamt wurden 17 Mrd EUR an Investmentzertifikaten und börsennotierten Aktien zugekauft und im gleichen Zeitraum 16 Mrd EUR aus Kursgewinnen erzielt. In den fünf Jahren zuvor (2015-2019) fiel sowohl die Nachfrage als auch die Kursdynamik deutlich verhaltener aus. Zukäufen von 16 Mrd EUR (insbesondere Investmentfonds) standen Kursgewinne von 12 Mrd EUR (insbesondere aus Aktien) gegenüber.

Aktieninvestitionen des Haushaltssektors richteten sich in den letzten Jahren verstärkt internationaler aus: Ausländische börsennotierte Aktien gewinnen langfristig an Bedeutung, so stieg deren Anteil von 56% im Jahr 2014 auf 65% im Jahr 2021. Bei Investmentzertifikaten dominieren weiterhin inländische Produkte (2021: 67%), die jedoch ihrerseits einen erheblichen Teil des Fondsvermögens im Ausland investieren. Bei Veranlagungen in ausländische Investmentfonds legen Haushalte seit 2019 ein verstärktes Augenmerk auf Exchange Traded Funds (ETFs⁹). Im Jahr 2021 entfielen bereits mehr als 40% aller Netto-Zukäufe in ausländische Investmentzertifikate auf ETFs.

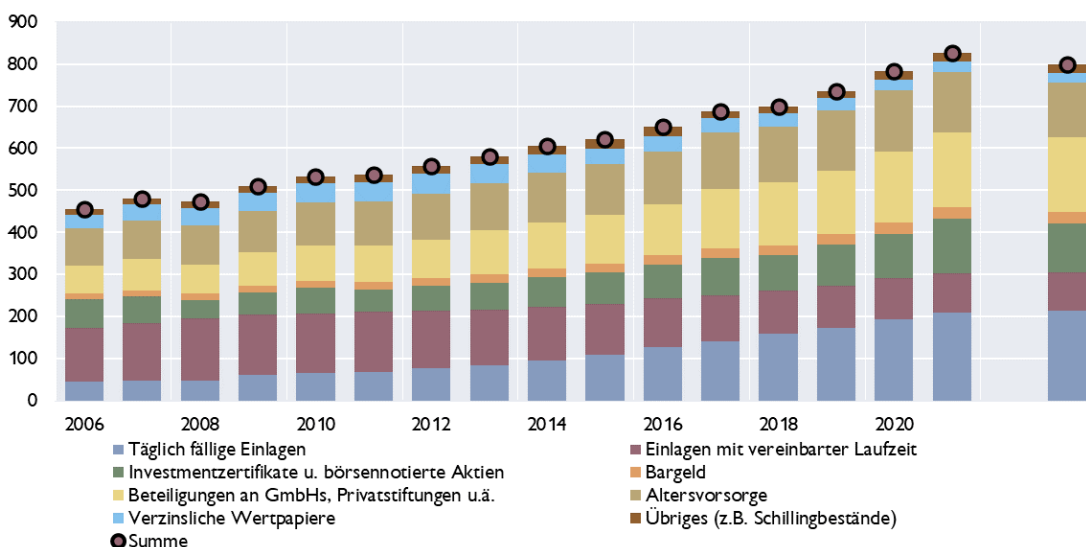
Im ersten Halbjahr 2022 führten Verwerfungen an den Finanzmärkten zu einer ungünstigeren Vermögensentwicklung österreichischer Aktionäre und Fondsanteileigner. Im geopolitisch wie auch wirtschaftlich ungünstigen Umfeld, das durch zahlreiche Risikofaktoren wie den Krieg in der Ukraine, höhere Inflation und daraus resultierenden geldpolitischen Kurswechsel geprägt war, ergaben sich aggregierte Kursverluste von 18 Mrd EUR. Dem gegenüber verblieben die Netto-Zukäufe des Haushaltssektors weiterhin auf hohem Niveau (+5 Mrd EUR).

Insbesondere die beschriebenen ungünstigen Kursentwicklungen von Aktien und Investmentzertifikaten führten im ersten Halbjahr 2022 zu deutlichen Vermögensverlusten. Mit rund 799 Mrd EUR lag das Geldvermögen um 3,4% unter dem Jahresultimo 2021 (Grafik 3). Somit wurde erstmals seit der Finanzkrise ein Rückgang des Geldvermögens verzeichnet. Auch seine Struktur unterliegt langfristig einem deutlichen Wandel. Vor der Finanzkrise 2006 wurde das Portfolio insbesondere durch Einlagen mit vereinbarter Laufzeit (28%) sowie durch Altersvorsorgeprodukte (19%) dominiert, während täglich fällige Einlagen (10%) von geringer Bedeutung waren. Derzeit haben hingegen täglich fällige Einlagen mit 27% das höchste Gewicht, gefolgt von Beteiligungen (22%) und Altersvorsorge (16%). Aktien und Investmentzertifikate erreichten durch die jüngst wieder verstärkte Nachfrage das Vorkrisenniveau von 2006.

Grafik 3

Geldvermögen im 1. Halbjahr 2022 erstmals seit Finanzkrise rückläufig

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

⁹ Exchange Traded Funds (ETF) sind börsengehandelte Fonds, welche die Entwicklung eines bestimmten Referenzindex wie z. B. des DAX nachbilden. Zum Stichtag Dezember 2021 existieren keine ETFs mit österreichischer Ansässigkeit.

Leistungsbilanz Österreichs im ersten Halbjahr 2022 positiv¹⁰

Obwohl Österreichs Außenwirtschaft im ersten Halbjahr 2022 von außergewöhnlichen Rahmenbedingungen, insbesondere einer fortgesetzten Disruption von Liefer- und Produktionsketten und rasch steigenden Energiepreisen, beeinflusst war, konnte ein positiver und stärkerer Beitrag zum Wirtschaftswachstum als noch 2021 erzielt werden, nämlich 3,6 Mrd EUR oder 1,7 % des BIP.

Die gesamte Leistungsbilanz Österreichs, einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufenden Transfers vis-a-vis der übrigen Welt (Primär- und Sekundäreinkommen), bilanzierte geringfügig positiv im Ausmaß von knapp 1 Mrd EUR oder 0,5 % des BIP und kehrte damit, nach dem Defizit im ersten Halbjahr 2021, wieder zu einem Einnahmenüberschuss zurück.

Tabelle 1

Zahlungsbilanz, jeweils im ersten Halbjahr

	2019	2020	2021	2022
Salden in Mio EUR				
Leistungsbilanz	4.740	6.150	-1.357	997
Güter	2.215	1.320	675	-834
Dienstleistungen	5.527	4.992	-77	4.400
Primäreinkommen	-1.018	1.787	52	-1.309
Sekundäreinkommen	-1.983	-1.951	-2.007	-1.260
Vermögensübertragungen	-154	-121	-74	-323
Kapitalbilanz	6.169	2.486	1.567	-1.161
Direktinvestitionen	2.423	2.474	1.442	-790
Portfolioinvestitionen	-2.755	-20.541	-2.094	-3.521
Sonstige Investitionen	6.195	20.286	2.413	3.881
Finanzderivate	111	-104	356	-1.609
Währungsreserven	195	370	-551	879
Statistische Differenz	1.583	-3.542	2.996	-1.835

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten,

2022 provisorische Daten.

Die Güterhandelsbilanz wies laut Zahlungsbilanzstatistik der OeNB ein Einnahmendefizit in Höhe von –0,8 Mrd EUR aus. Die Importe wuchsen unter dem Eindruck stark steigender Preise für Energie- und Brennstoffe im Vergleich zu den Exporten stärker, was gegenüber dem ersten Halbjahr 2019, als Maßstab für die nominellen Werte vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie, ein Wachstum um 29 % bzw. um 24 % bedeutet. Positiv ausgewirkt haben sich auf die Güterbilanz Transithandelserträge (4,1 Mrd EUR) sowie jene Erträge, die aus dem Warenverkehr im Zuge internationaler Produktionsketten stammten (2,6 Mrd EUR).

Die Reiseverkehrseinnahmen Österreichs betragen im ersten Halbjahr 2022 nach erster Schätzung 8,2 Mrd EUR. Das ist um knapp ein Viertel weniger als noch im Vergleichszeitraum des Jahres 2019, aber deutlich mehr als 2020 (7,3 Mrd EUR) und vor allem 2021 (1,3 Mrd EUR).

¹⁰ Autor:innen: Predrag Cetkovic, Patricia Walter (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

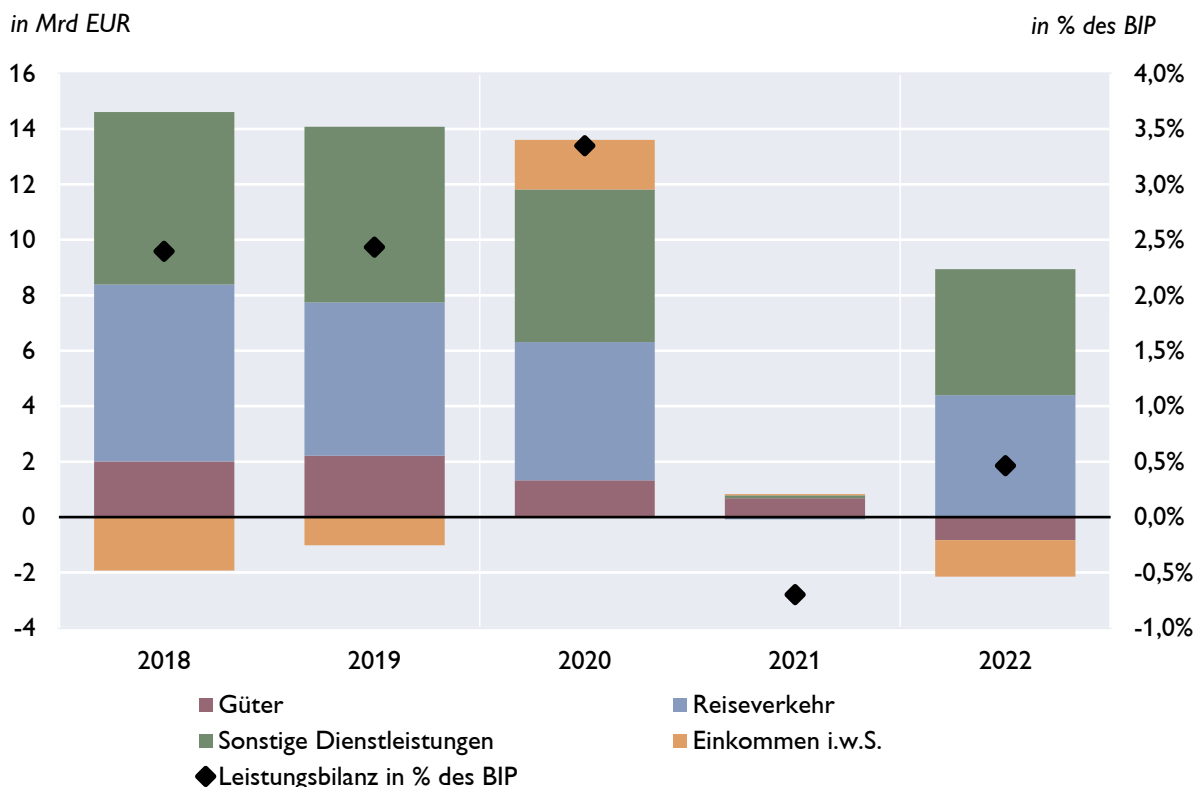
Der Hauptanteil der Einnahmen kam von Gästen aus dem Nachbarland Deutschland, deren Marktanteil sich auf knapp 50% erhöhte. Die Durchschnittsausgaben ausländischer Gäste in Österreich (gesamte Reiseverkehrs Ausgaben pro gezählte Übernachtung) lagen mit rund 182 EUR um 2% unter jenen des ersten Halbjahres 2019. Unter Berücksichtigung des Preisauftriebs in Beherbergung und Gastronomie hat sich das Ausgabeverhalten im Reiseverkehr in realer Betrachtung deutlich verringert.

In den finanziellen Forderungs- und Verpflichtungsbeständen Österreichs gegenüber dem Ausland spielte im Umfeld der gegenwärtigen globalen Friktionen neben dem Anstieg der Auslandsverschuldung des Sektors Staat und des Bankensektors die Marktabwertung, sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten, aufgrund von negativen Preiseffekten eine deutliche Rolle. Eine negative Börsendynamik drückte auf die Aktienbestände und die Kurse von verzinslichen Wertpapieren sanken im Umfeld steigender Zinsen. Wechselkurseffekte infolge der Abwertung des Euro wirkten im Vergleich zu den Preiseffekten nur geringfügig.

In Summe sanken die österreichischen Bestände an Auslandsverbindlichkeiten in Absolutwerten wesentlich stärker als jene der Forderungen. Im krisengeschüttelten internationalen Umfeld resultierte daraus ein beachtlicher Anstieg der Netto-Vermögensposition Österreichs (+37 % gegenüber dem zweiten Quartal 2021) auf einen Rekordwert von 77 Mrd EUR.

Grafik 1

Zusammensetzung der Leistungsbilanz, jeweils im ersten Halbjahr



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Bis 2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten, 2022 vorläufige Daten.

Spezielle Kurzanalysen

Inflation und aktuelle Lohnabschlüsse¹¹

In Österreich hat sich – parallel zum Anstieg der zu Grunde gelegten Inflation – der Trend zu höheren Kollektivvertragsabschlüssen fortgesetzt. In den Metallsektoren kam es zu einem Anstieg der Mindestlöhne um 7,0%, während die Istlöhne im Durchschnitt um 7,44% erhöht wurden. Im Sektor Sozialwirtschaft kam es – wohl auch wegen der dort herrschenden Arbeitskräfteknappheit – zu einem Abschluss iHv durchschnittlich 8,4%. Im öffentlichen Dienst beträgt die KV-Steigerung durchschnittlich 7,3%. Im Euroraum ist zuletzt das Tariflohnwachstum gestiegen, insbesondere in Frankreich (wegen der Indexierung des gesetzlichen Mindestlohns) und vor allem in Belgien (wegen der gesetzlichen Indexierung aller Löhne und Gehälter). Vorausschauende Lohnindikatoren, die auf rezenten Kollektivvertragsabschlüssen basieren, lassen für 2023 ein weiteres Ansteigen des Lohnwachstums erwarten. Ein ansteigendes Lohnwachstum im Euroraum legt auch eine rezente Untersuchung der irischen Notenbank nahe, die auf den in Online-Jobanzeigen angegebenen Löhnen basiert.

Lohnentwicklung in Österreich

Für die Lohnrunde 2022/2023 liegen nun bereits einige wichtige Kollektivverträge vor. Die fünf „Metaller“-Sektoren¹² haben einen einheitlichen Abschluss erzielt. Dieser sieht vor, dass die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter ab November 2022 um 7,0% sowie die Istlöhne und -gehälter im Durchschnitt um 7,44%¹³ steigen. Der Sektor der Gas- und Fernwärmeversorgung schloss mit den gleichen Lohnsteigerungen ab wie die Metallsektoren. Im öffentlichen Dienst gab es einen Abschluss iHv +7,32%, der mit Jahresbeginn 2023 wirksam wird. Zu diesem Zeitpunkt treten auch die Gehaltssteigerungen im Handel (im Mittel +7,31%) und im Metallgewerbe (+8,0%) in Kraft. Auch einige kleinere Branchen (z.B. Diakonie, Schuhmacher, Forstarbeiter, Gablonzer Industrie und Gewerbe, ausländische Luftverkehrsgesellschaften) schlossen etwa mit +8% ab.

Der höchste KV-Abschluss ist im Sektor Sozialwirtschaft zu verzeichnen. Dieser Sektor umfasst private Gesundheitsdienste (v.a. Pflege), private Kinderbetreuung und Jugendhilfe, private psychosoziale Arbeit, Behindertenbetreuung und private arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen.¹⁴ Hier steigen die kollektivvertraglichen Mindestgehälter ab Jänner 2023 im Durchschnitt um etwa 8,4%.¹⁵ Wahrscheinlich hat bei diesem Abschluss auch der in diesem Bereich ausgeprägte Fachkräftemangel eine Rolle gespielt.

Diese Lohnabschlüsse bedeuten, dass es beim Wachstum der Tariflöhne weiterhin eine steigende Tendenz gibt. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Tariflohnindex (blaue Linie). Dieser ist in den letzten Monaten auf etwa 3,2% y-o-y gestiegen. Die rote Linie (der OeNB „Wage Tracker“) zeigt die beschäftigungsgewichteten Lohnsteigerungen der einzelnen

¹¹ Autor: Alfred Stiglbauer (Referat Konjunktur).

¹² Metalltechnische Industrie, Nichteisenmetallindustrie, Bergbau-Stahl, Gießereiindustrie und Fahrzeugindustrie.

¹³ Die Erhöhung der Istlöhne und -gehälter beträgt 5,4%, zuzüglich einem Fixbetrag von EUR 75.

¹⁴ Die Sozialwirtschaft gehört zum privaten Sektor und wird von Nicht-Regierungsorganisationen wie beispielsweise Caritas, Volkshilfe und Hilfswerk dominiert. Allerdings refundiert die öffentliche Hand einen Großteil deren Personalkosten.

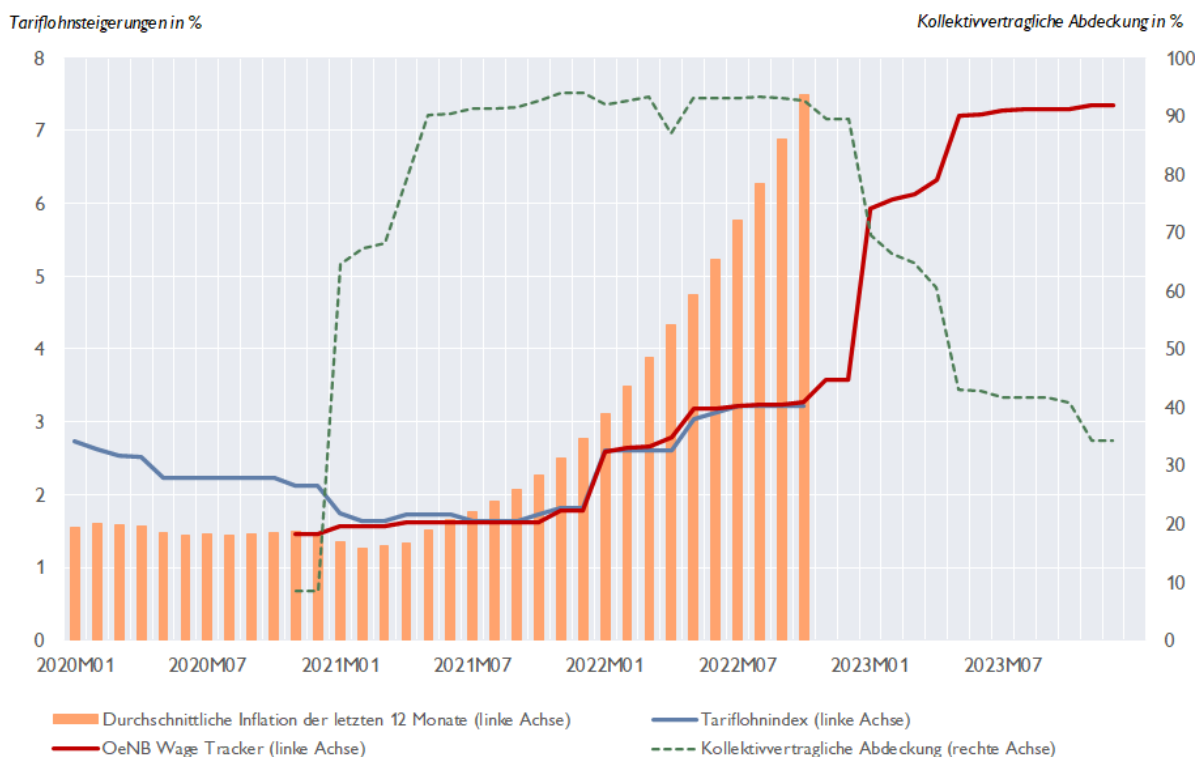
¹⁵ Die Gehaltssteigerung beträgt 8% für alle, jedoch mindestens EUR 175 pro Monat. Für die unterste Einkommensgruppe bedeutet das ein Gehaltsplus von 10,2%.

Kollektivvertragsabschlüsse. Für Vergangenheitsdaten folgt sie in etwa dem Wachstum des Tariflohnindex. Der Wage Tracker zeigt aber auch die Tendenz des zukünftigen Lohnwachstums an, weil bei diesem Indikator berücksichtigt wird, dass Kollektivverträge (üblicherweise) eine Dauer von 12 Monaten aufweisen. Deshalb weist der Wage Tracker für Dezember 2023 einen Wert von 7,35% auf, was vornehmlich auf die Abschlüsse im öffentlichen Dienst, im Handel, im Metallgewerbe und in der Sozialwirtschaft zurückzuführen ist.

Der Wage Tracker ist keine Tariflohnprognose; er berücksichtigt nur die bisher vorliegenden Abschlüsse und deren Zukunftswirkungen. Man beachte in diesem Zusammenhang, dass der kollektivvertragliche Abdeckungsgrad (die gestrichelte Linie; das ist der Anteil der Beschäftigten, die vom Wage Tracker erfasst wird) gegen Ende des Betrachtungszeitraums sinkt. Aus jetziger Sicht ist anzunehmen, dass das Tariflohnwachstum im kommenden Jahr deutlich über 7% betragen wird. Dabei ist festzustellen, dass sich der Trend der letzten Monate zu steigendem Wachstum der KV-Löhne parallel zum Anstieg des üblicherweise verwendeten Inflationsmaßes¹⁶ (die orangenen Balken in der Grafik) fortgesetzt hat. Durch die zu erwartende Konjunkturertrübung werden die Effektivverdienste (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer) wohl etwas schwächer wachsen, d.h. die Lohndrift wird wahrscheinlich negativ sein.

In zwei Sektoren waren die KV-Verhandlungen konfliktträchtig. Der Abschluss eines Kollektivvertrags für die Eisenbahner gestaltet sich schwierig: Hier gab es einen Streik am 28. November. Auch in der Brauindustrie kam es zwischen dem 28. und dem 30. November zu Warnstreiks. Zu Redaktionsschluss war unklar, wann die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Gegenwärtige und zukünftige Tariflohnentwicklung: Der OeNB Wage Tracker



Quelle: Statistik Austria, ÖGB, Bundesministerium für Arbeit, OeNB. Letzter Datenpunkt: 2023M12.

¹⁶ Bei den KV-Verhandlungen ist es üblich, dass zu Beginn der Verhandlungen die durchschnittliche VPI-Inflation der vergangenen 12 Monate als Basis für die Verhandlungen festgelegt wird.

Lohnentwicklung im Euroraum

Die nachstehende Grafik zeigt die Veränderung der kollektivvertraglichen Löhne im Euroraum, für die fünf großen Euroraumländer sowie für Österreich und Belgien. Im Vergleich zu den Lohnindikatoren, die auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung basieren (z. B. Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer) sind bei den kollektivvertraglichen Löhnen rezentere Daten verfügbar.¹⁷ Kollektivvertragliche Löhne determinieren die Entwicklung der tatsächlichen Verdienste in beträchtlichem Ausmaß, da die kollektivvertragliche Abdeckung im Allgemeinen hoch ist.¹⁸

Alle Länder wiesen in den letzten Monaten eine steigende Tendenz hinsichtlich der Lohnsteigerungen auf, wobei in Deutschland und Italien unterdurchschnittliche Lohnsteigerungen zu verzeichnen waren. Überdurchschnittlich war das Lohnwachstum in Österreich, den Niederlanden und insbesondere in Frankreich. Dort führen Anpassungen der Mindestlöhne, welche an die Preisentwicklung gekoppelt sind, zu stärkerem Lohnwachstum. Während in den meisten Ländern das Lohnwachstum im Vergleich zur Verbraucherpreisinflation relativ gering ist, sticht das starke Wachstum der kollektivvertraglichen Löhne in Belgien hervor, welches zuletzt 7% betrug. In diesem Land gibt es eine gesetzliche Indexierung aller Löhne und Gehälter, was in Folge der hohen Inflation zu einem vergleichsweise hohen Lohnwachstum führt.

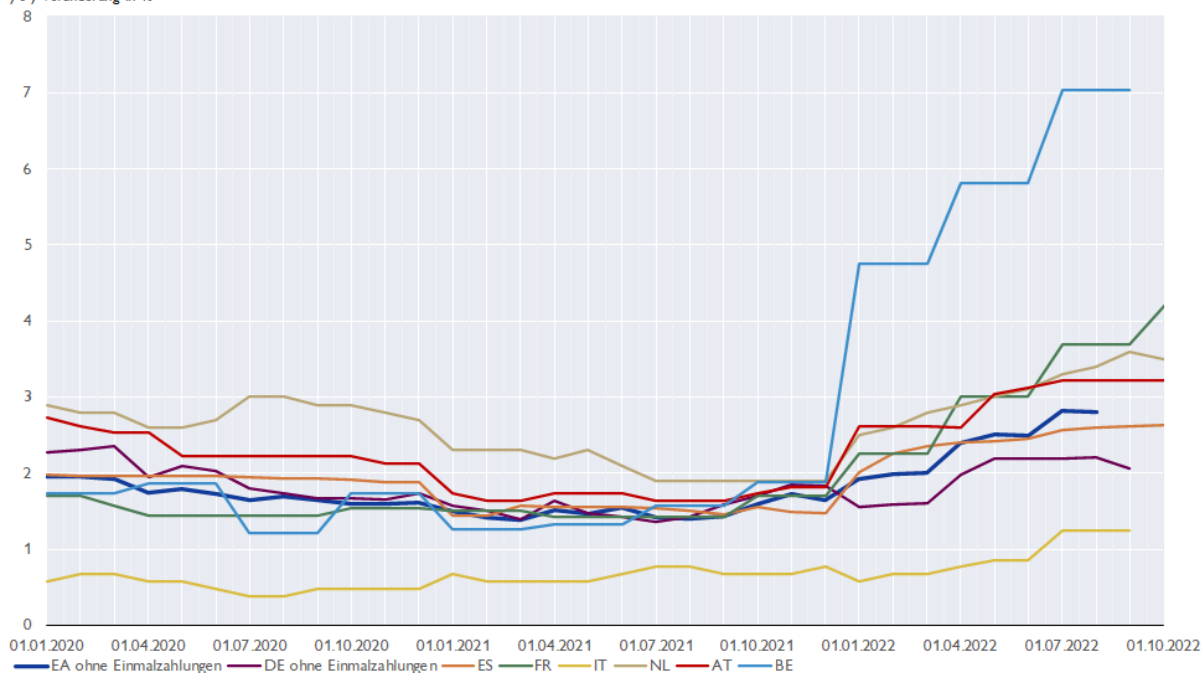
Wie werden sich die Löhne in naher Zukunft entwickeln? Die (vorläufigen) Ergebnisse einer EZB-Arbeitsgruppe zu „Wage Trackern“, welche die aktuellen Kollektivvertragslöhnen abbilden, legen eine weitere Beschleunigung des Wachstums der Löhne nahe, insbesondere in Deutschland und den Niederlanden. In Deutschland gab es zuletzt einen Lohnabschluss im Metaller-Sektor iHv 5,2%, die im Juni 2023 in Kraft tritt. Außerdem wurde für das nächste Jahr eine Einmalzahlung iHv 1.500 EUR vereinbart, die im Februar 2023 ausbezahlt wird. Bezogen auf den durchschnittlichen Industrieloohn in Deutschland macht diese Einmalzahlung etwa 3 Prozentpunkte aus. Auf das Gesamtjahr 2023 bezogen macht die Lohnerhöhung knapp 6% aus und ist damit geringer als im österreichischen Metallsektor. Weiters gab es in Deutschland in der chemischen Industrie einen KV-Abschluss iHv 6%.

¹⁷ Darüber hinaus sind die Lohndaten der VGR durch die Kurzarbeitsbeihilfen verzerrt; außerdem wurden die Kurzarbeitsbeihilfen nicht in allen Ländern gleichermaßen verbucht.

¹⁸ In Österreich beträgt der Abdeckungsgrad 94%, im Euroraum im Durchschnitt etwa 75%.

Wachstum der Tariflöhne im Euroraum

y-o-y Veränderung in %



Quelle: EZB.

Ein neuer Weg zur Abschätzung des Lohnwachstums am aktuellen Rand wird in einer aktuellen Studie der irischen Notenbank besprochen. Hier wird, dem Vorbild der Federal Reserve Bank von Atlanta¹⁹ folgend, das Wachstum der Löhne in Online-Stellenausschreibungen der Jobvermittlungsplattform „Indeed“ untersucht. Dabei standen Daten für die fünf großen Euroraumländer sowie für Irland zur Verfügung.²⁰ Es ist aus der Forschung schon länger bekannt, dass die Löhne bei Personal-Neuaufnahmen rascher auf aktuelle makroökonomische Bedingungen reagieren als diejenigen von Arbeitnehmern, die in ihren Jobs verbleiben. Damit stellt die Entwicklung der Löhne in Stellenmarkt-Anzeigen wahrscheinlich einen Vorlaufindikator für die aggregierte Lohnentwicklung dar.

Das Ergebnis der Analyse ist, dass das Lohnwachstum in Stellenanzeigen etwa seit Mitte 2021 bis zum Oktober 2022 stetig angestiegen ist. Dabei war insbesondere das Lohnwachstum in Deutschland, Frankreich und Italien stark. Auch aus dieser Perspektive ist somit mit einem weiteren Anstieg des Lohnwachstum im Euroraum zu rechnen.

¹⁹ <https://www.atlantafed.org/chcs/wage-growth-tracker>

²⁰ Adrjan, Pawel und Reamonn Lydon: Wage Growth in Europe: Evidence from Job Ads. Central Bank of Ireland, Economic Letter No. 7, November 2022.

The scarring effects of deep recessions²¹

Können Rezessionen den langfristige Wachstumstrend einer Wirtschaft beeinflussen? Traditionelle makroökonomische Analysen vernachlässigen diese Frage, weil sie Trendwachstum und Konjunkturzyklen unabhängig voneinander betrachten. Üblicherweise werden dafür sogar unterschiedliche Modelltypen verwendet. Doch diese Denkweise wurde durch die Globale Finanzkrise (2007/2008) und die folgende „Große Rezession“ erschüttert. Die Erholungsphase danach war nämlich langsam und der Wachstumstrend dauerhaft gedämpft. Wir stellen hier ein Modell vor, in dem eine Rezession den Aufbau von Humankapital beschränken kann und somit zu bleibenden Narben im Arbeitsmarkt führt und die Produktivität beeinträchtigt. Simulationen mit unserem „neukeynesianischen Modell mit endogenem Wachstum“ erklären nicht nur die überraschenderweise wenig disinflationäre Große Rezession, sondern auch die langsame und wenig inflationäre Erholung danach. Beide Phänomene spiegeln eine flachere „Phillips-Kurve“ wider, was wiederum einem loseren Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation entspricht. Aber auch für die gegenwärtige Situation hoher Inflation lässt aus unserem Modell die Lehre ziehen, dass eine energische geldpolitische Reaktion bleibende Narben in der Wirtschaft verhindern kann.

Introduction

Traditional macroeconomic analysis is based on the idea that the long run trend in economic output and the fluctuations around this trend can be analyzed in isolation. The long run trend in economic output is meant to be explained mainly by developments in innovation, technology and human capital. In this thinking, recessions lead to fluctuations around this trend without impacting the development of the trend itself. For instance, a surprising reduction in economic confidence can lead to lower investment by firms and lower consumption by households. This reduction in aggregate demand can lead to a temporary reduction in aggregate output (measured by GDP, gross domestic output), but it is not meant to affect the long-run trajectory of GDP. In contrast, once the recession is over, catch-up growth will lead to a convergence back to the original long-run trend for output.

This predominant thinking has even led to a separation of macroeconomic models. On the one hand, models that were meant to explain the long-run growth in output were built around innovation and human capital and did not include business cycle fluctuations. On the other hand, models meant to explain business cycles and to analyze macroeconomic stabilization policy, like monetary policy, solely focused on the fluctuations around this trend. In these models, by construction, the economy would automatically return to its long run trend, and hysteresis, permanent effects of recessions, was impossible.

This line of reasoning received a hard hit due to the experience in and after the financial crisis of 2007/08, initiated by the collapse of Lehman Brothers, and also dubbed the ‘Great Recession’. The recovery from this deep and global recession was slower than many had expected and did not lead to the kind of catch-up-growth discussed above. Instead, the deep recession pushed most countries on a lower growth trajectory. Put differently, the Great Recession has led to a permanent reduction in GDP, relative to the pre-crisis trend, that is not possible in most business cycle models. However, recent empirical analyses have shown, that this kind of hysteresis is not confined to the great recession, but that it instead applied to many episodes of deep recessions.²²

²¹ Autor: Wolfgang Lechthaler (International Economics Section).

²² For a recent survey see Cerra, Fatas and Saxena, *Hysteresis and business cycles*, Journal of Economic Literature, forthcoming.

The long-standing division in the analysis of long-run trend and short-run fluctuations seemed no longer tenable.

This has led us to initiate the development of a new model that is able to combine business cycle fluctuations with shifts in the long run trend of GDP.²³ Specifically, our model is based on human capital accumulation via learning-by-doing. In our model, a recession can reduce the accumulation of human capital, thus inducing permanent scars to the labor market and a permanently lower level of real GDP. The model cannot only replicate the slow recovery after the Great Recession, but also the surprising lack of deflation during the recession and the lack of inflation during the recovery. While the model was intended to explain developments in and after the Great Recession, it also bears lessons for the current situation.

The model

Here we provide a short non-technical summary of the main features of the model. For a full description of the model, please refer to the underlying research paper, Lechthaler and Tesfaselassie (forthcoming).²⁴

The model belongs to the class of New Keynesian models, the workhorse model for the analysis of monetary policy. While in real business cycle models, monetary policy is irrelevant due to full flexibility in prices, the main feature in New Keynesian models is the sluggish adjustment of nominal prices and/or wages, which gives rise to real effects of monetary policy in the short run. In case of an increase in the nominal interest rate, prices increase as well, but less than the nominal interest rate, so that the real interest rate (the interest rate after taking account of inflation) increases as well. This leads to a drop in aggregate demand, eventually inducing a recession.²⁵

We augment the model by frictional unemployment, human capital accumulation, and skill loss through long-term unemployment. Workers that are unemployed need to search for a new job at the labor market. In turn, firms need to post costly vacancies in order to find a new worker. At the modeled labor market, a matching function randomly matches searching workers and searching firms.²⁶ The matching function is meant to capture the lengthy and costly process at which firms and workers find a suitable counterpart. Some firms and workers will remain unsuccessful in the process and need to search again in the next period.

We define workers that remain unemployed for more than six months as long-term unemployed and assume that long-term unemployed will lose some of their skills. This necessitates investment in their skills upon take-up of a new job, i.e., long-term unemployed need training before starting a new job. This is the skill loss aspect of our model.

Additionally, our model features a learning-by-doing mechanism, following Stadler (AER, 1990). It is one of the most prominent approaches to introduce endogenous growth into

²³ The project was started at the Kiel Institute for the World economy and received funding from the German Science Foundation. Work on the project is still ongoing.

²⁴ See Lechthaler and Tesfaselassie, *Endogenous growth, skill obsolescence, and output hysteresis in a New Keynesian model with unemployment*. Journal of Money, Credit, and Banking, forthcoming.

²⁵ In a real business cycle model, prices would increase one-to-one with the nominal interest rate, leaving the real interest rate and other real variables unaffected.

²⁶ Diamond, Mortensen and Pissarides received the Sveriges Riksbank Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel in 2010 for developing this model. Today it is the most prominent approach to model involuntary unemployment.

macroeconomic models. Endogenous growth is crucial in our context, because otherwise, business cycle fluctuations are irrelevant for long-term growth by construction. Here the idea is that workers generate human capital on the job, by learning and developing new knowledge while active at work (learning-by-doing). The higher is employment, the more workers are involved in learning-by-doing and thus the higher is the growth in human capital. During a recession unemployment goes up, and employment goes down. This reduces the accumulation of human capital and thus leads to a permanently lower level in human capital and productivity, even once the economy has recovered from the recession.

Results

We implement the model in the computer software Matlab and simulate the response of the model economy to a recessionary shock. The result is illustrated in figure 1 below, which plots the development of some variables of interest over time, with quarters on the horizontal axis and deviations from the long-run growth path on the vertical axis. The graph also compares the development of the model economy (solid line) to the standard model without endogenous growth and skill-loss from long-term unemployment (dashed line).

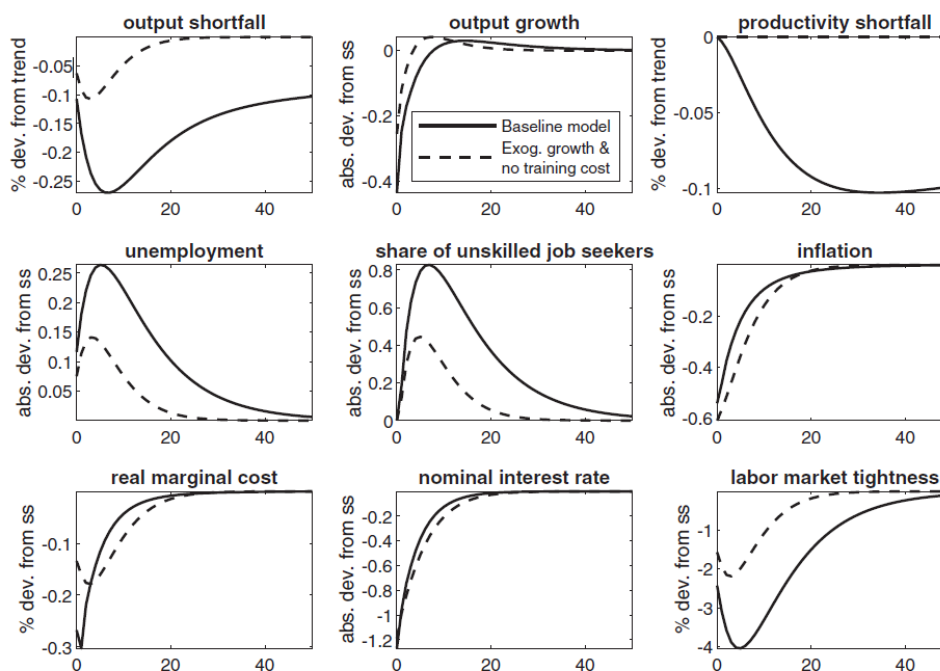


Figure 1: Recession with and without endogenous growth.

Several interesting insights emerge from figure 1.

1. The recession in the new model with endogenous growth is considerably stronger and more persistent than in the standard model: On impact the reduction in output growth is about twice as strong and output growth in the new model remains below output growth in the standard model for several periods.
2. In the model with endogenous growth the recession implies a permanent reduction in aggregate output as illustrated by output shortfall, which is defined as the difference between actual GDP and GDP as it would have been in the absence of the recessionary shock. In the standard model, trend growth is not affected by the recession so that the economy returns to its previous trend. This is different in the model with endogenous growth because higher unemployment during the recession implies fewer opportunities

for learning-by-doing and thus lower productivity. This is illustrated by productivity shortfall, which is defined analogously to output shortfall.

3. In the model with endogenous growth, the labor market fares much worse than in the standard model, with unemployment rising much higher and staying elevated for much longer. This result is mainly explained by the presence of skill loss and training costs. In the economic downturn, fewer workers are hired, and unemployment goes up. This implies stronger skill loss, which in turn raises expected training costs. This sets of a vicious circle, because it further reduces the incentives to hire workers, raises unemployment and intensifies skill loss.
4. Even though the reduction in output is larger in the model with endogenous growth, the disinflation is weaker. In a recession, aggregate demand goes down with moderating effects on prices. In the model with endogenous growth, this effect is dampened, because both the induced skill loss and reduced productivity act inflationary.

It is the last result that is probably the most surprising one, because typically stronger reactions in output are associated with stronger reactions in prices. This is related to the missing-disinflation-puzzle during the Great Recession that turned into the missing-inflation-puzzle during the subsequent recovery. In both cases the puzzle was that the fluctuations in inflation were surprisingly modest, given the large fluctuations in economic activity. The model with endogenous growth and skill loss can provide an explanation for this phenomenon because it leads to larger swings in output and smaller fluctuations in inflation relative to standard business cycle models with exogenous growth.

A corollary to this result is that the model generates a flatter Philips curve relative to the standard model. This is illustrated in figure 2, which shows combinations of inflation and unemployment from stochastic simulations of both models. Obviously, the Philips curve is flatter for the model with endogenous growth, meaning that larger fluctuations in unemployment can go hand in hand with lower fluctuations in inflation.

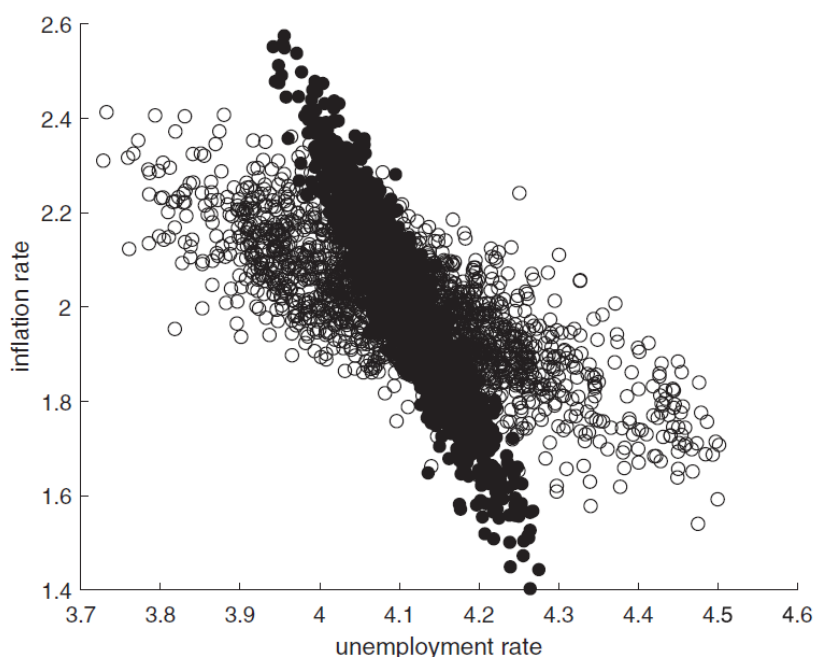


Figure 2: The Philips curve.

Empty circles: model with end. growth; filled circles: model with exog. growth

Conclusion

Recent experience and empirical analyses have shown that the separation of trend growth and business cycles is not an innocuous assumption. To deal with related phenomena we have developed a model that unifies the analysis of changes in the long-run trend of growth and business cycle fluctuations. The model gives a rationale for how deep recession can induce permanent scars on the economy.

What are the lessons learned for the current challenging situation with rising costs of energy and surging inflation? On the one hand, our model provides a rationale for an aggressive stance towards fighting recessions, since recessions can have permanent negative effects on human capital and productivity. However, in the current situation with high inflation and still low unemployment, a de-anchoring of inflation expectations is to be avoided, because this would necessitate a strong reaction of monetary policy in the future and potentially a severe recession to come, with all the problems of skill loss and human capital depreciation.

A further lesson from our analysis is that growth trends from the past are not guaranteed to hold in the future, which makes it harder to evaluate the level of potential output and the associated output gap.

Euroraumerweiterung: Beitritt Kroatiens per 1. Jänner 2023²⁷

Am 1. Juni 2022 veröffentlichten die EZB und die Europäische Kommission ihre jeweiligen Konvergenzberichte 2022, behandelt wurden folgende sieben EU-Mitgliedstaaten: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn. Die Europäische Kommission und die EZB kamen jeweils zum Ergebnis, dass Kroatien die wirtschaftlichen und rechtlichen Konvergenzkriterien erfüllt. Die finale Beschlussfassung zur Aufnahme Kroatiens in den Euroraum erfolgte im ECOFIN Ministerrat am 12. Juli 2022. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro festgelegt.

Gemäß Konvergenzberichten erfüllte Kroatien die nominellen ökonomischen Kriterien (Preisstabilität, solide öffentliche Finanzen, Konvergenz der langfristigen Zinsen und Wechselkursstabilität) in nachhaltiger Weise, außerdem wurde die vollständige Angleichung der kroatischen Rechtsvorschriften an die Anforderungen des EU-Vertrags und der Satzung des ESZB festgestellt.

Bereits seit Oktober 2020 besteht eine enge Zusammenarbeit im Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) mit der kroatischen Notenbank. Im selben Jahr wurde auch das Comprehensive Assessment des kroatischen Bankensektors finalisiert. Die verpflichtenden Adaptierungen des kroatischen Rechtsrahmens hinsichtlich der SSM-Verordnung wurden vorgenommen und nach einer Einarbeitungsphase der lokalen Aufseher wurden diese in die bestehenden Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams, JSTs) bzw. die SSM-Aufsichtstätigkeit integriert.

In Kroatien sind vier österreichische Tochterbanken tätig, der lokale Marktanteil von etwa 28% zeigt deren Bedeutung für den kroatischen Bankensektor. Die Euroeinführung verursacht den Banken zwar einmalig höhere Betriebskosten und verringert die Einnahmen aus dem Währungsumtausch, dafür wirkt sich der Wegfall des Währungsrisikos für die Banken positiv aus. Derzeit liegt der Fremdwährungskreditanteil des Kreditportfolios österreichischer Tochterbanken in Kroatien bei 56%. Da der Großteil auf Euro lautend ist, werden mit dem Eurobeitritt Kroatiens die Fremdwährungskreditrisiken der österreichischen Tochterbanken nahezu beseitigt. Insgesamt ist zu erwarten, dass die positiven Aspekte des Eurobeitritts überwiegen und zu einer Stärkung des Bankensektors beitragen werden.

Kroatien erhält „grünes Licht“ zur Aufnahme in den Euroraum

Am 1. Juni 2022 veröffentlichten die EZB und die Europäische Kommission ihre jeweiligen Konvergenzberichte 2022. Konvergenzberichte werden alle zwei Jahre²⁸ erstellt und enthalten eine Bewertung der Fortschritte jener EU-Mitgliedstaaten, welche nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, im Hinblick auf deren Erfüllung der Konvergenzkriterien. Die Konvergenzberichte 2022 behandelten folgende sieben²⁹ EU-Mitgliedstaaten: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn. In ihren Berichten kamen die Europäische Kommission und die EZB jeweils zum Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der

²⁷ Autor:innen: Sandra Dvorsky (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten), Sophie Podkowicz (Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie), Zoltan Walko (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa) und Daniela Widhalm (Abteilung Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht).

²⁸ Artikel 140 Absatz 1 AEUV sieht vor, dass die EZB und die Europäische Kommission mindestens einmal alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, einen Konvergenzbericht erstellen.

²⁹ Dänemark, das im Vertrag von Maastricht eine Opt-out-Regelung ausgehandelt hat, wird nicht vom Konvergenzbericht behandelt.

Konvergenzkriterien einhält und dass das kroatische Recht mit den Verträgen sowie mit der Satzung des ESZB im Einklang steht. Es folgten Beratungen in der Eurogruppe und im Europäischen Rat sowie – nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments und der EZB – die finale Beschlussfassung im ECOFIN Ministerrat am 12. Juli 2022. Der Umrechnungskurs³⁰ der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro festgelegt. Dieser Kurs entspricht dem Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus (WKM II), an welchem Kroatien seit Juli 2020 teilnimmt.

Der letzte Neubeitritt zum Euroraum liegt fast acht Jahre zurück und erfolgte durch Litauen am 1. Jänner 2015. Kroatien wird dem Euroraum nunmehr als 20. Mitglied per 1. Jänner 2023 beitreten. Infolge des Inkrafttretens des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) im November 2014 ist Kroatien der erste EU-Mitgliedstaat, welcher im Vorfeld seines Euroraumbeitritts gemäß Beschluss der Euroraum-Finanzminister und weiterer ERM II-Stakeholder von Juli 2019³¹ bereits an der „engen Zusammenarbeit“ im Rahmen des SSM teilgenommen hat (siehe unten).

Der Gouverneur der kroatischen Notenbank (HNB) wird mit 1. Jänner 2023 stimmberechtigtes Mitglied im EZB-Rat, dem höchsten geldpolitischen Entscheidungsgremium des Euroraums. Somit wird sich der EZB-Rat dann aus den 6 Mitgliedern des EZB Direktoriums plus den 20 Gouverneuren der nationalen Zentralbanken des Euroraums zusammensetzen. Die mit dem Beitritt Litauens zum Euroraum 2015 eingeführte Rotation³² der Stimmrechte der Gouverneure der nationalen Zentralbanken im EZB-Rat bleibt nach dem Beitritt Kroatiens weitgehend unverändert. Gemäß Rotationsmodell werden die Länder des Euroraums entsprechend der Wirtschaftskraft und Größe des Finanzsektors weiterhin in zwei Gruppen unterteilt. Die Gouverneure der fünf größten Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande) teilen sich wie bisher in Gruppe 1 vier Stimmrechte. Der Gouverneur der kroatischen Notenbank wird – so wie auch der Gouverneur der OeNB – im Falle einer Abstimmung sein Stimmrecht in Gruppe 2 ausüben, wo sich ab Jänner 2023 dann 15 Notenbank-Gouverneure insgesamt 11 Stimmrechte teilen werden, welche im monatlichen Turnus rotieren.

Eckpunkte der Konvergenzprüfung Kroatiens

In ihren Konvergenzberichten bescheinigten die Europäische Kommission und die EZB Kroatien einen hohen Grad an ökonomischer Konvergenz mit dem Euroraum. Formal wurde dies durch die Erfüllung der nominellen ökonomischen Kriterien (Preisstabilität, solide öffentliche Finanzen, Konvergenz der langfristigen Zinsen und Wechselkursstabilität) sowie die vollständige Angleichung der kroatischen Rechtsvorschriften an die Anforderungen des EU-Vertrags und der Satzung des ESZB belegt. Zum Zeitpunkt der Beurteilung lag die Inflation der vergangenen 12 Monate mit 4,7% knapp unter dem Referenzwert von 4,9%, die Neuverschuldung mit 2,9% des BIP in 2021 unter dem Referenzwert von 3%, der Schuldenstand mit 79,8% des BIP zwar über dem Richtwert von 60%, jedoch fallend. Die langfristigen Zinsen lagen mit 0,8% deutlich unter dem Referenzwert von 2,6% und die Wechselkursstabilität wurde durch die reibungslose Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) seit Juli 2020 bestätigt.

³⁰ EZB Pressemitteilung (2022). Kroatien tritt Euroraum am 1. Januar 2023 bei. 12. Juli 2022.

³¹ Council of the European Union – Eurogroup. Statement on Croatia's path towards ERM II participation, 8. Juli 2019.

³² Siehe EZB (abgerufen 7. November 2022): [Die Rotation der Stimmrechte im EZB-Rat \(europa.eu\)](https://www.europa.eu)

Kroatien war damit das einzige Land, das alle nominellen Kriterien erfüllte. Darüber hinaus berücksichtigten die Konvergenzberichte eine Vielzahl weiterer Faktoren, die für die wirtschaftliche Integration und Konvergenz von Bedeutung sind, etwa Zahlungsbilanzentwicklungen und die Integration der Arbeits-, Produkt- und Finanzmärkte.

Für die Euro-Reife müssen die Konvergenzkriterien allerdings nicht nur zum Zeitpunkt der Konvergenzprüfung, sondern nachhaltig erfüllt sein. Auch diese Frage wurde von den Konvergenzberichten bejaht. Die Inflationsrate in Kroatien bewegt sich seit 2016 nahe bei oder unter der Inflationsrate des Euroraums und lag ebenfalls unterhalb der Referenzwerte der Konvergenzberichte 2016, 2018 und 2020. Seit 2017 läuft gegen Kroatien kein Verfahren mehr wegen eines übermäßigen Budgetdefizits und nach einem Defizit von unter 3% des BIP in 2021 sollte laut Einschätzung der Konvergenzberichte der Fehlbetrag 2022 und 2023 weiter sinken. Mittelfristig sieht sich das Land mittleren fiskalischen Nachhaltigkeitsrisiken gegenüber. Der Wechselkurs der Kuna wies eine langjährige Stabilität gegenüber dem Euro auf, während die langfristigen Zinsen des Landes seit 2016 unter den Referenzwerten der jeweiligen Konvergenzberichte lagen und sich dem deutschen Zinsniveau kontinuierlich angenähert haben.

Um die Nachhaltigkeit des Konvergenzprozesses abzusichern und eine spannungsfreie Teilnahme am Wechselkursmechanismus II sicherzustellen hatten sich die kroatischen Behörden bereits 2019 in sechs Politikbereichen (Bankenaufsicht, makroprudenzieller Rahmen, Geldwäschebekämpfung, statistische Daten, Governance im öffentlichen Sektor sowie administrative und finanzielle Belastung der Unternehmen) zu Reformen verpflichtet³³ („pre-entry commitments“). Diese Verpflichtungen hat Kroatien vor dem Beitritt zum WKM II im Juli 2020 erfüllt. Anlässlich des Beitritts zum Wechselkursmechanismus und als Vorbereitung für die Einführung des Euro versprach Kroatien damals gleichzeitig fortgesetzte Reformen („post-entry commitments“) in den Bereichen Geldwäschebekämpfung, administrative und finanzielle Erleichterungen für den Privatsektor, Corporate Governance von Staatsbetrieben, Insolvenzrecht. Auch diese Verpflichtungen wurden laut Konvergenzberichten als erfüllt gesehen.

Im Bereich der rechtlichen Konvergenz stellten die Kommission und die EZB in ihren Konvergenzberichten eine vollständige Kompatibilität des kroatischen Rechtsbestands mit dem EU-Recht fest. Somit wurden bei der Zentralbankunabhängigkeit, beim Verbot der monetären Finanzierung und des bevorrechtigten Zugangs sowie bei der rechtlichen Integration der Zentralbank in das Eurosystem, welche für die Teilnahme an der gemeinsamen Währung von besonderer Bedeutung sind, keine Inkompatibilitäten oder Unvollständigkeiten festgestellt.

Enge Zusammenarbeit im Single Supervisory Mechanism seit Oktober 2020

Die enge Zusammenarbeit im SSM mit der kroatischen Notenbank besteht seit Oktober 2020. Im selben Jahr wurde auch das Comprehensive Assessment des kroatischen Bankensektors finalisiert. Die verpflichtenden Adaptierungen des kroatischen Rechtsrahmens hinsichtlich der SSM-Verordnung wurden vorgenommen und nach einer Einarbeitungsphase der lokalen Aufseher wurden diese in die bestehenden Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams, JSTs) bzw. die SSM-Aufsichtstätigkeit integriert. Die Interaktion zwischen Banken und zuständigen Aufsichtsteams hat sich etabliert und es konnte auch bereits der SSM-SREP Prozess (jährliche umfassende Bewertung der Kapital- und Liquiditätsadäquanz der Banken) implementiert werden. Die HNB nimmt im Rahmen der JSTs weiterhin eine führende Tätigkeit bei nationalen aufsichtlichen Fragestellungen

³³ Siehe Dorucci et al (2020).

ein bzw. bleibt die zuständige Aufsichtsbehörde für die lokalen weniger bedeutenden Institute (less significant institutions, LSIs).

Hauptindikatoren des kroatischen Bankensektors

Q2 2022	Croatian banking sector	Euro Area
Number of banks	21 ↓	2.101 ↓
Total assets (EUR bn)	80 ↑	31.690 ↑
ROE	6,3 ↑	3,1 ↑
Cost/Income	51,8 ↓	60,6 ↓
NPL ratio	3,7 ↓	1,8 ↓
NPL coverage ratio	64,3 ↑	45,5 ↓
CET1 Ratio	22,2 ↓	15,3 ↓
Tier 1 ratio	22,4 ↓	16,3 ↓
LCR	187,7 ↓	157,6* ↓

Source: ECB SDW consolidated banking statistics.

Note: Arrows show variation between Q1 2022 and Q2 2022.

* SSM SIs

Kroatien hat 5 bedeutende Kreditinstitute (Zagrebačka banka d.d., Privredna banka Zagreb d.d., Erste & Steiermärkische Bank d.d., Raiffeisenbank Austria d.d., Addiko Bank d.d.), ca. 90% des kroatischen Bankensektors befinden sich in Auslandsbesitz.

Bedeutung für die österreichische Finanzmarktstabilität

In Kroatien sind vier österreichische Tochterbanken mit einer Bilanzsumme von 20,4 Mrd EUR tätig (per Q2 2022) und erwirtschaften rund 6,5% des Periodenergebnisses der österreichischen Banken in der CESEE-Region. Der lokale Marktanteil von etwa 28% zeigt auch die Bedeutung österreichischer Tochterbanken für den kroatischen Bankensektor.

Die erwartbaren positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte des Eurobeitritts, die institutionelle Integration, der einheitliche Aufsichtsmechanismus sowie sinkende Zins- und Transaktionskosten stärken nicht nur die Stabilität sondern auch das Vertrauen der Kund:innen in den lokalen Finanzsektor. Zudem stützen die hohe Liquidität, die gute Kapitalisierung und Profitabilität das kroatische Finanzsystem.

Die österreichischen makro- und mikroprudenziellen Maßnahmen³⁴ – wie das Nachhaltigkeitspaket, Kapitalpuffer oder die Empfehlungen zur Reduktion von Fremdwährungskrediten – unterstützen die solide Entwicklung der österreichischen Tochterbanken in Kroatien. Dies spiegelt sich u.a. in einer stabilen lokalen Refinanzierung und einer Verbesserung der Kreditqualität wider. Auch die makroprudenziellen Maßnahmen der kroatischen Notenbank zielen auf die Stärkung der Resilienz des Bankensektors ab.³⁵ Die rezenteste Entscheidung war, den Antizyklischen Kapitalpuffer per 31.3.2023 von 0% auf 0,5%

³⁴ Informationen zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich finden sich auf der Webseite des Finanzmarktstabilitätsgremiums: <https://www.fmsg.at>.

³⁵ Die Webseite der kroatischen Notenbank bietet einen Überblick über die getroffenen makroprudenziellen Maßnahmen: <https://www.hnb.hr/en/core-functions/financial-stability/macroprudential-measures>

anzuheben, um vor allem zyklischen Risiken aus der Wohnimmobilienpreisentwicklung und -finanzierung zu begegnen.³⁶

Die Euroeinführung verursacht den Banken zwar einmalig höhere Betriebskosten und verringert die Einnahmen aus dem Währungsumtausch,³⁷ dafür wirkt sich der Wegfall des Währungsrisikos für die Banken positiv aus. Derzeit liegt der Fremdwährungskreditanteil des Kreditportfolios österreichischer Tochterbanken in Kroatien bei 56%. Da der Großteil auf Euro lautend ist, werden mit dem Eurobeitritt Kroatiens die Fremdwährungskreditrisiken der österreichischen Tochterbanken nahezu beseitigt. Ebenso bestehen kaum Risiken aus Schweizer Franken-Krediten mit einem Anteil von lediglich 0,4% am Gesamtkreditportfolio.

Insgesamt ist zu erwarten, dass der Eurobeitritt Kroatiens die Resilienz der österreichischen Tochterbanken als auch des lokalen Bankensektors stärken wird. Eine gesteigerte Widerstandsfähigkeit ist besonders angesichts der aktuell hohen (systemischen) Risiken in einem Umfeld makroökonomischer und geopolitischer Unsicherheiten relevant. Die Zunahme der Risiken für die Finanzstabilität in der EU war auch Gegenstand einer Warnung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) zu Schwachstellen im EU-Finanzsystem.³⁸

Literaturhinweise

Backé, P. und S. Dvorsky (2019) Aktueller Stand der Vorbereitungen zur künftigen Euroraum-Erweiterung: Bulgarien, Kroatien. In: OeNB Konjunktur Aktuell. September 2019. 42-46.

Council of the European Union – Eurogroup (2019). Statement on Croatia's path towards ERM II participation, 8. Juli 2019.

Dorrucci, E., Fidora M., Gartner C. und T. Zumer (2020) The European exchange rate mechanism (ERM II) as a preparatory phase on the path towards euro adoption – the cases of Bulgaria and Croatia. In: ECB Economic Bulletin, no. 08/2020.

EZB Pressemitteilung (2022). EZB berichtet über Fortschritte von EU-Ländern bei der Einführung des Euro. 1. Juni.

EZB (2022) Konvergenzbericht 2022. 1. Juni.

EZB Pressemitteilung (2022). Kroatien tritt Euroraum am 1. Januar 2023 bei. 12. Juli.

EZB (abgerufen 7. Nov. 2022): Die Rotation der Stimmrechte im EZB-Rat (europa.eu)

Europäische Kommission Pressemitteilung (2022). Konvergenzbericht zur Überprüfung, ob Mitgliedstaaten für den Beitritt zum Euro-Währungsgebiet bereit sind, ebnet den Weg für die Einführung des Euro durch Kroatien am 1. Januar 2023. 1. Juni.

Europäische Kommission (2022). Konvergenzbericht 2022. 1. Juni.

HINA (2022). Croatia To Submit Request For Membership Of European Stability Mechanism. 28. Juli (total-croatia-news.com)

HNB (2022a): Countercyclical capital buffer. <https://www.hnb.hr/en/core-functions/financial-stability/macprudential-measures/countercyclical-capital-buffer>.

HNB (2022b). Macroprudential Diagnostics No. 18. <https://www.hnb.hr/en/analyses-and-publications/regular-publications/html/->

³⁶ HNB (2022a)

³⁷ HNB (2022b)

³⁸ https://www.esrb.europa.eu/news/pr/date/2022/html/esrb.pr220929~c5625c0dbc.en.html/asset_publisher/D7cogspaQgU2/content/makroprudencijalna-dijagnostika-18?articleid=4306032&p_p_state=maximized.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2021 und 2022³⁹

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse ⁴⁰
27. Oktober 2022	<p>Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 2. November 2022 auf 2,00%, 2,25% bzw. 1,50% erhöht. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die Zinsen weiter anheben wird, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel zu gewährleisten. Dabei wird er den künftigen Leitzinspfad an der Entwicklung der Inflations- und Wirtschaftsaussichten ausrichten und von Sitzung zu Sitzung entscheiden.</p> <p>Außerdem ändert der EZB-Rat die Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III). In Anbetracht des unerwarteten und außerordentlichen Anstiegs der Inflation muss eine Rekalibrierung vorgenommen werden, um Konsistenz mit dem allgemeinen geldpolitischen Normalisierungsprozess sicherzustellen und die Transmission der Leitzinserhöhungen auf die Kreditbedingungen der Banken zu verstärken. Deshalb werden die Zinssätze für die TLTROs III mit Wirkung zum 23. November 2022 angepasst und den Banken zusätzliche Termine für eine freiwillige vorzeitige Rückzahlung angeboten.</p> <p>Um die Verzinsung der von Kreditinstituten beim Eurosystem gehaltenen Mindestreserven besser auf die Bedingungen am Geldmarkt abzustimmen, hat der EZB-Rat ferner beschlossen, dass die Mindestreserven ab 21. Dezember 2022 zum Zinssatz der EZB für die Einlagefazilität verzinst werden.</p>
10. Oktober 2022	<p>Am 8. Oktober 2013 hatten die EZB und die PBC die erste für drei Jahre geltende bilaterale Währungsswap-Vereinbarung im Umfang von maximal 350 Mrd CNY und 45 Mrd EUR geschlossen. Sie wurde 2016, 2019 und nun 2022 um jeweils drei weitere Jahre verlängert. Dem Eurosystem dient die Vereinbarung als vorsorgliche Kreditlinie zur Behebung plötzlicher und vorübergehender Renminbi-Liquiditätsengpässe, die infolge von Störungen am Renminbi-Markt auftreten können.</p>
19. September 2022	<p>Die EZB will im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ihre Bestände an Unternehmensanleihen in den geldpolitischen Portfolios schrittweise dekarbonisieren. Das Ziel ist die Minderung klimabedingter finanzieller Risiken in der Bilanz des Eurosystems. Dementsprechend wird ab 1. Oktober 2022 bei Reinvestitionen in Unternehmensanleihen (im CSPP bzw. PEPP) ein Klimascore herangezogen – berechnet aus rückblickenden Emissions-Scorewerten, vorausschauenden Ziel-Scorewerten sowie Klimaoffenlegungs-Scorewerten – der verstärkt Reinvestitionen in Anleihen von Unternehmen mit einem guten Beitrag zum Klimaschutz vorsieht. Zudem wird das Eurosystem den Klima-Score zur Anpassung seiner Gebote am Primärmarkt nutzen, um Emittenten mit einem besseren Klimaschutz-Beitrag zu bevorzugen und die Laufzeit von Anleihen zu begrenzen, deren Emittenten einen niedrigeren Score aufweisen.</p>

³⁹ Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

⁴⁰ Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: [Press releases by date \(europa.eu\)](https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date)

8. September 2022	<p>Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 14. September 2022 auf 1,25 %, 1,50 % bzw. 0,75 % erhöht. Dieser große Schritt sorgt für einen früheren Übergang von dem derzeitigen, stark akkommodierenden Leitzinsniveau auf ein Niveau, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel der EZB gewährleistet. Der EZB-Rat geht auf Grundlage seiner aktuellen Einschätzung davon aus, dass er die Zinsen in den nächsten Sitzungen weiter erhöht, um die Nachfrage zu dämpfen und dem Risiko einer andauernden Aufwärtsverschiebung der Inflationserwartungen vorzubeugen.</p> <p>Nach der Anhebung des Zinssatzes für die Einlagefazilität auf einen Wert über null ist das zweistufige System für die Verzinsung von Überschussreserven nicht mehr erforderlich. Der EZB-Rat hat daher beschlossen, das zweistufige System auszusetzen, indem der Multiplikator auf null gesetzt wird.</p> <p>Um die Wirksamkeit der geldpolitischen Transmission zu gewährleisten und das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte sicherzustellen, hat der EZB-Rat beschlossen, die Obergrenze von 0% für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte vorübergehend aufzuheben. Stattdessen wird entweder der Zinssatz für die Einlagefazilität oder der €STR für eine befristete Zeit die Obergrenze bilden – je nachdem, welcher der beiden Zinssätze niedriger ist. Die geänderte Verzinsung gilt ab dem Beginn der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode, d. h. dem 14. September 2022, und bleibt bis zum 30. April 2023 in Kraft.</p>
21. Juli 2022	<p>Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 27. Juli 2022 auf 0,50%, 0,75% bzw. 0,00% erhöht. Bei den kommenden Sitzungen des EZB-Rats wird eine weitere Normalisierung der Zinssätze angemessen sein. Durch den raschen Ausstieg aus den Negativzinsen kann der EZB-Rat zu einem Ansatz übergehen, bei dem Zinsbeschlüsse von Sitzung zu Sitzung gefasst werden. Der künftige Leitzinspfad des EZB-Rats wird von der jeweiligen Datenlage abhängen und dazu beitragen, dass das Inflationsziel von 2% auf mittlere Sicht erreicht wird.</p> <p>Zudem wurde das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) genehmigt. Das TPI wird ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken entgegenwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen, und somit sicherstellen, dass die Weitergabe des geldpolitischen Kurses in allen Ländern des Euroraums reibungslos erfolgt, während die Normalisierung der Geldpolitik fortgesetzt wird. Die Einheitlichkeit der Geldpolitik ist nämlich eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Im Rahmen des TPI werden Wertpapiere von Ländern gekauft, in denen eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zu beobachten ist, die nicht durch länderspezifische Fundamentalfaktoren begründet ist. Die Ankäufe sind nicht beschränkt.</p> <p>Die Flexibilität bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) bleibt die erste Verteidigungslinie, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissionsmechanismus entgegenzuwirken.</p>
12. Juli 2022	<p>Der Rat der Europäischen Union hat formal beschlossen, dass Kroatien mit 1. Jänner 2023 dem Euroraum beitrifft. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro (=Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus WKM II) festgelegt. Kroatische Banken werden von der EZB bereits seit 2020 beaufsichtigt.</p>

4. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Er kam überein, die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios des Eurosystems und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen. Mit den Maßnahmen sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden.
27. Juni 2022	Die EZB ändert den Zeitpunkt zukünftiger Veröffentlichungen ihrer geldpolitischen Beschlüsse sowie der Pressekonferenzen, auf der die Beschlüsse erläutert werden. Ab dem 21. Juli 2022 werden die geldpolitischen Beschlüsse um 14:15 Uhr MEZ veröffentlicht (statt wie bisher um 13:45 Uhr). Die Pressekonferenz beginnt um 14:45 Uhr MEZ (statt wie bisher um 14:30 Uhr). Die Veröffentlichung der damit verbundenen Dokumente wie etwa der Erklärung zur Geldpolitik verschiebt sich entsprechend auf 15:00 Uhr.
15. Juni 2022	Die Pandemie hat zu anhaltenden Verwundbarkeiten in der Wirtschaft des Euroraums geführt. Diese tragen zur uneinheitlichen Transmission der Normalisierung der Geldpolitik in den einzelnen Ländern bei. Dementsprechend hat der EZB-Rat beschlossen, dass er bei der Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.
9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben. Damit wird er sicherstellen, dass die Inflation mittelfristig auf ihren Zielwert von 2% zurückkehrt.
1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkurs-mechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.

27. April 2022	Die EZB und die Banca Națională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.
14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albaniens, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.
24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen. Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern. Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein.

10. März 2022 (Fortsetzung)	Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten. Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.
3. Februar 2022	Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.
16. Dezember 2021	<p>Der EZB-Rat ist der Auffassung, dass die Fortschritte bei der wirtschaftlichen Erholung und im Hinblick auf die Erreichung des mittelfristigen Inflationsziels eine schrittweise Verringerung seiner Ankäufe von Vermögenswerten in den kommenden Quartalen zulassen. Dementsprechend werden im Q1/2022 geringere Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) durchgeführt als im Q4/2021. Ende März 2022 werden die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP gänzlich eingestellt. Gleichzeitig hat der EZB-Rat beschlossen, den Wiederanlagezeitraum für das PEPP zu verlängern und die Tilgungsbeträge mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit wieder anzulegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.</p> <p>Weiters können die Wiederanlagen im Rahmen des PEPP jederzeit flexibel über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg angepasst werden, wenn es im Zusammenhang mit der Pandemie zu einer neuerlichen Marktfragmentierung kommt. Dies könnte den Ankauf von durch die Hellenische Republik begebenen Anleihen umfassen, der über die Wiederanlage von Tilgungsbeträgen hinausgeht, um eine Unterbrechung von Ankäufen in diesem Land zu vermeiden. Schließlich können die PEPP-Nettoankäufe erforderlichenfalls wieder aufgenommen werden, um negativen Schocks im Zusammenhang mit der Pandemie entgegenzuwirken.</p> <p>Bezüglich des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme – APP) hat der EZB-Rat beschlossen, im Q2 und Q3/2022 Nettoankäufe im Umfang von 40 bzw. 30 Mrd EUR durchzuführen.</p> <p>Ab Oktober 2022 werden die monatlichen Nettoankäufe im Ausmaß von 20 Mrd EUR so lange fortsetzen, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die Nettoankäufe beendet werden, kurz bevor er mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnt. Der EZB-Rat beabsichtigt zudem, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder anzulegen.</p> <p>Die EZB-Leitzinsen sowie die dazugehörige Forward Guidance blieben unverändert. Schließlich kündigte der EZB-Rat an, die Refinanzierungsbedingungen für Banken weiterhin zu beobachten und dafür zu sorgen, dass die Fälligkeiten im Rahmen der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) die reibungslose Transmission der Geldpolitik nicht beeinträchtigen. Die derzeit für den TLTRO III geltenden Sonderkonditionen werden im Juni 2022 wie geplant auslaufen.</p> <p>Der EZB-Rat wird darüber hinaus die angemessene Kalibrierung seines zweistufigen Systems für die Verzinsung von Reserveguthaben prüfen, damit die Intermediationsfunktion der Banken in einem von hoher Überschussliquidität geprägten Umfeld durch die Negativzinspolitik nicht eingeschränkt wird.</p>

28. Oktober und 9. September 2021	Der EZB-Rat ist zu der Einschätzung gelangt, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn der Umfang des Nettoerwerbs von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) im vierten Quartal 2021 gegenüber dem zweiten und dritten Quartal 2021 moderat reduziert wird. Die anderen geldpolitischen Maßnahmen wurden von ihm bestätigt.
22. Juli 2021	Um sein symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit seiner geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt. Der EZB-Rat bestätigt seine im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten und geht weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres. Zudem bestätigt der EZB-Rat seine anderen Maßnahmen zur Unterstützung seines Preisstabilitätsmandats: die Höhe der EZB-Leitzinsen, seine Ankäufe im Rahmen des APP, seine Wiederanlagestrategie und seine längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte.
14. Juli 2021	Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase werden wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung sein. Ein digitaler Euro muss in der Lage sein, den Bedürfnissen der Menschen in Europa gerecht zu werden. Zugleich soll er dazu beitragen, rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern und etwaige unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Geldpolitik zu vermeiden. Dies greift einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, in keiner Weise vor. Diese Entscheidung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. In jedem Fall würde ein digitaler Euro das Bargeld nur ergänzen, es aber nicht ersetzen.
8. Juli 2021	Der EZB-Rat verabschiedet die neue geldpolitische Strategie der EZB. Die vorrangige Aufgabe der EZB besteht weiterhin in der Gewährleistung von Preisstabilität. Nach Auffassung des EZB-Rats kann Preisstabilität am besten gewährleistet werden, wenn mittelfristig ein Inflationsziel von 2% angestrebt wird. Dieses Ziel ist symmetrisch, d. h. negative Abweichungen von diesem Zielwert sind ebenso unerwünscht wie positive. Wenn die nominalen Zinssätze in einer Volkswirtschaft in der Nähe ihrer effektiven Untergrenze liegen, sind besonders kraftvolle oder lang anhaltende geldpolitische Maßnahmen nötig, um zu verhindern, dass sich negative Abweichungen vom Inflationsziel verfestigen. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend leicht über dem Zielwert liegt. Weiters bestätigt der EZB-Rat, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auch künftig die geeignete Messgröße ist, um zu bewerten, ob das Preisstabilitätsziel erfüllt ist. Er räumt jedoch ein, dass der HVPI die für private Haushalte relevante Inflation besser abbilden würde, wenn die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigt würden und dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis selbst genutztes Wohneigentum in den HVPI einfließt. Unterdessen wird der EZB-Rat Inflationsmessgrößen heranziehen, die Schätzungen der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigen.

8. Juli 2021 (Fortsetzung)	<p>Der EZB-Rat hat anerkannt, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Preisstabilität hat. Dementsprechend hat er sich zu einem ambitionierten klimabezogenen Maßnahmenplan verpflichtet.</p> <p>Die erste reguläre geldpolitische Sitzung des EZB-Rats, in der die neue Strategie zur Anwendung kommt, findet am 22. Juli 2021 statt. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Angemessenheit seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Die nächste Bewertung ist 2025 zu erwarten.</p>
20. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat kam vom 18. bis 20. Juni 2021 im Taunus vor den Toren Frankfurts zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt standen weiterführende Gespräche über die Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB. Themen der Strategieüberprüfung waren unter anderem die Definition und Messung von Preisstabilität, der zugrunde liegende analytische Rahmen und die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik, die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik und die Modernisierung der geldpolitischen Kommunikation.</p>
18. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat stimmt mit der Bankenaufsicht der EZB darin überein, dass nach wie vor „außergewöhnliche Umstände“ vorliegen, die weiterhin den vorübergehenden Ausschlusses bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Verschuldungsquote (<i>Leverage Ratio</i>) rechtfertigen, um die Transmission der Geldpolitik der EZB zu unterstützen. Die Stellungnahme des EZB-Rats bildet die Grundlage dafür, dass die EZB-Bankenaufsicht den von ihr direkt beaufsichtigten bedeutenden Instituten gestatten kann, bestimmte Risikopositionen aus der Verschuldungsquote herauszurechnen.</p>
10. Juni 2021	<p>Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.</p>
7. Mai 2021	<p>Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.</p>
23. April 2021	<p>Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.</p>
18. März 2021	<p>Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.</p>

11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.
4. Februar 2021	Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 5. Oktober bis 23. November 2022⁴¹

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
22. November 2022	EK	<p>EK: Auszahlung einer zweiten Tranche der 5 Mrd EUR umfassenden außerordentlichen Makrofinanzhilfen (MFA) in Höhe von 2,5 Mrd EUR an die Ukraine.</p> <p>Nach erfolgter Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 2 Mrd EUR am 18. Okt. 2022 (siehe unten) kam somit die zweite Tranche zur Auszahlung, die verbleibenden 0,5 Mrd EUR werden voraussichtlich im Dezember 2022 ausbezahlt.</p> <p>Es handelt sich um die Umsetzung des am 20. September 2022 beschlossenen Makrofinanzhilfedarlebens in Höhe von 5 Mrd EUR.</p>
11. November 2022	EK	<p>EK-Herbstprognose 2022 - wesentliche Aussagen:</p> <p>Angesichts der großen Unsicherheit, des hohen Energiepreisdrucks, der Kaufkrafterosion der Haushalte, des schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds und der restriktiveren Finanzierungsbedingungen erwartet die EK, dass die EU, der Euroraum und die meisten Mitgliedstaaten im letzten Quartal dieses Jahres in eine Rezession abrutschen werden. Dennoch dürften die starke Dynamik des Jahres 2021 und das kräftige Wachstum in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres das reale BIP-Wachstum im Jahr 2022 insgesamt auf 3,3 % in der EU (3,2 % im Euroraum) ansteigen lassen.</p> <p>Für Österreich prognostiziert die EK ein BIP-Wachstum von 4,6 % für das Jahr 2022 und von 0,3 % für 2023. Das Wachstum in Österreich wird im Jahr 2022 über dem Durchschnitt des Euroraums (3,2%) liegen; im Jahr 2023 werden das Wachstum in Österreich und im Euroraum mit 0,3 % gleich sein.</p> <p>Laut Einschätzung der EK dürften höher als erwartet ausgefallene Inflationswerte in den ersten zehn Monaten 2022 sowie ein zunehmender Preisdruck den Inflationshöhepunkt auf das Jahresende verlagert und die jährliche Inflationsprognose auf 9,3 % in der EU und 8,5 % im Euroraum angehoben haben. Die EK erwartet für das Jahr 2023 einen Rückgang der Inflation, die aber mit 7,0 % in der EU und 6,1 % im Euroraum noch immer hoch bleiben wird. In Österreich wird die Inflation voraussichtlich im vierten Quartal 2022 ihren Höhepunkt erreichen, was zu einer jährlichen HVPI-Inflationsrate von</p>

⁴¹ Autorin: Alexandra Bernhard (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		<p>8,7 % im Jahr 2022 führt, bevor sie allmählich auf 6,7 % im Jahr 2023 und auf 3,3 % im Jahr 2024 zurückgehen wird.</p> <p>Der wirtschaftliche Ausblick ist nach wie vor mit einem außergewöhnlichen Maß an Unsicherheit behaftet. Nach Ansicht der EK geht die größte Gefahr von ungünstigen Entwicklungen auf dem Gasmarkt und dem Risiko von Engpässen aus, insbesondere im Winter 2023-24.</p>
9. November 2022	EK	<p>EK-Vorschlag: Maßnahmenpaket zur Gewährleistung einer Unterstützung für die Ukraine von bis zu 18 Mrd EUR für 2023</p> <p>Im Nachgang zur Tagung des Europäischen Rates vom 20.-21. Oktober 2022 schlug die EK dieses Maßnahmenpaket vor. Es besteht aus sehr günstigen Darlehen, die ab 2023 in regelmäßigen Tranchen ausbezahlt werden sollen. Diese Unterstützung, die durchschnittlich 1,5 Mrd EUR pro Monat betragen soll, wird zur Deckung eines erheblichen Teils des kurzfristigen Finanzierungsbedarfs der Ukraine im Jahr 2023 beitragen.</p>
9. November 2022	EK	<p>EK-Mitteilung: Orientierung für eine Reform der EU-Wirtschaftspolitischen Steuerung (Fiskalregelreform)</p> <p>In den kommenden Monaten werden diese Ideen noch einmal politischen Verhandlungen unterzogen, bevor die EK Vorschläge für eine Anpassung der „Six-Pack und Two-Pack-Vorschriften“ vorlegen kann. Dies ist für Q1 2023 geplant. Es ist keine EU-Vertragsänderung vorgesehen und die Referenzwerte (3% Budgetdefizit, 60% Schuldenquote) bleiben unverändert. Allerdings soll deren Einhaltung über einen individuell (länderspezifisch) angepassten, glaubwürdigen Budget-Pfad erreicht werden.</p>
7. November 2022	Eurogruppe	<p>Wichtigste Ergebnisse:</p> <p>Es wurden Beratungen über haushaltspolitische Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen hoher Energiepreise geführt. Die politischen Prioritäten der italienischen Regierung wurden vorgestellt. Das Verfahren für die Wahl des nächsten Präsidenten der Euro-Gruppe am 5. Dezember 2022 wurde diskutiert.</p>
20. Oktober 2022	EZB	<p>Festlegung der Übergangsbestimmungen für die Mindestreservepflicht in Kroatien nach der Euro- Einführung</p> <p>Ab dem 1. Jänner 2023 unterliegen in Kroatien ansässige Kreditinstitute und Zweigstellen der Mindestreservepflicht des Eurosystems. Da die reguläre Mindestreserve-Erfüllungsperiode vom 21. Dezember 2022 bis zum 7. Februar 2023 läuft, sind Übergangsbestimmungen erforderlich, um eine reibungslose Integration der betreffenden Institute in das Mindestreservesystem des Eurosystems sicherzustellen.</p>
18. Oktober 2022	EK	<p>EK: Auszahlung der ersten Tranche der 5 Mrd EUR umfassenden außerordentlichen Makrofinanzhilfen (MFA) in Höhe von 2 Mrd EUR an die Ukraine</p>

		Diese Hilfen sind Teil eines bis zu 9 Mrd EUR schweren MFA-Pakets, das von der Kommission in ihrer Mitteilung vom 18. Mai 2022 über Entlastung und Wiederaufbau der Ukraine angekündigt und vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 23./24. Juni 2022 gebilligt worden war. Den ersten Teil dieses außerordentlichen MFA-Pakets (1 Mrd EUR) hatte die Kommission bereits am 1. und 2. August 2022 ausgezahlt.
--	--	--

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

2. November 2022	IWF	<p>Neue Direktorin für strategische Kommunikation: Julie Kozack</p> <p>Managing Director (MD) Georgieva gab ihre Absicht bekannt, Julie Kozack zur Direktorin für strategische Kommunikation des IWF zu ernennen. Sie wird die Nachfolge von Gerry Rice antreten, dessen Ausscheiden aus dem Fonds am 22. Juli 2022 bekannt gegeben wurde.</p>
21. Oktober 2022	IWF	<p>Ukraine: Erklärung zum Abschluss einer IWF Mission</p> <p>Vom 17. bis 20. Oktober 2022 fand in Wien ein Treffen zwischen dem IWF-Stab und den ukrainischen Behörden statt. Aufbauend auf diesen Gesprächen wird man in den kommenden Wochen daran arbeiten, dem Antrag auf Programmüberwachung mit Beteiligung des IWF Exekutivdirektoriums (<i>Program Monitoring with Board Involvement, PMB</i>) nachzukommen. Das PMB wird die politischen Absichten zur Unterstützung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität darlegen und eine Bewertung des Außenfinanzierungsbedarfs der Ukraine für 2023 vorlegen.</p>
14. Oktober 2022	IWF	<p>46. Sitzung des IMFC. Statement der Vorsitzenden Nadia Calviño</p> <p>Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges gab es bereits zum zweiten Mal keine Einigung auf ein Communiqué des IMFC, sondern lediglich ein Statement der IMFC-Vorsitzenden. Darin bekräftigt das IMFC seine Forderung nach einer größeren internationalen Zusammenarbeit und einem verstärkten Multilateralismus, um eine Fragmentierung zu verhindern und die globale wirtschaftliche Integration zu sichern.</p>
12. Oktober 2022	IWF	<p>MD Georgieva: Ankündigung der Tätigkeitsaufnahme des Resilience and Sustainability Trust (RST)</p> <p>Der im Mai 2022 beschlossene RST zielt darauf ab, Länder beim Aufbau von Widerstandsfähigkeit gegenüber strukturellen Herausforderungen - wie Klimawandel und Pandemien - zu unterstützen, um die längerfristige wirtschaftliche und finanzielle Stabilität zu erhalten.</p> <p>Die Operationalisierung des RST wurde aufgrund einer ersten Runde von Finanzierungsbeiträgen in Höhe von 15,3 Mrd SZR</p>

		(rd. 20 Mrd USD) möglich. Diese Beiträge wurden von Deutschland, Spanien sowie von Australien, China, Japan und Kanada geleistet. Insgesamt gibt es Finanzierungszusagen in Höhe von insgesamt 29 Mrd SZR (rd. 37 Mrd USD), welche laut IWF zu Jahresbeginn 2023 effektiv werden sollten.
11. Oktober 2022	IWF	<p>Veröffentlichung des IWF World Economic Outlook</p> <p>Die Weltwirtschaft steht weiterhin vor großen Herausforderungen, die durch die russische Invasion in der Ukraine, eine durch anhaltenden und zunehmenden Inflationsdruck verursachte Lebenshaltungskostenkrise und die Abschwächung in China geprägt sind.</p> <p>Die Wachstumsprognose des IWF liegt für 2022 bei 3,2 % für die Weltwirtschaft (2023: 2,7 %). Für den Euroraum erwartet der IWF ein Wachstum von 3,1% im Jahr 2022 (EU: 3,2%) und 0,5% für 2023 (EU: 0,7%), für Österreich 4,7% (2022) und 1,0% (2023).</p>
7. Oktober 2022	IWF	<p>Genehmigung einer Notfinanzierungshilfe an die Ukraine in Höhe von rd. 1,3 Mrd USD</p> <p>Das Exekutivdirektorium des IWF genehmigte die Auszahlung von rd. 1,3 Mrd US-Dollar (1.005,9 Mio SZR) im Rahmen des „Food Shock Window“ der Notfallfinanzierungsfazilität „<i>Rapid Financing Instrument</i>“ (RFI), um den dringenden Zahlungsbilanzbedarf der Ukraine zu decken. MD Georgieva kündigte auch den raschen Start von Gesprächen des IWF-Stabs mit den ukrainischen Behörden an, um das <i>Program Monitoring with Board Involvement</i> (PMB) auf den Weg zu bringen.</p>

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 30. November 2022

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundshaushalt	28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

- .. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
- x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
- 0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- Ø = Durchschnitt
- A = Anstieg
- R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

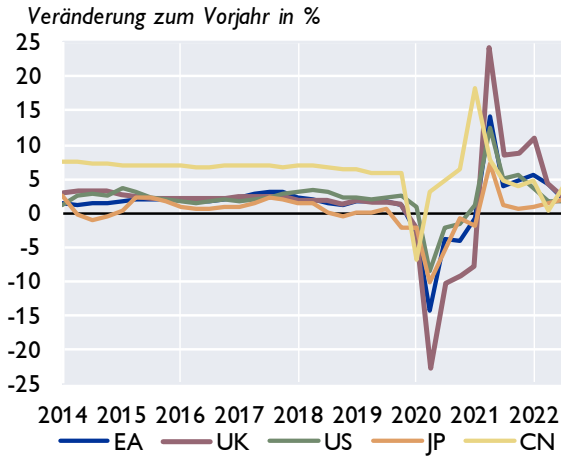
	Reales BIP			Inflation ¹			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanz-saldo		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %			in %			in % des Arbeits- kräfteangebotes			in % des BIP								
Vereinigtes Königreich	4,2	-0,9	0,9	7,9	7,5	2,9	3,8	4,4	4,8	-6,4	-4,4	-3,7	103,0	101,1	101,8	-5,6	-6,0	-5,8
USA	1,8	0,7	1,7	7,9	3,4	2,3	3,7	4,1	4,4	-5,9	-6,7	-7,1	122,8	124,7	127,0	-3,8	-3,2	-2,8
Japan	1,7	1,6	1,2	2,5	3,1	1,8	2,7	2,5	2,5	-11,8	-10,3	-9,3	263,9	258,8	255,0	0,7	1,2	1,7
China	3,4	4,5	4,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	2,5	2,1	1,7
Euroraum	3,2	0,3	1,5	8,5	6,1	2,7	6,8	7,2	7,0	-3,5	-3,7	-3,3	93,7	92,5	91,6	1,5	1,9	2,4
EU	3,3	0,3	1,6	9,3	7,0	3,0	6,2	6,5	6,4	-3,4	-3,6	-3,2	86,0	84,9	84,1	1,1	1,4	1,9
Österreich	4,6	0,3	1,1	8,7	6,7	3,3	5,0	5,2	5,3	-3,4	-2,8	-1,9	78,5	76,6	74,9	0,2	-0,0	-0,1
Deutschland	1,6	-0,6	1,4	8,8	7,5	2,9	3,1	3,5	3,5	-2,3	-3,1	-2,6	67,4	66,3	65,4	3,7	4,7	5,0
Polen	4,0	0,7	2,6	13,3	13,8	4,9	2,7	3,0	3,1	-4,8	-5,5	-5,2	51,3	52,9	54,2	-2,9	-2,5	-1,6
Ungarn	5,5	0,1	2,6	14,8	15,7	3,9	3,6	4,2	4,2	-6,2	-4,4	-5,2	76,4	75,2	75,1	-7,6	-6,3	-4,3
Tschechische Republik	2,5	0,1	1,8	15,6	9,5	3,5	2,7	3,3	3,6	-4,3	-4,1	-3,0	42,9	44,2	44,5	-5,8	-6,9	-5,9

Quelle: EK Herbstprognose November 2022.

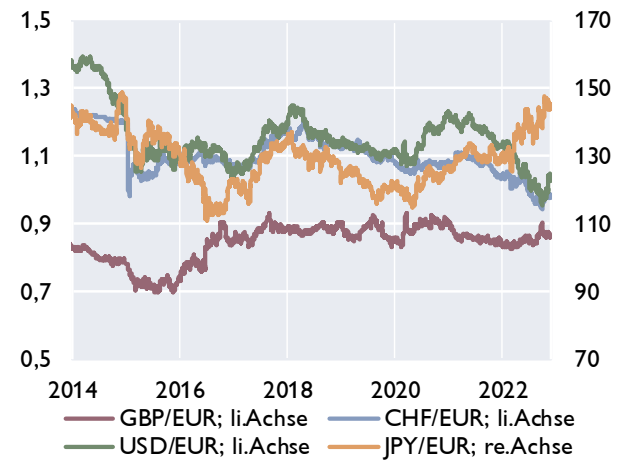
¹ HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Makroökonomische Indikatoren

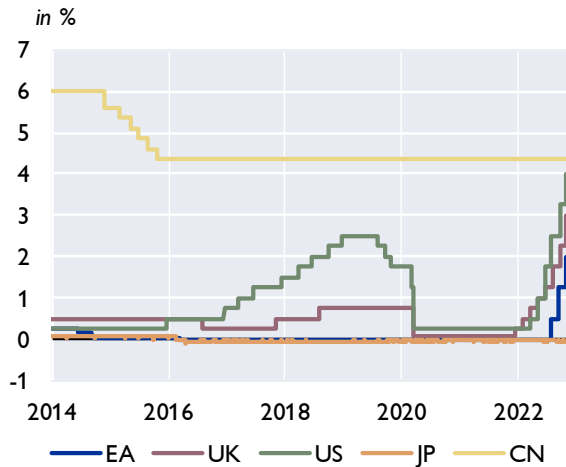
Reales BIP-Wachstum



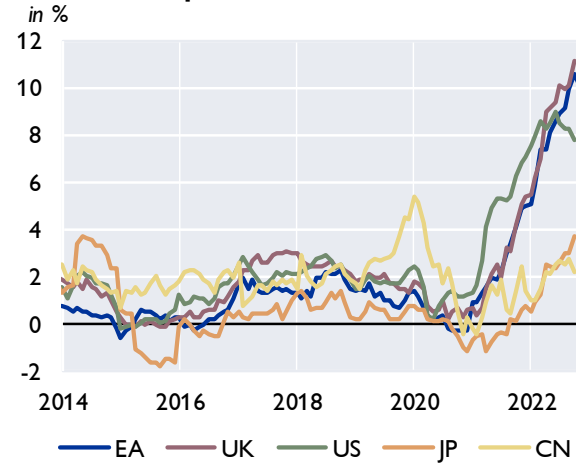
Wechselkurse zum Euro



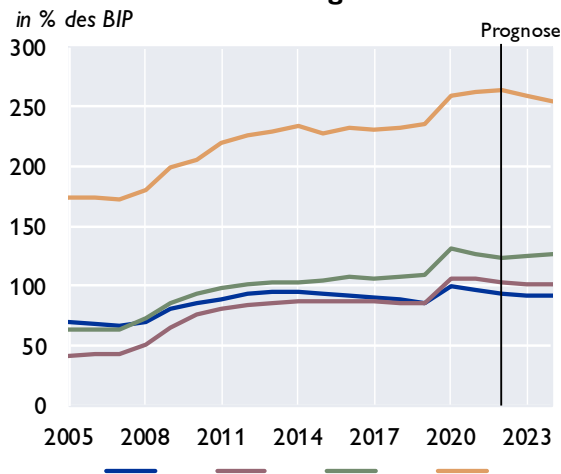
Leitzinssätze der Zentralbanken



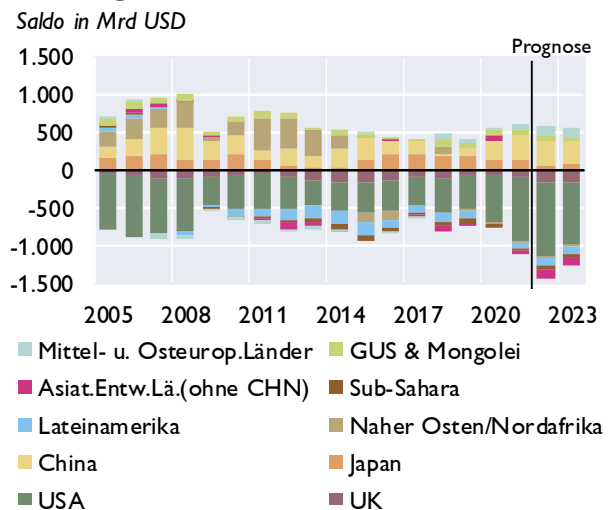
Verbraucherpreisindizes



Öffentliche Verschuldung



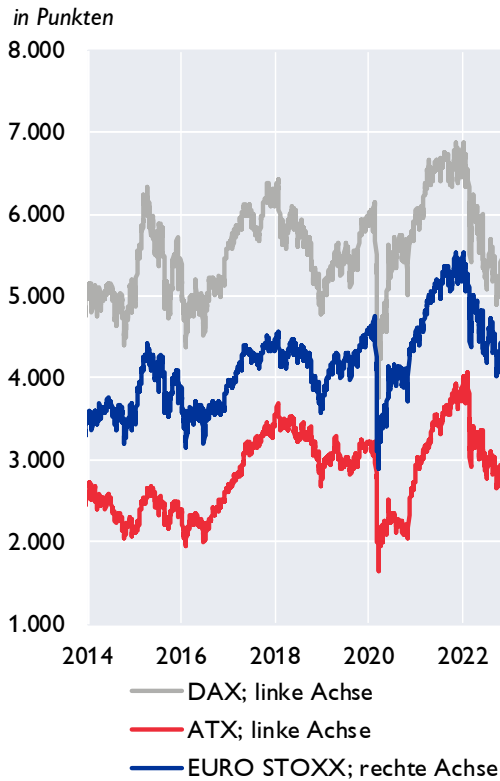
Leistungsbilanz



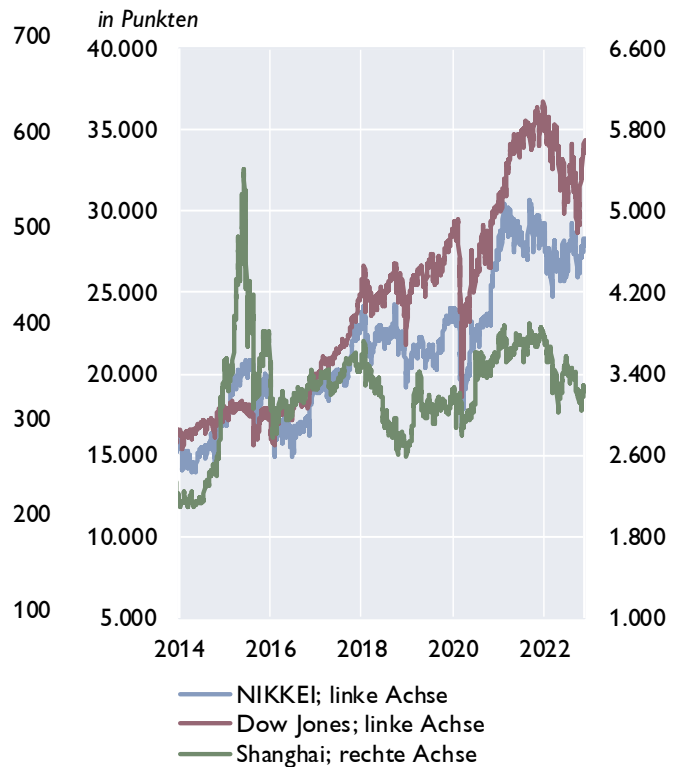
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Nov. 2022 und IWF WEO Okt. 2022.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Aktienkurse - Europa

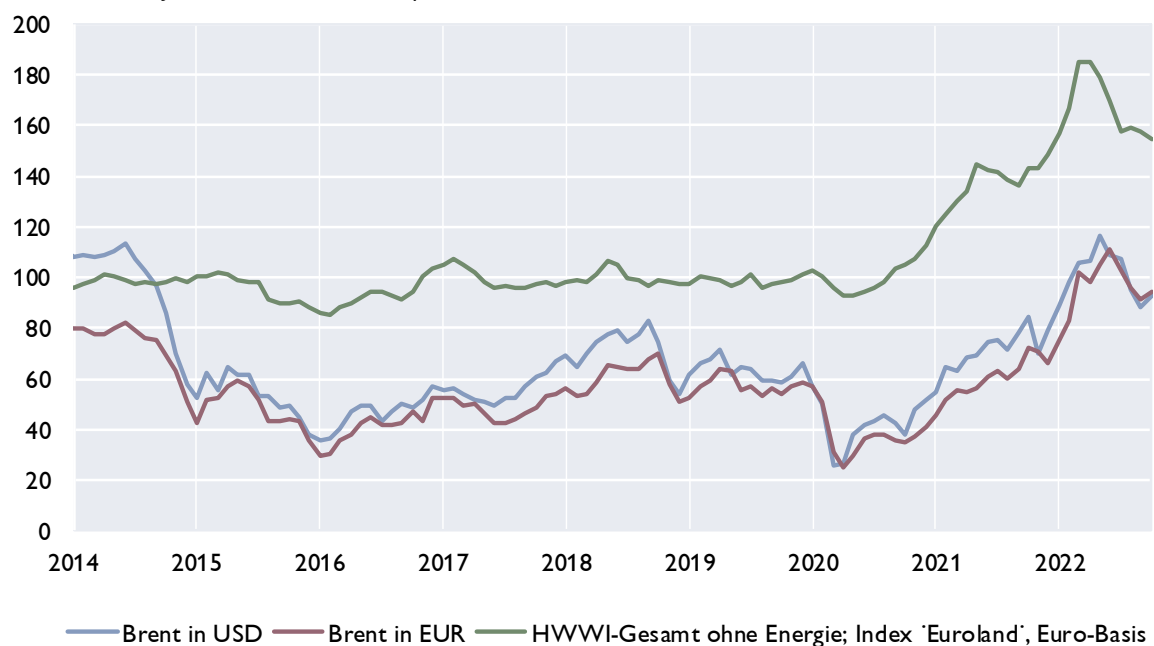


Aktienkurse - International



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF		EU-Kommission		
	September 2022			November 2022			Oktober 2022		November 2022		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2024
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real	3,1	0,9	1,9	3,3	0,5	1,4	3,1	0,5	3,2	0,3	1,5
Privater Konsum, real	3,6	0,7	1,2	3,7	0,3	1,0	3,8	0,8	3,7	0,1	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,4	-1,3	1,0	1,7	0,3	0,6	1,8	0,2	1,4	0,3	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,1	1,6	3,0	2,6	1,1	2,0	3,4	1,6	2,8	0,5	2,3
Exporte, real	6,1	3,8	3,9	x	x	x	x	x	6,6	2,0	3,4
Importe, real	6,5	3,1	3,3	x	x	x	x	x	6,8	1,9	3,5
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP Deflator	x	x	x	4,5	5,5	3,1	4,3	4,4	4,6	5,3	3,4
HVPI	8,1	5,5	2,3	8,3	6,8	3,4	8,3	5,7	8,5	6,1	2,6
Lohnstückkosten	2,8	4,1	2,2	x	x	x	2,9	2,9	3,0	4,8	2,7
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
Beschäftigte	2,0	0,2	0,2	x	x	x	1,9	0,1	1,8	0,1	0,5
<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>											
Arbeitslosenquote	6,7	6,9	7,0	6,8	7,1	7,1	6,8	7,0	6,8	7,2	7,0
<i>in % des nominellen BIP</i>											
Leistungsbilanz	-0,3	-0,5	0,1	1,4	1,4	1,7	1,0	1,4	1,5	1,9	2,4
Öffentliches Defizit	-3,8	-2,9	-2,7	-3,7	-3,8	-3,1	-3,8	-3,3	-3,5	-3,7	-3,3
<i>Prognoseannahmen</i>											
Erdölpreis in USD/Barrel	105,4	89,8	83,6	102,6	95,0	95,0	98,2	85,5	101,8	85,0	78,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,2	2,0	2,1	0,5	3,8	3,9	-0,2	0,8	0,2	3,1	3,0
USD/EUR	1,05	1,01	1,01	1,04	0,98	0,98	1,06	1,03	1,04	0,98	0,98
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real USA	x	x	x	1,8	0,5	1,0	1,6	1,0	1,8	0,7	1,7
BIP, real Welt ¹	2,9	3,0	3,4	3,1	2,2	2,7	3,2	2,7	3,1	2,8	3,4
Welthandel ¹	4,6	2,7	3,4	5,4	2,9	3,8	4,3	2,5	4,9	2,5	3,7

¹ EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
			Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Aug	Sep	Okt	Nov
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
HVPI gesamt	0,3	2,6	4,6	6,1	8,0	9,3	..	9,1	9,9	10,6	10,0*)
Kerninflation	0,7	1,5	2,4	2,7	3,7	4,4	..	4,3	4,8	5,0	5,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,6	2,3	3,9	4,9	6,3	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	4,7	-0,1	1,1	1,9	3,0	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	-0,2	3,8	3,3	4,4	4,6	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	-4,7	3,8	2,2	2,4	1,5	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-2,6	12,3	24,0	33,1	36,5	41,1	..	43,4	41,9
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	100,0	137,6	144,8	170,1	177,5	158,3	..	159,4	157,3	154,4	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	37,9	59,9	69,7	86,7	104,7	96,8	..	96,2	91,3	94,6	..
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	43,4	70,8	79,6	97,6	111,5	97,4	..	97,4	90,3	93,1	..
<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>											
BIP real	-6,1	5,3	0,5	0,6	0,8	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-7,7	3,8	-0,2	-0,1	1,0	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,0	4,3	0,7	0,2	0,6	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-6,2	3,6	3,4	-0,8	0,7	x	x	x	x
<i>Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)</i>											
Binnennachfrage (ohne Lager)	-5,3	3,7	0,8	-0,2	0,8	x	x	x	x
Nettoexporte	-0,5	1,3	-0,8	0,8	0,1	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,3	0,3	0,5	0,0	-0,1	x	x	x	x
<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)</i>											
Handelsbilanz	233,9	117,9	-11,3	-55,2	-90,1	-121,4	..	-52,4	-34,4
Leistungsbilanz	182,3	281,3	24,5	17,4	-37,0	-26,9	-8,1
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,3	0,8	0,5	-1,1	x	x	x	x
<i>Ausgewählte Indikatoren</i>											
Economic Sentiment Indicator	88,3	110,8	116,0	111,1	104,0	96,6	..	97,4	93,7	92,7	93,7
Industrievertrauen (Saldo)	-13,3	9,3	13,8	11,8	6,9	1,4	..	1,2	-0,3	-1,2	-2,0
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	48,6	60,2	58,2	57,8	54,1	49,3	..	49,6	48,4	46,4	47,3
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	89,3	97,3	96,6	95,2	92,5	87,2	..	88,6	84,3	84,5	86,3
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-7,7	8,0	0,4	-0,2	0,4	1,6	..	3,0	4,3
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-14,2	-7,4	-7,6	-13,7	-22,3	-26,9	..	-24,9	-28,7	-27,5	-23,9
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	-0,9	5,1	4,3	6,1	1,0	-0,8	..	-1,3	-0,3
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	74,5	81,4	82,7	82,4	82,5	82,3	81,4	x	x	x	x
<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>											
Arbeitslose in % der Beschäftigten ¹	8,0	7,7	7,1	6,8	6,7	6,7	..	6,7	6,6
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-1,5	1,4	0,6	0,6	0,4	0,2	..	x	x	x	x
<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>											
Geldmenge M3	12,1	6,9	6,9	6,3	5,8	6,3	..	6,1	6,3	5,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	6,0	5,8
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	4,3	4,3	4,4	4,6	4,4	..	4,4	4,4	4,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,25	..	0,50	1,25	1,25	..
3-Monats Zinssatz (%)	-0,43	-0,55	-0,57	-0,53	-0,35	0,49	..	0,39	1,01	1,43	..
10-Jahres Zinssatz (%)	0,21	0,20	0,31	0,84	1,96	2,32	..	2,06	2,81	3,19	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,64	0,75	0,88	1,37	2,31	1,84	..	1,66	1,80	1,76	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro) ²	125,6	87,1	89,0	114,3	144,7	168,2	..	157,7	175,3	195,7	..
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	360,0	448,0	469,9	447,7	413,8	394,0	..	408,5	382,4	378,5	..
Wechselkurs USD je EUR	1,14	1,18	1,14	1,12	1,07	1,01	..	1,01	0,99	0,98	..
nom. effekt. Wechselkurs des EUR ³	99,6	99,6	97,7	96,4	95,6	94,0	..	93,6	94,2	94,8	..
real effektiver Wechselkurs des EUR ³	93,5	93,4	91,8	91,4	90,3	89,2	..	88,7	89,7	91,3	..
<i>Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP</i>											
Budgetsalden	-7,0	-5,1	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	99,0	97,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

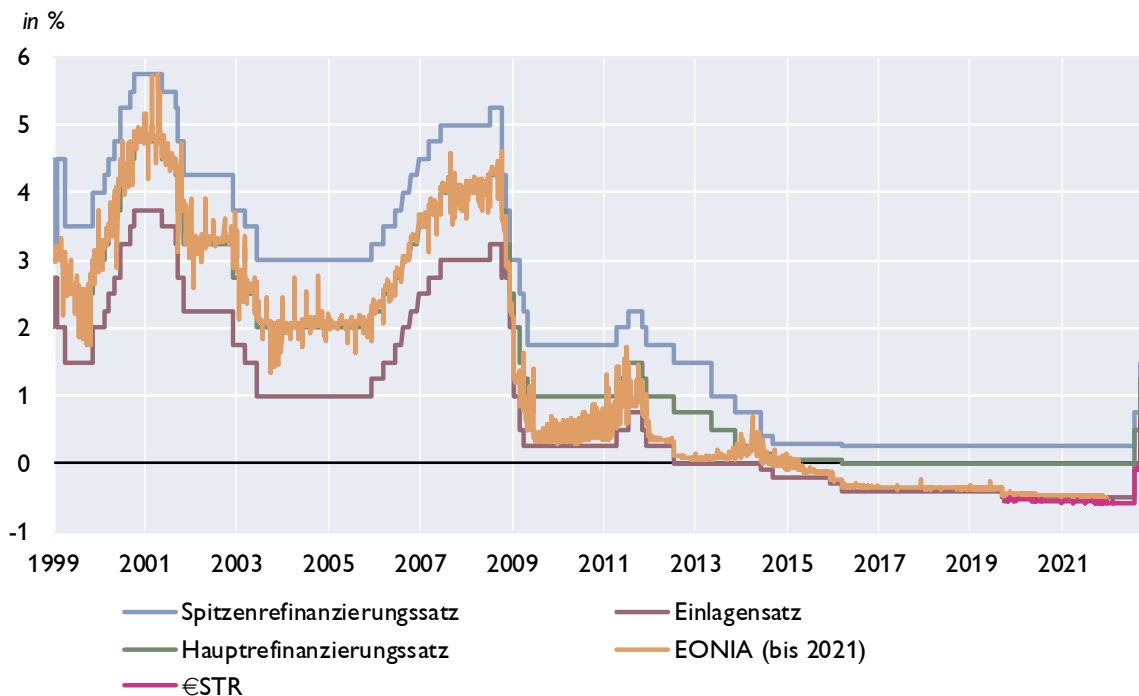
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

*) Schnellschätzung.

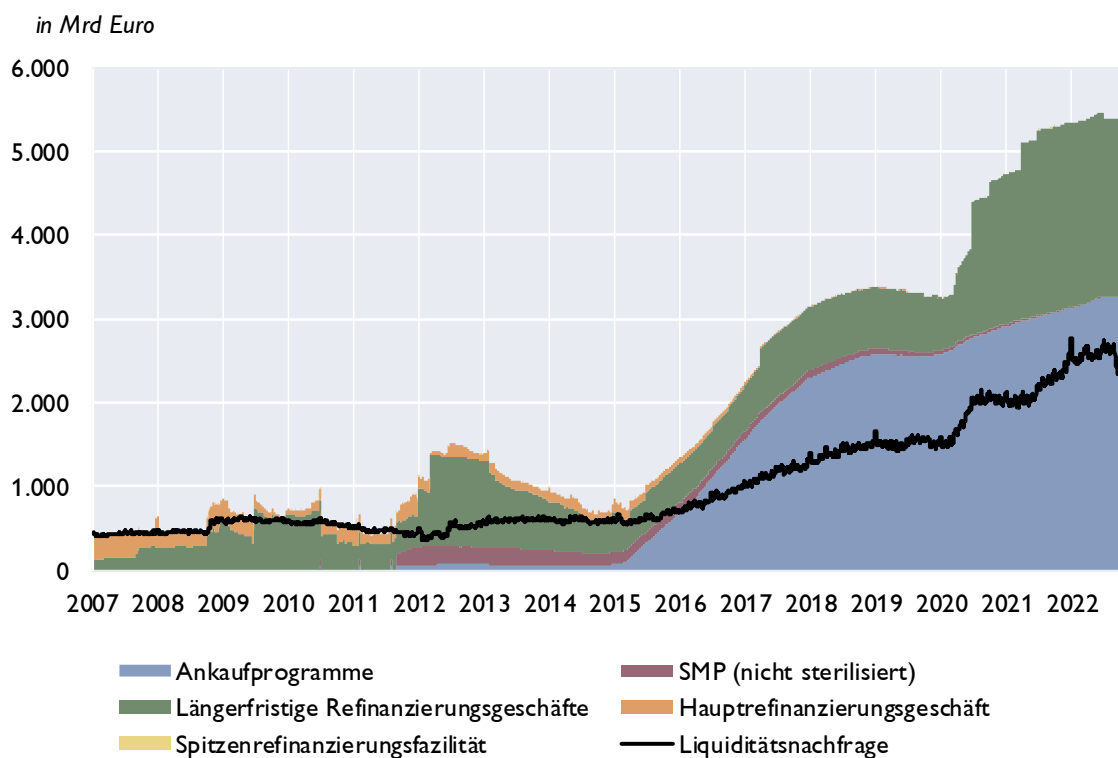
¹ ILO-Definition.² Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).³ Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

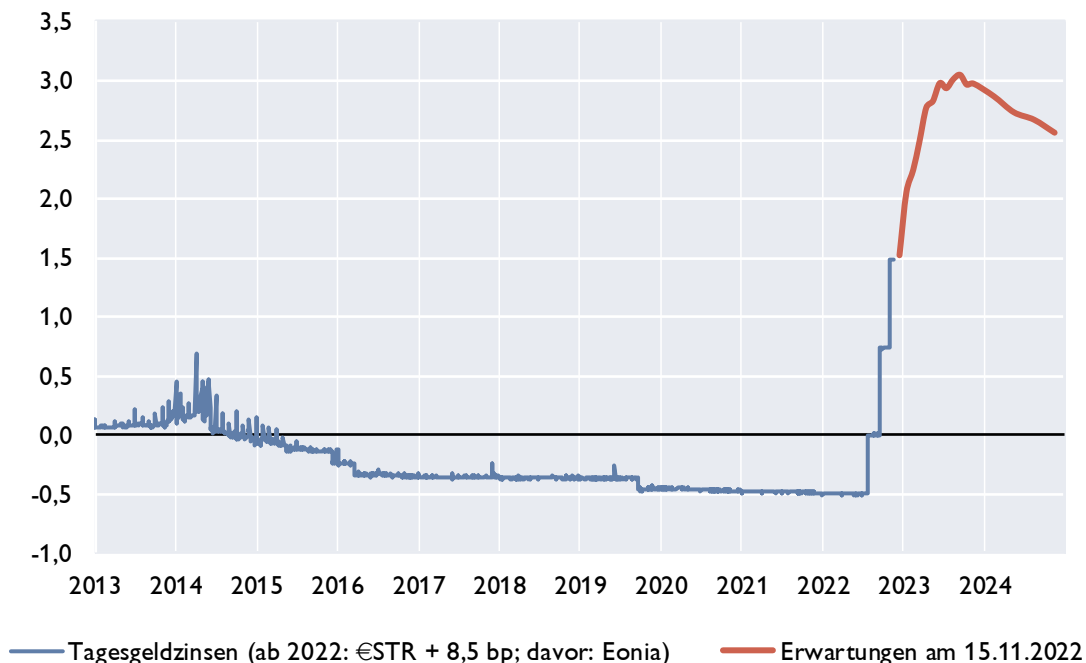


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

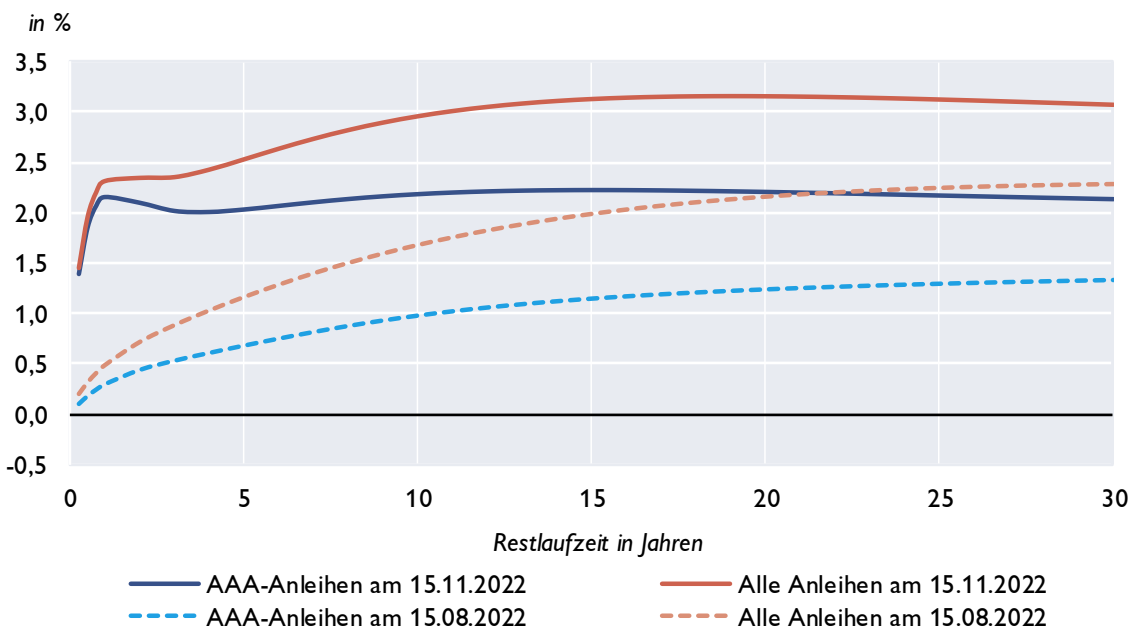
Euroraum: Zinserwartungen

Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

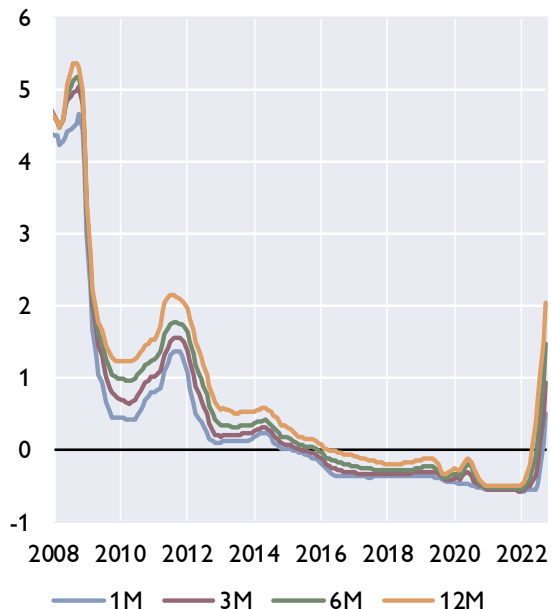


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

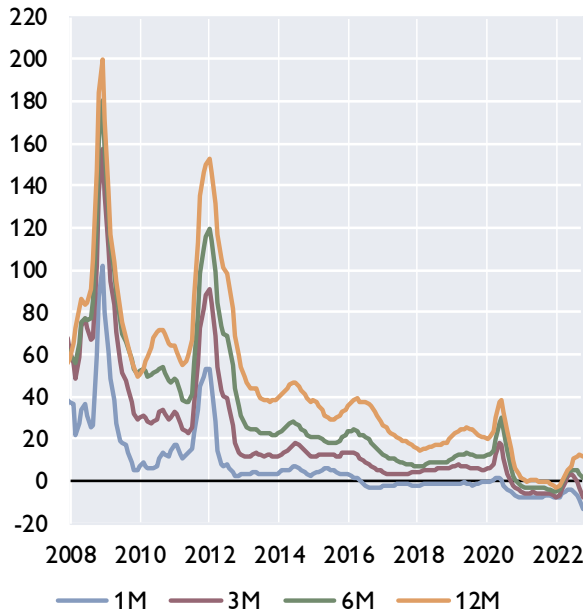
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



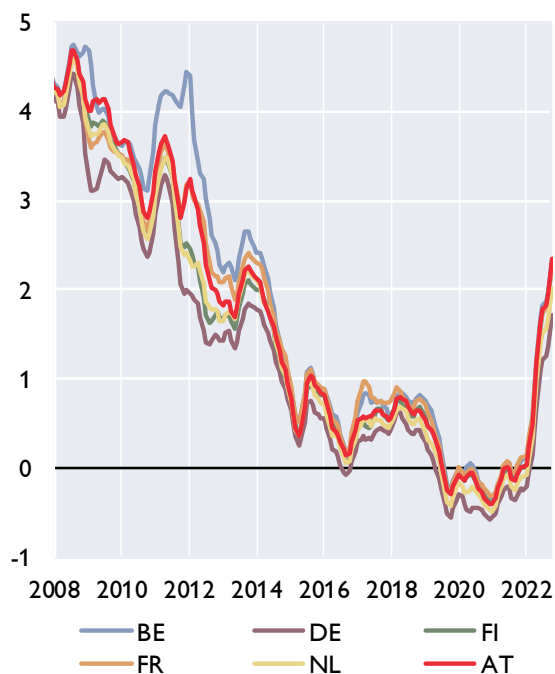
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



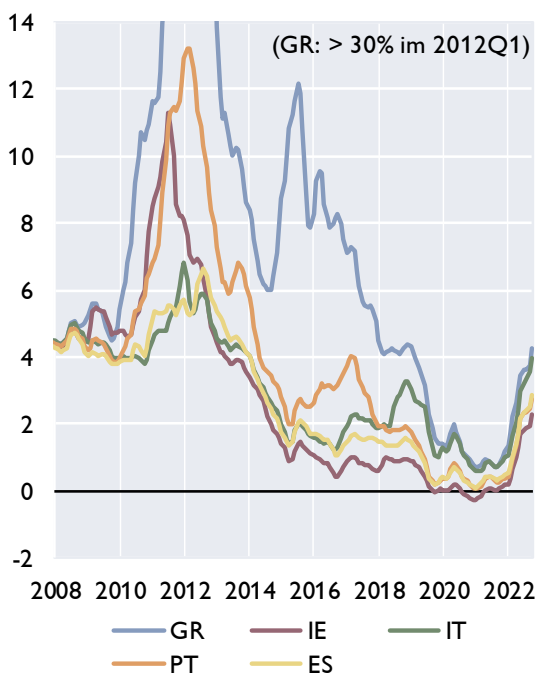
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

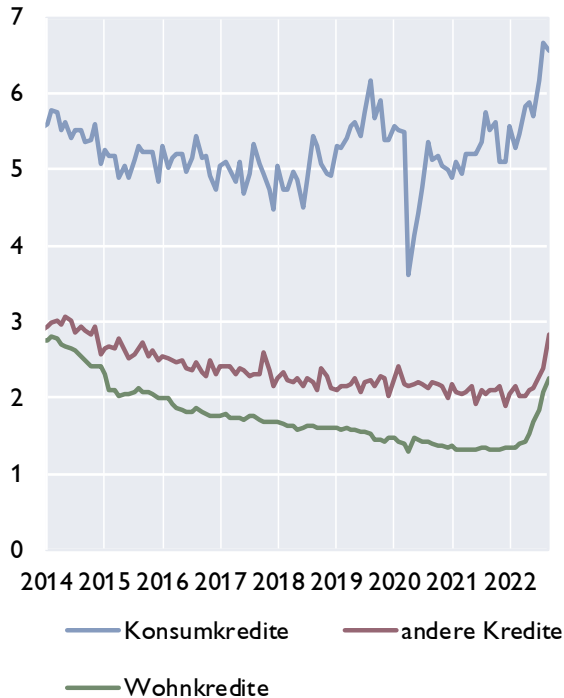


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

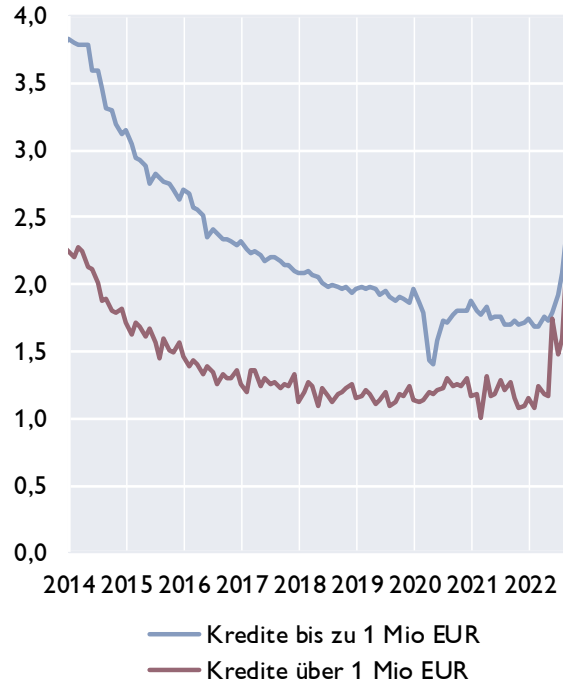
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



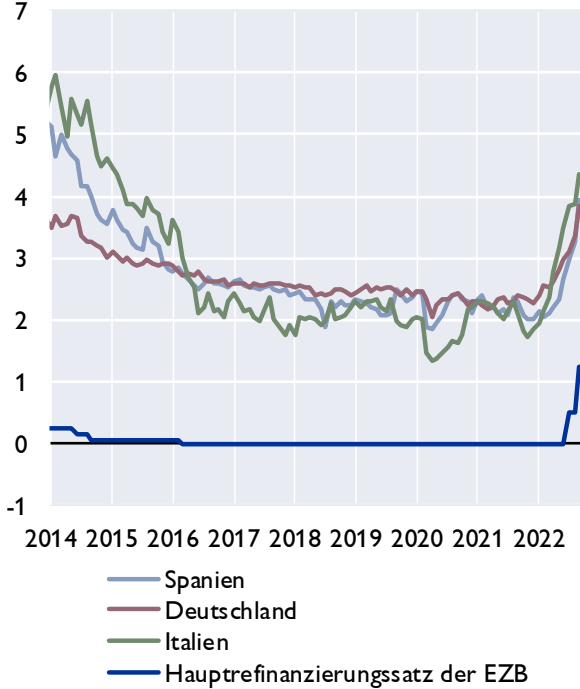
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



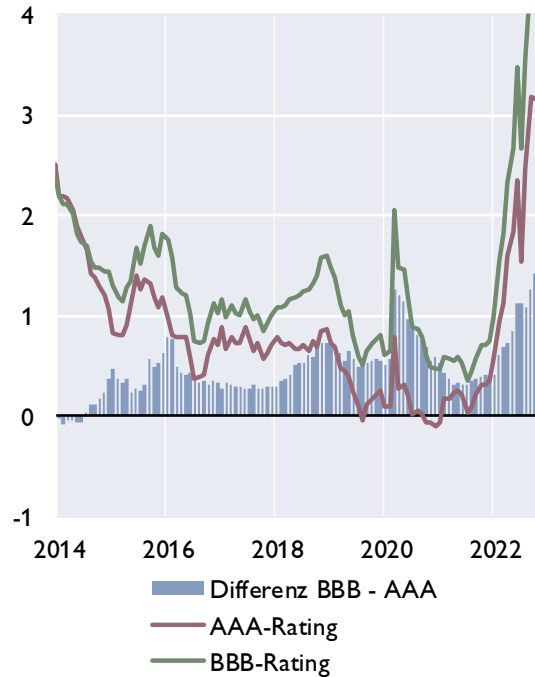
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

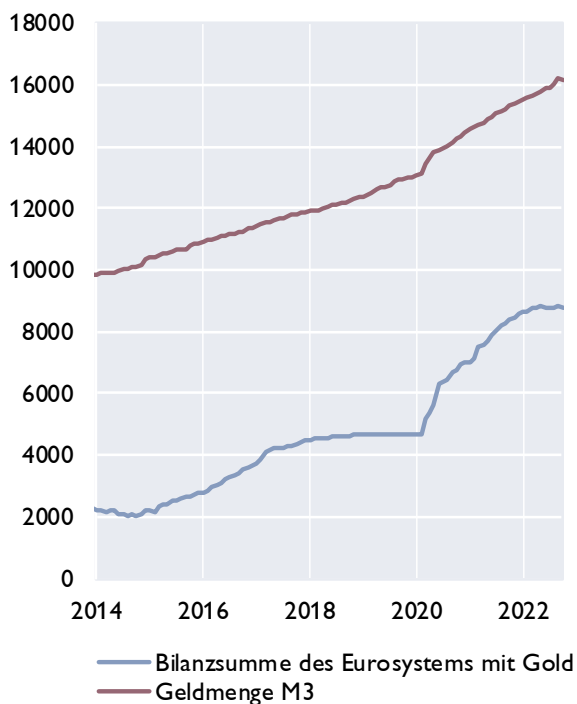


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

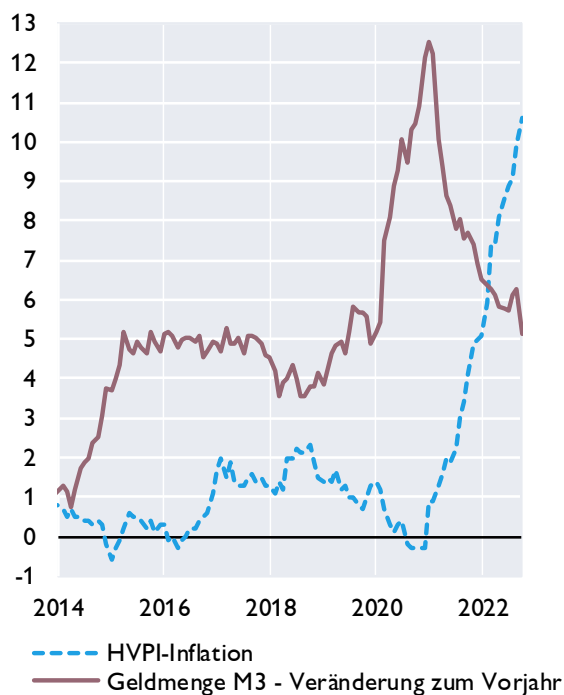
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



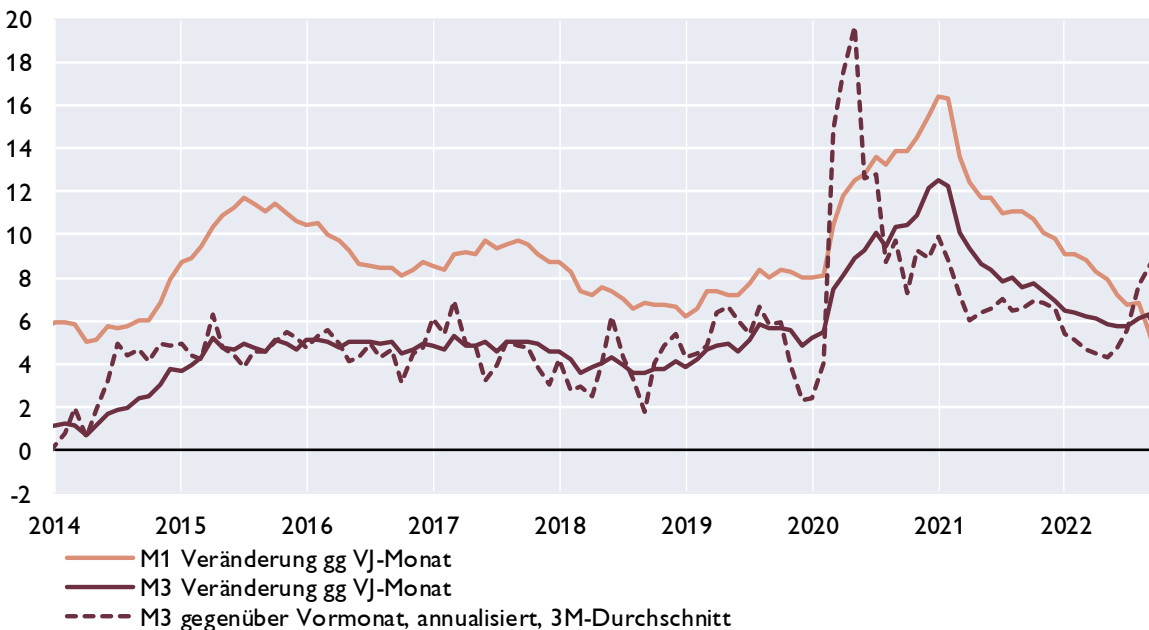
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

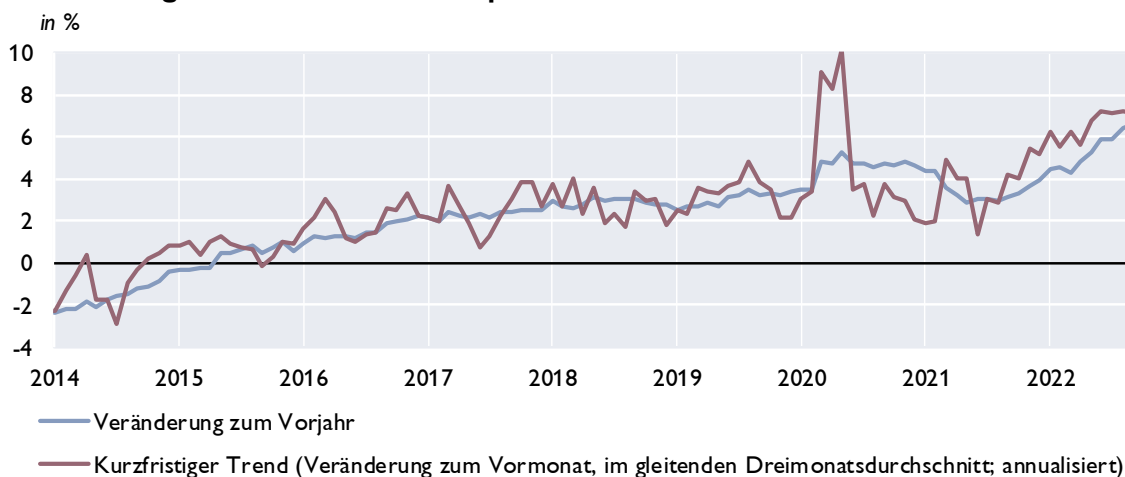
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

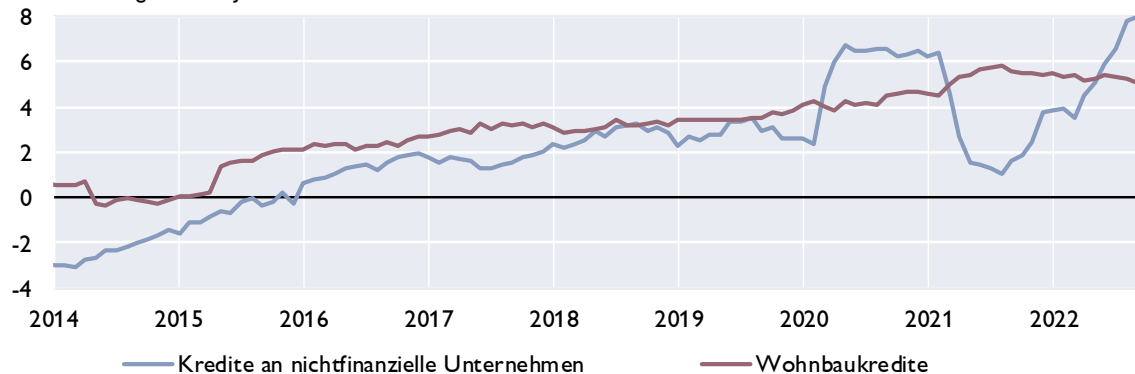
arbeitstägig und saisonal bereinigt		2020	2021	Mai.22	Jun.22	Jul.22	Aug.22	Sep.22	Okt.22
Aktiva	Kredite	9,6	6,1	6,1	6,2	5,8	5,6	5,5	5,0
	Kredite an öffentliche Haushalte	22,1	11,3	8,9	8,4	7,0	5,5	5,0	4,6
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	5,3	3,9	4,8	5,2	5,2	5,6	5,7	5,2
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor ¹⁾	4,7	4,0	5,3	5,8	5,9	6,4	6,6	6,2
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	5,7	6,5	3,8	4,6	4,4	3,0	1,2	0,5
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	8,9	10,7	10,9	9,9	9,8	7,1	4,8	3,8
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-0,5	-0,5	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,4

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor¹⁾



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



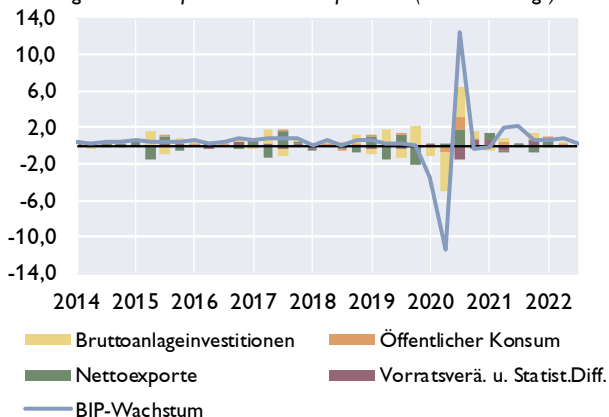
Quelle: EZB.

¹⁾ Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

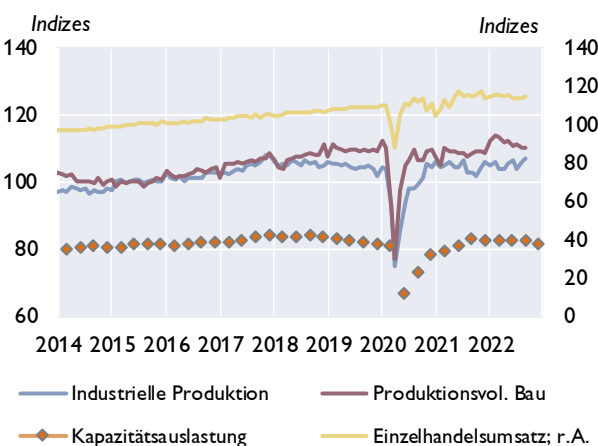
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

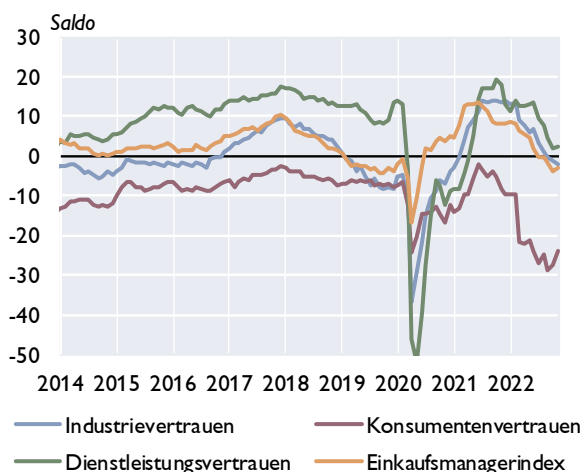
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



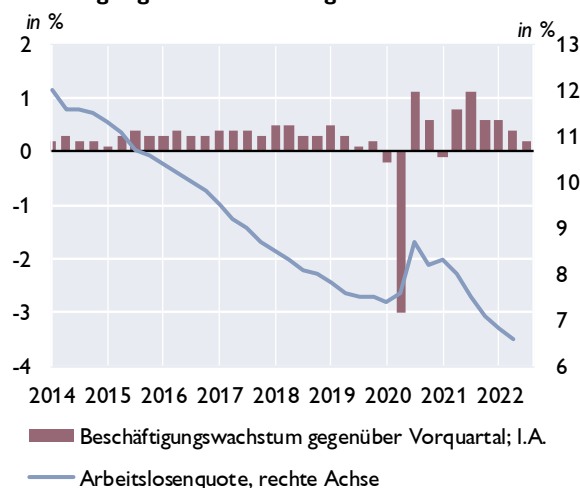
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2019	2020	2021	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
Leistungsbilanz	274,1	188,7	288,7	89,8	42,2	-3,7	-52,2	-26,4
Güter	308,8	342,0	290,3	73,6	37,8	-1,5	-25,5	-46,8
Dienstleistungen	33,5	-15,6	91,8	31,9	18,3	28,1	44,0	45,2
Einkommen	79,4	20,1	65,8	19,1	26,3	12,7	-35,7	13,9
Laufende Transfers	-147,6	-157,8	-159,2	-34,9	-40,2	-43,1	-35,1	-38,7
Vermögensübertragungen	-26,4	3,4	45,8	14,0	13,4	7,2	98,5	7,3
Kapitalbilanz	199,9	185,6	315,8	75,5	29,7	-5,3	18,9	11,9
Direktinvestitionen	64,4	-197,5	294,7	121,0	59,0	22,5	101,2	82,8
Portfolioinvestitionen	-138,3	530,1	317,2	18,6	82,6	-50,9	-17,9	-158,9
Finanzderivate	7,2	18,9	68,6	23,3	40,2	-2,1	23,9	32,2
Sonstige Investitionen	260,5	-179,0	-494,7	-210,6	-155,1	26,2	-90,7	48,4
Währungsreserven	6,0	13,2	130,1	123,1	2,9	-0,9	2,3	7,4
Statistische Differenz	-47,7	-6,5	-18,8	-28,3	-26,0	-8,8	-27,4	31,0
Leistungsbilanz in % des BIP ¹	2,4	1,8	2,3	2,2	0,8	0,5	-1,1	..

¹ Quartale: Saisonbereinigte Daten.

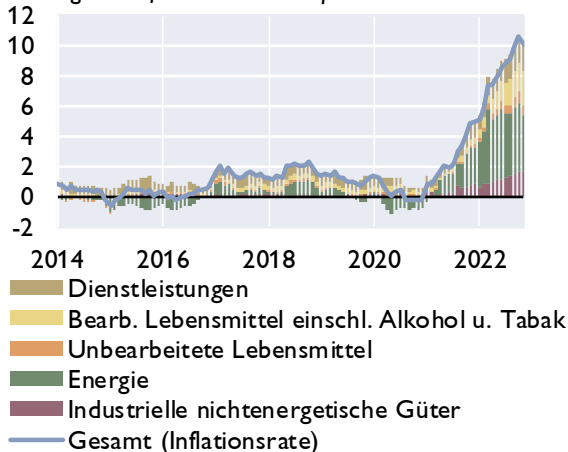
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markt.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI		2022	2020	2021	Aug.22	Sep.22	Okt.22	Nov.22
COICOP¹-Verbrauchsgruppen	<i>Gewicht in %</i>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Gesamt-HVPI	100,0	0,3	2,6	9,1	9,9	10,6	10,0 ^{*)}	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,6	2,0	1,3	12,4	13,8	15,5	..	
Alkoholische Getränke und Tabak	4,3	3,4	2,5	3,8	4,1	4,2	..	
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,0	0,9	2,1	3,2	3,8	..	
Wohnung, Wasser, Energie	17,9	-0,8	4,6	19,7	21,1	23,2	..	
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,7	0,5	1,5	7,4	7,8	8,5	..	
Gesundheitspflege	5,1	0,6	0,4	1,2	1,4	1,8	..	
Verkehr	14,6	-2,2	6,3	9,9	10,9	10,0	..	
Nachrichtenübermittlung	3,1	-1,7	-0,4	-0,7	-0,8	-0,9	..	
Freizeit und Kultur	7,9	0,2	1,3	4,8	4,6	4,9	..	
Bildungswesen	1,0	0,5	-0,3	-0,8	3,8	4,1	..	
Hotels, Cafes und Restaurants	8,0	1,1	1,6	8,1	8,5	8,4	..	
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,7	1,5	1,9	3,2	3,4	3,8	..	

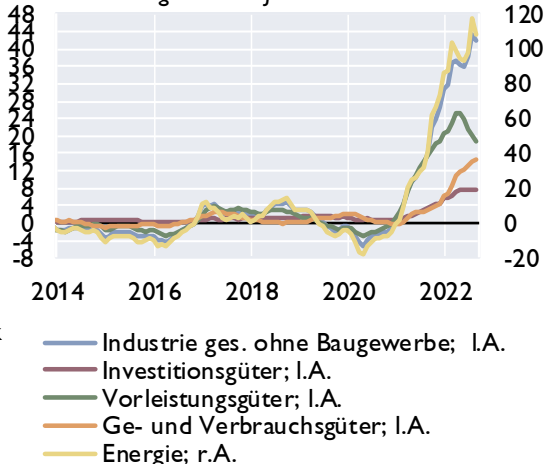
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



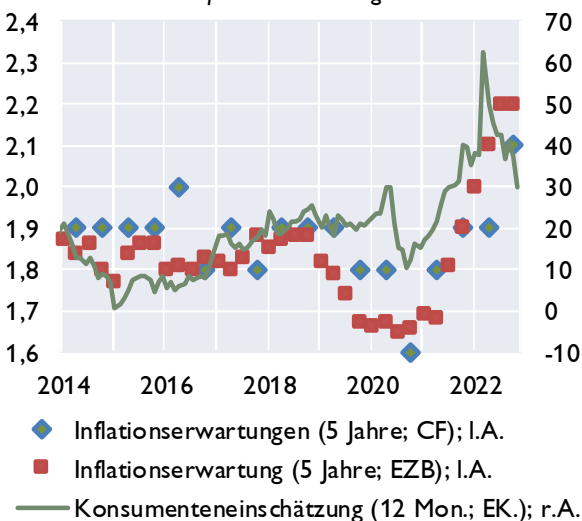
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



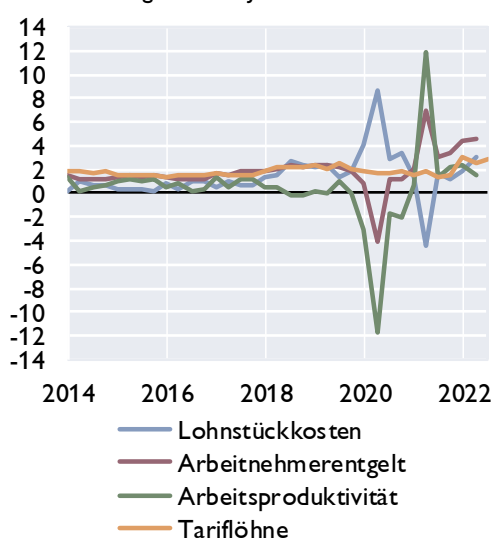
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % Saldo aus positiven und negativen Antworten



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



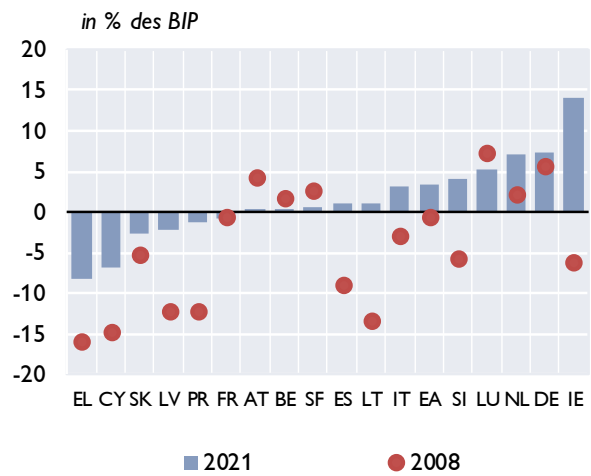
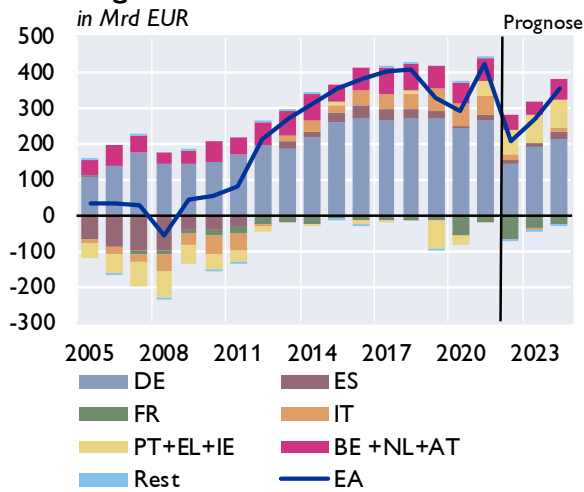
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

¹ Classification of Individual Consumption by Purpose

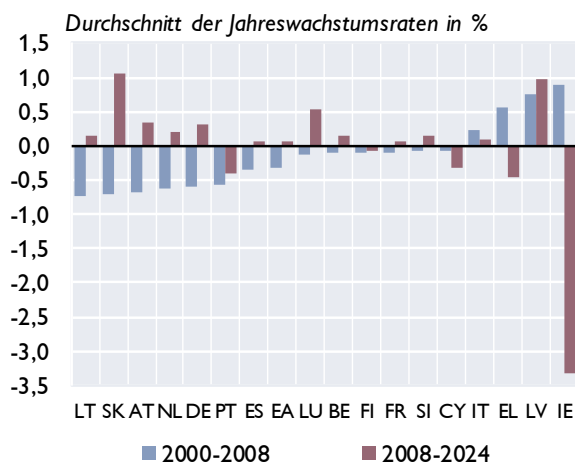
^{*)} Schnellschätzung.

Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

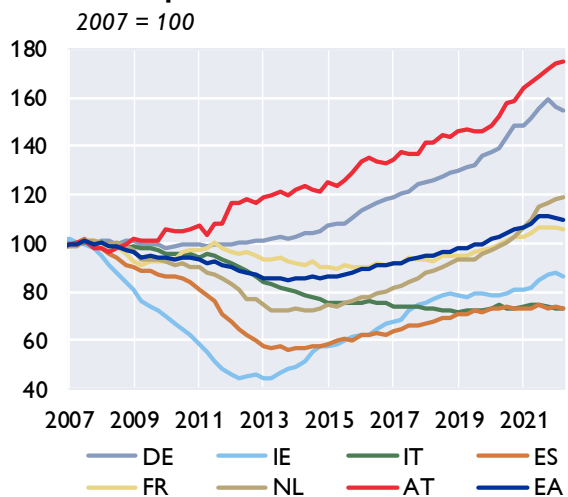
Leistungsbilanzsalden¹



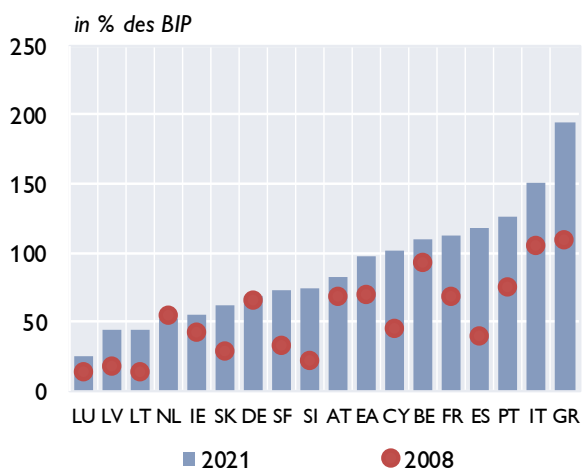
Lohnstückkosten¹



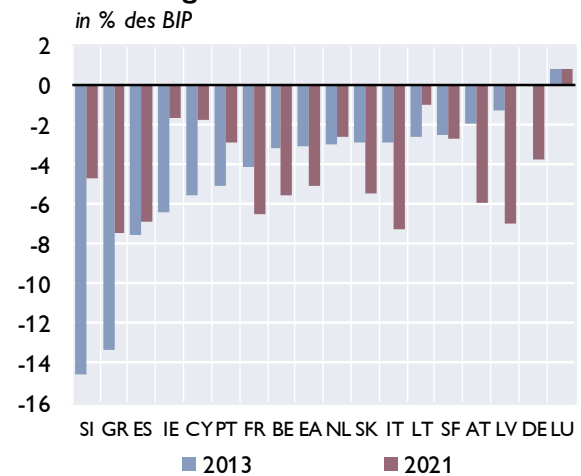
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



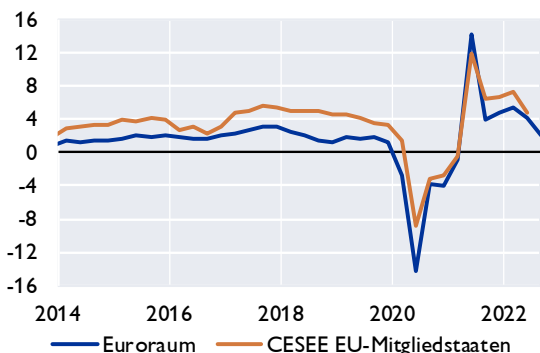
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - ¹ Prognose: EK-Prognose November 2022.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

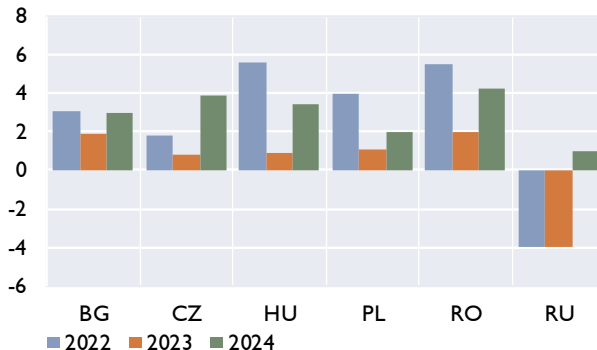
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



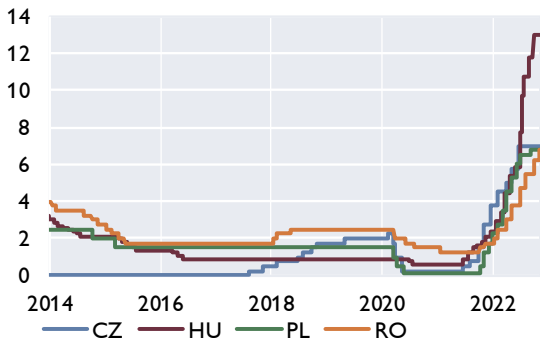
OeNB-BOFIT¹ Prognose Oktober 2022

reales BIP-Wachstum in %



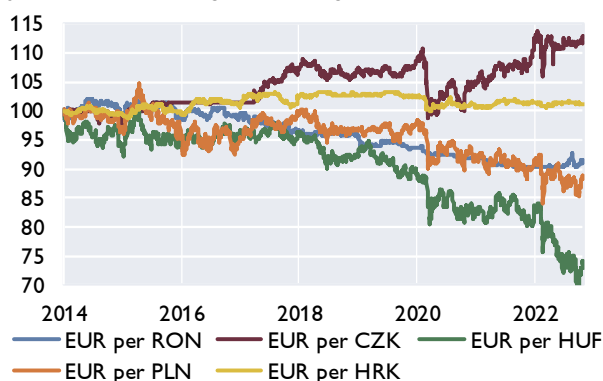
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2014=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiv	
	Oktober 2022		Oktober 2022		Oktober 2022		Oktober 2022	
	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Bulgarien	3,1	1,9	3,1	1,1	3,9	3,0	3,0	1,5
Estland	x	x	0,7	2,1	1,0	1,8	1,0	1,4
Kroatien	x	x	6,0	1,0	5,9	3,5	5,0	2,5
Lettland	x	x	1,9	-0,3	2,5	1,6	2,8	0,6
Litauen	x	x	2,5	0,5	1,8	1,1	2,1	0,9
Polen	4,0	1,1	4,0	0,7	3,8	0,5	4,6	1,7
Rumänien	5,5	2,0	5,8	1,8	4,8	3,1	4,8	2,2
Russland	-4,0	-4,0	-5,1	-3,2	-3,4	-2,3	-3,5	-3,0
Slowakei	x	x	1,9	0,5	1,8	1,5	1,8	0,6
Slowenien	x	x	6,2	0,8	5,7	1,7	5,7	1,9
Tschechische Republik	1,8	0,8	2,5	0,1	1,9	1,5	2,0	1,0
Ungarn	5,6	0,9	5,5	0,1	5,7	1,8	4,2	-1,2

¹ Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiv, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2021	2022	Prognose ¹		3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
			2023	2024					
Veränderung zum Vorjahr in %									
Belgien	6,1	2,8	0,2	1,5	5,0	6,1	5,3	4,1	..
Deutschland	2,6	1,6	-0,6	1,4	1,8	1,2	3,5	1,7	1,3
Estland	8,0	-0,1	0,7	2,1	9,2	7,2	4,5	0,3	..
Irland	13,6	7,9	3,2	3,1	10,2	13,9	11,0	10,8	..
Griechenland	8,4	6,0	1,0	2,0	11,7	8,3	8,0	7,7	..
Spanien	5,5	4,5	1,0	2,0	4,2	6,6	6,7	6,8	3,8
Frankreich	6,8	2,6	0,4	1,5	3,6	5,1	4,7	4,2	1,0
Italien	6,7	3,8	0,3	1,1	4,8	6,5	6,4	4,9	2,6
Zypern	6,6	5,6	1,0	1,9	8,6	6,6	6,6	6,3	5,4
Lettland	4,1	1,9	-0,3	2,6	4,4	2,5	5,1	2,9	..
Litauen	6,0	2,5	0,5	2,4	6,5	5,8	4,1	2,8	2,5
Luxemburg	5,1	1,5	1,0	2,4	2,0	4,1	2,7	1,6	..
Malta	10,3	5,7	2,8	3,7	14,0	11,6	8,1	8,9	..
Niederlande	4,9	4,6	0,6	1,3	5,6	6,2	6,5	5,2	3,1
Österreich	4,6	4,6	0,3	1,1	5,4	6,1	8,6	6,2	1,8
Portugal	5,5	6,6	0,7	1,7	5,0	6,6	12,0	7,4	..
Slowenien	8,2	6,2	0,8	1,7	5,1	10,7	9,3	7,9	3,9
Slowakische Republik	3,0	1,9	0,5	1,9	1,3	1,1	2,9	1,3	1,2
Finnland	3,0	2,3	0,2	1,4	3,1	3,0	3,8	3,2	2,1
Euroraum	5,3	3,2	0,3	1,5	3,9	4,8	5,5	4,3	2,1
Bulgarien	7,6	3,1	1,1	2,4	7,9	7,6	5,3	4,8	..
Tschechische Republik	3,5	2,5	0,1	1,8	3,8	3,5	4,6	3,7	1,6
Dänemark	4,9	3,0	0,0	1,3	3,9	6,6	4,9	3,9	..
Kroatien	13,1	6,0	1,0	1,7	14,7	10,1	6,8	7,8	..
Ungarn	7,1	5,5	0,1	2,6	6,6	7,4	8,0	6,5	..
Polen	6,8	4,0	0,7	2,6	7,1	8,7	10,5	5,6	..
Rumänien	5,1	5,8	1,8	2,2	7,6	4,6	4,4	3,9	4,7
Schweden	5,1	2,9	-0,6	0,8	4,2	5,7	4,1	4,0	2,6
EU	5,4	3,3	0,3	1,6	4,2	5,0	5,6	4,3	2,4
Türkei	11,4	5,0	3,5	3,0	8,7	9,2	7,1	7,2	..
Vereinigtes Königreich	7,5	4,2	-0,9	0,9	8,5	8,9	10,9	4,4	2,4
USA	5,9	1,8	0,7	1,7	5,0	5,7	3,7	1,8	1,8
Japan	1,7	1,7	1,6	1,2	1,2	0,5	0,9	1,6	1,9
Schweiz	4,2	2,2	1,2	2,0	4,0	3,8	4,3	2,5	..
Russland	4,7	-5,1	-3,2	0,9	4,0	5,0	3,5	-4,1	..
Brasilien	4,6	2,5	0,8	1,0	4,0	1,6	1,7	3,2	..
China	8,8	3,4	4,5	4,7	4,9	4,0	4,8	0,4	3,9
Indien	8,3	6,9	6,0	6,3	8,4	5,4	4,1	13,5	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

¹ EK-Prognose: November 2022.

Entwicklung der Verbraucherpreise¹

	2021	Prognose ²		2024	Jul.22	Aug.22	Sep.22	Okt.22	Nov.22	
		2022	2023							
Veränderung zum Vorjahr in %										
Belgien	3,2	10,4	6,2	3,3	10,4	10,5	12,1	13,1	10,5	
Deutschland	3,2	8,8	7,5	2,9	8,5	8,8	10,9	11,6	11,3	
Estland	4,5	19,3	6,6	2,6	23,2	25,2	24,1	22,5	21,4	
Irland	2,4	8,3	6,0	2,8	9,6	9,0	8,6	9,4	9,0	
Griechenland	0,6	10,0	6,0	2,4	11,3	11,2	12,1	9,5	9,0	
Spanien	3,0	8,5	4,8	2,3	10,7	10,5	9,0	7,3	6,6	
Frankreich	2,1	5,8	4,4	2,2	6,8	6,6	6,2	7,1	7,1	
Italien	1,9	8,7	6,6	2,3	8,4	9,1	9,4	12,6	12,5	
Zypern	2,3	8,0	4,2	2,5	10,6	9,6	9,0	8,6	8,3	
Lettland	3,2	16,9	8,3	1,3	21,3	21,4	22,0	21,7	21,7	
Litauen	4,6	18,9	9,1	2,1	20,9	21,1	22,5	22,1	21,4	
Luxemburg	3,5	8,4	3,8	3,1	9,3	8,6	8,8	8,8	7,3	
Malta	0,7	6,1	4,0	2,4	6,8	7,0	7,4	7,4	7,2	
Niederlande	2,8	11,6	4,2	3,9	11,6	13,7	17,1	16,8	11,2	
Österreich	2,8	8,7	6,7	3,3	9,4	9,3	11,0	11,5	11,1	
Portugal	0,9	8,0	5,8	2,3	9,4	9,3	9,8	10,6	10,3	
Slowenien	2,0	9,2	6,5	3,5	11,7	11,5	10,6	10,3	10,8	
Slowakische Republik	2,8	11,8	13,9	3,6	12,8	13,4	13,6	14,5	15,1	
Finnland	2,1	7,2	4,3	1,9	8,0	7,9	8,4	8,4	9,0	
Euroraum	2,6	8,5	6,1	2,7	8,9	9,1	9,9	10,6	10,0*	
Bulgarien	2,8	12,8	7,4	3,2	14,9	15,0	15,6	14,8	..	
Tschechische Republik	3,3	15,6	9,5	3,5	17,3	17,1	17,8	15,5	..	
Dänemark	1,9	7,9	3,7	2,0	9,6	9,9	11,1	11,4	..	
Kroatien	2,7	10,1	6,5	2,3	12,7	12,6	12,6	12,7	..	
Ungarn	5,2	14,8	15,7	3,9	14,7	18,6	20,7	21,9	..	
Polen	5,2	13,3	13,8	4,9	14,2	14,8	15,7	16,4	..	
Rumänien	4,1	11,8	10,2	6,8	13,0	13,3	13,4	13,5	..	
Schweden	2,7	8,1	6,6	1,8	8,3	9,5	10,3	9,8	..	
EU	2,9	9,3	7,0	3,0	9,8	10,1	10,9	11,5	..	
Türkei	19,6	71,7	54,1	40,4	79,5	80,1	83,4	85,4	..	
Vereinigtes Königreich	2,6	7,9	7,5	2,9	10,1	9,9	10,1	11,1	..	
USA	4,7	7,9	3,4	2,3	8,5	8,2	8,2	7,8	..	
Japan	-0,2	2,5	3,1	1,8	2,6	3,0	3,0	3,7	..	
Schweiz	0,5	3,0	2,5	2,0	3,3	3,3	3,2	2,9	..	
Russland	6,7	14,2	7,1	4,7	15,1	14,3	13,7	12,6	..	
Brasilien	8,3	9,4	4,7	..	10,1	8,7	7,2	6,5	..	
China ³	0,9	3,7	2,5	3,0	2,7	2,5	2,8	2,1	..	
Indien	4,9	6,9	5,1	..	5,8	5,9	6,5	

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

*) Schnellschätzung.

¹ EU, Türkei, Schweiz: HVP; restliche Länder nationaler VPI.² EK-Prognose: November 2022; Brasilien u. Indien: IMF WEO Update Oktober 2022.³ China Prognose: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten¹

	2021	Prognose ²			Jun.22	Jul.22	Aug.22	Sep.22	Okt.22
		2022	2023	2024					
	in %								
Belgien	6,3	5,8	6,4	6,3	5,9	5,9	5,8	5,7	..
Deutschland	3,6	3,1	3,5	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	..
Estland	6,2	6,1	6,6	6,2	5,8	5,8	5,7	5,7	..
Irland	6,2	4,4	4,8	5,0	4,2	4,3	4,4	4,4	4,4
Griechenland	14,7	12,6	12,6	12,1	12,4	12,2	12,1	11,8	..
Spanien	14,8	12,7	12,7	12,6	12,6	12,7	12,7	12,7	..
Frankreich	7,9	7,7	8,1	7,7	7,6	7,4	7,3	7,1	..
Italien	9,5	8,3	8,7	8,5	8,0	8,0	7,9	7,9	..
Zypern	7,5	7,2	7,2	6,9	7,3	8,0	8,3	8,0	..
Lettland	7,6	7,1	8,1	7,9	6,4	6,5	6,5	6,6	..
Litauen	7,1	6,0	7,1	7,0	5,4	5,2	5,2	5,0	..
Luxemburg	5,3	4,7	5,1	4,9	4,3	4,3	4,4	4,5	..
Malta	3,5	3,2	3,1	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0	..
Niederlande	4,2	3,7	4,3	4,3	3,4	3,6	3,8	3,8	3,7
Österreich	6,2	5,0	5,2	5,3	4,2	4,6	5,3	5,1	..
Portugal	6,6	5,9	5,9	5,7	6,0	6,0	6,0	6,1	..
Slowenien	4,8	4,1	4,3	4,1	4,4	4,2	4,1	4,1	..
Slowakische Republik	6,8	6,3	6,4	6,4	6,1	6,0	5,9	5,9	..
Finnland	7,7	7,0	7,2	6,9	6,8	7,2	7,3	7,3	6,4
Euroraum	7,7	6,8	7,2	7,0	6,7	6,7	6,7	6,6	..
Bulgarien	5,3	5,2	5,2	5,3	4,5	4,6	4,6	4,6	..
Tschechische Republik	2,8	2,7	3,3	3,6	2,4	2,4	2,4	2,2	..
Dänemark	5,1	4,5	5,5	5,6	4,3	4,6	4,4	4,5	..
Kroatien	7,6	6,3	6,3	5,9	6,3	6,4	6,3	6,3	..
Ungarn	4,1	3,6	4,2	4,2	3,1	3,5	3,6	3,7	..
Polen	3,4	2,7	3,0	3,1	2,7	2,6	2,6	2,6	..
Rumänien	5,6	5,4	5,8	5,4	5,4	5,2	5,1	5,2	..
Schweden	8,8	7,2	7,6	7,8	7,6	7,0	7,0	7,1	7,7
EU	7,0	6,2	6,5	6,4	6,1	6,1	6,0	6,0	..
Türkei	12,0	10,6	10,6	10,6	10,4	10,2	9,8	10,1	..
Vereinigtes Königreich	4,5	3,8	4,4	4,8	3,6	3,5	3,6
USA	5,4	3,7	4,1	4,4	3,6	3,5	3,7	3,5	..
Japan	2,8	2,7	2,5	2,5	2,6	2,6	2,5	2,6	..
Schweiz	3,0	4,6	4,8	4,5	2,2	2,2	2,1	2,1	..
Russland	4,8	4,2	4,5	4,6	3,9	3,9	3,8	3,9	..
Brasilien	13,5	9,8	9,5	..	9,3	9,1	8,9	8,7	..
China	5,1	4,2	4,1	..	5,5	5,4	5,3	5,5	5,5
Indien	7,8	x	x	x	7,8	6,8	8,3	6,4	7,8

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

¹ EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

² EK-Prognose November 2022; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2022.

Leistungsbilanzsalden

	Prognose ¹									
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
<i>in % des BIP</i>										
Belgien	1,4	0,6	0,7	-0,9	0,1	1,1	0,4	-2,7	-2,9	-2,6
Deutschland	8,7	8,7	8,0	8,1	7,7	7,1	7,4	3,7	4,7	5,0
Estland	1,8	1,2	2,3	0,9	2,4	-1,0	-1,8	0,4	0,7	1,1
Irland	4,4	-4,2	0,5	4,9	-19,8	-2,7	14,2	18,1	18,2	17,8
Griechenland	-1,4	-2,3	-2,1	-3,5	-2,3	-8,0	-8,2	-8,6	-8,6	-8,1
Spanien	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,6	1,0	0,9	0,8	1,2
Frankreich	-0,5	-0,6	-0,7	-0,7	-0,7	-2,5	-0,8	-2,5	-1,3	-0,8
Italien	1,4	2,6	2,6	2,6	3,3	3,9	3,1	0,8	-0,2	0,5
Zypern	-0,3	-3,9	-5,0	-3,9	-5,5	-10,0	-6,8	-9,6	-7,3	-6,2
Lettland	-0,6	1,6	1,3	-0,2	-0,7	2,8	-2,2	-6,4	-6,8	-4,0
Litauen	-2,5	-1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	1,1	-3,9	-2,8	-2,6
Luxemburg	-1,0	1,8	3,0	3,9	-1,4	3,1	5,3	3,5	3,0	3,9
Malta	2,7	3,7	10,9	10,7	7,6	1,4	4,9	5,1	5,5	6,0
Niederlande	5,2	7,1	8,9	9,3	6,9	5,1	7,2	5,7	5,3	6,9
Österreich	1,9	2,9	1,5	1,0	2,5	3,0	0,4	0,2	-0,0	-0,1
Portugal	-0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	-1,2	-1,2	-1,5	-0,9	-0,8
Slowenien	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,7	4,0	-0,6	-0,5	-0,3
Slowakische Republik	-0,7	-2,1	-1,0	-0,7	-2,9	-0,2	-2,6	-6,5	-5,6	-5,3
Finnland	-0,8	-2,0	-0,8	-1,8	-0,3	0,7	0,6	-0,2	-0,3	0,1
Euroraum	3,3	3,5	3,6	3,5	2,7	2,6	3,5	1,5	1,9	2,4
Bulgarien	0,6	5,3	6,1	5,4	1,9	0,0	-0,5	-1,2	-3,0	-3,2
Tschechische Republik	-1,7	-0,3	0,8	-0,6	-0,9	0,7	-2,6	-5,8	-6,9	-5,9
Dänemark	8,2	7,8	8,0	7,3	8,5	7,9	9,0	6,7	7,4	7,8
Kroatien	2,9	2,2	3,3	1,6	2,9	-0,4	3,2	0,2	-0,6	-0,8
Ungarn	1,8	4,2	1,6	-0,0	-0,9	-0,9	-4,0	-7,6	-6,3	-4,3
Polen	-0,1	-0,3	-0,3	-1,0	0,8	3,3	-0,1	-2,9	-2,5	-1,6
Rumänien	-0,3	-1,2	-3,2	-4,4	-5,2	-5,5	-6,8	-9,1	-8,8	-8,4
Schweden	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	5,9	5,3	3,3	3,3	4,2
EU	3,2	3,4	3,4	3,2	2,7	2,6	3,1	1,1	1,4	1,9
Türkei	-3,0	-3,1	-4,7	-4,7	-4,7	-4,7	-1,7	-5,9	-3,3	-2,6
Vereinigtes Königreich	-5,1	-5,5	-3,6	-4,1	-2,8	-3,2	-2,0	-5,6	-6,0	-5,8
USA	-2,3	-2,2	-1,9	-2,1	-2,1	-2,8	-3,7	-3,8	-3,2	-2,8
Japan	3,1	3,9	4,1	3,5	3,4	3,0	2,8	0,7	1,2	1,7
Schweiz	10,0	8,2	6,5	5,7	5,4	2,2	7,8	8,3	8,6	8,6
Russland	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,2	6,9	11,5	9,1	8,9
Brasilien	-3,0	-1,4	-1,1	-2,7	-3,5	-1,7	-1,7	-1,5	-1,6	..
China	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,7	1,8	2,5	2,1	1,7
Indien	-1,1	-0,6	-1,8	-2,1	-0,9	0,9	-1,2	-3,5	-2,9	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹ EK-Prognose November 2022; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2022.

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
	2019	2020	2021	Prognose ¹			2019	2020	2021	Prognose ¹		
				2022	2023	2024				2022	2023	2024
	<i>in % des BIP</i>											
Belgien	-1,9	-9,0	-5,6	-5,2	-5,8	-5,1	97,6	112,0	109,2	106,2	107,9	108,6
Deutschland	1,5	-4,3	-3,7	-2,3	-3,1	-2,6	58,9	68,0	68,6	67,4	66,3	65,4
Estland	0,1	-5,5	-2,4	-2,3	-3,7	-3,3	8,5	18,5	17,6	18,7	19,3	21,9
Irland	0,5	-5,0	-1,7	0,2	0,8	1,2	57,0	58,4	55,4	44,7	41,2	39,3
Griechenland	1,1	-9,9	-7,5	-4,1	-1,8	-0,8	180,6	206,3	194,5	171,1	161,9	156,9
Spanien	-3,1	-10,1	-6,9	-4,6	-4,3	-3,6	98,2	120,4	118,3	114,0	112,5	112,1
Frankreich	-3,1	-9,0	-6,5	-5,0	-5,3	-5,1	97,4	115,0	112,8	111,7	110,8	110,2
Italien	-1,5	-9,5	-7,2	-5,1	-3,6	-4,2	134,1	154,9	150,3	144,6	143,6	142,6
Zypern	1,3	-5,8	-1,7	1,1	1,1	1,6	90,4	113,5	101,0	89,6	84,0	77,7
Lettland	-0,6	-4,3	-7,0	-7,1	-3,4	-1,3	36,5	42,0	43,6	42,4	44,0	43,6
Litauen	0,5	-7,0	-1,0	-1,9	-4,4	-1,8	35,8	46,3	43,7	38,0	41,0	39,9
Luxemburg	2,2	-3,4	0,8	-0,1	-1,7	-0,5	22,4	24,5	24,5	24,3	26,0	26,3
Malta	0,6	-9,4	-7,8	-6,0	-5,7	-4,4	40,7	53,3	56,3	57,4	59,9	60,6
Niederlande	1,8	-3,7	-2,6	-1,1	-4,0	-3,1	48,5	54,7	52,4	50,3	52,4	53,2
Österreich	0,6	-8,0	-5,9	-3,4	-2,8	-1,9	70,6	82,9	82,3	78,5	76,6	74,9
Portugal	0,1	-5,8	-2,9	-1,9	-1,1	-0,8	116,6	134,9	125,5	115,9	109,1	105,3
Slowenien	0,6	-7,7	-4,7	-3,6	-5,2	-2,7	65,4	79,6	74,5	69,9	69,6	68,8
Slowakische Republik	-1,2	-5,4	-5,5	-4,2	-5,8	-4,7	48,0	58,9	62,2	59,6	57,4	57,4
Finnland	-0,9	-5,5	-2,7	-1,4	-2,3	-2,3	64,9	74,8	72,4	70,7	72,0	73,3
Euroraum	-0,6	-7,0	-5,1	-3,5	-3,7	-3,3	85,8	99,0	97,2	93,7	92,5	91,6
Bulgarien	2,1	-3,8	-3,9	-3,4	-2,8	-2,5	20,0	24,5	23,9	22,5	23,6	25,6
Tschechische Republik	0,3	-5,8	-5,1	-4,3	-4,1	-3,0	30,0	37,7	42,0	42,9	44,2	44,5
Dänemark	4,1	0,2	3,6	1,8	0,5	0,4	33,7	42,2	36,6	33,7	32,8	32,1
Kroatien	0,2	-7,3	-2,6	-1,6	-2,4	-2,7	71,0	87,0	78,4	70,0	67,2	68,0
Ungarn	-2,0	-7,5	-7,1	-6,2	-4,4	-5,2	65,3	79,3	76,8	76,4	75,2	75,1
Polen	-0,7	-6,9	-1,8	-4,8	-5,5	-5,2	45,7	57,2	53,8	51,3	52,9	54,2
Rumänien	-4,3	-9,2	-7,1	-6,5	-5,0	-4,8	35,1	46,9	48,9	47,9	47,3	47,6
Schweden	0,6	-2,8	-0,1	0,2	0,2	-0,0	35,2	39,5	36,3	32,1	29,4	28,5
EU	-0,5	-6,7	-4,6	-3,4	-3,6	-3,2	79,2	91,5	89,4	86,0	84,9	84,1
Türkei	-4,5						32,7					
Vereinigtes Königreich	-2,2	-12,8	-8,0	-6,4	-4,4	-3,7	85,5	105,6	105,6	103,0	101,1	101,8
USA	-6,4	-15,2	-11,9	-5,9	-6,7	-7,1	108,5	131,8	127,0	122,8	124,7	127,0
Japan	-3,0	-9,0	-11,6	-11,8	-10,3	-9,3	236,3	259,4	262,5	263,9	258,8	255,0
Schweiz	1,3	-3,0	-0,5	-0,3	0,2	0,7	25,9	27,9	27,5	26,3	25,1	23,5
Russland	3,7	-3,8	0,8	-2,5	-3,2	-2,7	13,7	19,2	17,0	17,0	18,9	20,6
Brasilien	-5,9	-13,3	-4,4	-5,8	-7,5	..	87,9	98,7	93,0	88,2	88,9	..
China	-6,1	-9,7	-6,1	-8,9	-7,2	..	57,2	68,1	71,5	76,9	84,1	..
Indien	-7,5	-12,8	-10,0	-9,9	-9,0	..	75,1	89,2	84,2	83,4	83,8	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹EK-Prognose November 2022; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2022.

Prognosen und Konjunkturschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB Konjunkturschätzung			WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Szenario Juni 2022			Oktober 2022		Oktober 2022		November 2022			Oktober 2022		November 2022		
	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2024
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>															
BIP, real	3,8	1,9	1,9	4,8	0,2	4,7	0,3	4,5	0,1	1,2	4,7	1,0	4,6	0,3	1,1
Privater Konsum, real	3,9	2,0	2,0	3,8	1,0	4,7	0,3	3,8	0,7	1,9	x	x	4,2	-0,5	1,2
Öffentlicher Konsum, real	-0,2	0,7	0,1	-1,5	-3,5	3,0	-1,0	-1,3	-3,5	-0,3	x	x	2,4	0,6	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,6	2,6	2,1	-0,5	0,8	-2,3	1,5	-0,5	1,0	1,4	x	x	-0,6	1,2	1,6
Exporte, real	7,1	2,9	3,3	9,4	0,9	10,9	1,9	13,6	2,3	4,8	13,3	2,0	10,5	1,4	1,0
Importe, real	5,2	2,8	2,9	6,0	0,9	6,9	1,6	7,5	1,4	3,8	10,3	3,7	6,7	1,2	1,1
Arbeitsproduktivität ¹	1,3	0,6	1,0	0,3	0,3	1,8	-0,1	1,0	1,0	1,0	x	x	2,1	-0,3	0,5
BIP Deflator	5,1	4,2	2,9	6,0	5,7	4,6	5,0	4,3	6,0	3,0	4,9	3,1	6,1	5,8	3,7
VPI	x	x	x	8,3	6,5	8,5	6,8	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	7,0	4,2	3,0	8,4	6,6	8,6	6,7	8,5	6,7	3,6	7,7	5,1	8,7	6,7	3,3
Lohnstückkosten	2,4	4,8	2,7	1,9	7,4	2,6	7,4	1,2	1,3	1,3	x	x	2,1	6,9	4,4
Beschäftigte ²	2,6	1,4	0,9	2,7	0,5	2,8	0,4	2,4	0,8	1,0	2,4	0,4	2,5	0,6	0,6
<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>															
Arbeitslosenquote	4,5	4,4	4,3	4,6	4,7	4,7	4,9	4,9	5,1	5,2	4,5	4,6	5,0	5,2	5,3
<i>in % des nominellen BIP</i>															
Leistungsbilanz	0,5	1,1	1,3	0,8	-0,1	x	x	0,7	1,0	1,8	-2,6	-2,1	0,2	-0,0	-0,1
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,2	-0,7	-3,5	-1,7	-3,3	-2,7	-3,5	-2,7	-2,0	-2,7	-1,6	-3,4	-2,8	-1,9
<i>Prognoseannahmen</i>															
Erdölpreis in USD/Barrel	105,8	93,4	84,3	99,0	83,0	100,0	85,0	102,6	95,0	95,0	98,2	85,5	101,8	85,0	78,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,0	1,3	1,6	0,3	3,9	0,3	3,3	0,5	3,8	3,9	-0,2	0,8	0,2	3,1	3,0
USD/EUR-Wechselkurs	1,07	1,05	1,05	1,05	1,04	1,04	0,98	1,04	0,98	0,98	1,06	1,03	1,04	0,98	0,98
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>															
BIP, real Euroraum	2,8	2,1	2,1	3,2	0,5	3,1	0,3	3,3	0,5	1,4	3,1	0,5	3,2	0,3	1,5
BIP, real USA	2,5	1,9	2,0	1,7	0,9	1,6	0,7	1,8	0,5	1,0	1,6	1,0	1,8	0,7	1,7
BIP, real Welt	3,0	3,3	3,4	x	x	3,0	2,1	3,1	2,2	2,7	3,2	2,7	3,1	2,5	3,1
Welthandel ³	4,3	3,2	3,6	x	x	4,0	1,7	5,4	2,9	3,8	4,3	2,5	5,4	2,3	3,6

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - ² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

	2020	2021	2021	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
			Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
HVPI gesamt	1,4	2,8	3,9	5,5	7,9	9,9	..	9,3	11,0	11,5	11,1*)
Keminflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,0	2,1	3,6	3,5	5,0	6,3	..	6,3	6,7	7,5	..
Nationaler VPI	1,4	2,8	2,4	5,8	7,9	9,8	..	9,3	10,6	11,1	10,6*)
Deflator des privaten Konsums	1,5	2,2	3,0	4,9	6,9	x	x	x	x
BIP Deflator	2,6	1,9	1,8	3,3	4,3	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,6	7,9	15,3	19,5	21,1	21,4	..	21,3	22,1	18,4	..
Großhandelspreisindex	-4,1	10,3	15,8	19,2	25,9	21,6	..	21,3	20,6	21,2	..
Tariflohnindex	2,3	1,7	1,8	2,6	2,9	3,2	..	3,2	3,2	3,2	..
BIP je Erwerbstätigen	-2,2	4,1	4,3	7,2	6,7	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	7,1	0,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	6,0	-3,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>											
BIP real	-6,6	4,7	-1,3	1,2	1,9	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-7,9	3,4	-3,9	3,4	-0,7	-0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,5	7,9	1,6	-1,8	1,8	0,1	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-5,0	8,7	1,4	1,6	-2,1	-3,5	..	x	x	x	x
Exporte	-11,4	10,2	4,2	0,4	3,4	-1,6	..	x	x	x	x
Importe	-9,2	13,7	3,3	1,3	-1,5	-1,0	..	x	x	x	x
<i>Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)</i>											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	-6,5	4,6	6,0	9,3	6,0	x	x	x	x
Binnennachfrage (ohne Lager)	-5,0	4,7	5,6	6,5	2,2	x	x	x	x
Nettoexporte	-1,2	-1,8	-0,1	5,3	6,2	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,3	1,7	0,5	-2,5	-2,5	x	x	x	x
<i>Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)</i>											
Exporte	-7,1	16,1	9,4	19,7	18,9	17,9
Importe	-8,5	23,6	25,3	25,6	18,5	23,1
<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz</i>											
Güter- und Dienstleistungen	11,4	2,1	-0,1	2,2	1,4	x	x	x	x
Reiseverkehr	8,2	2,1	0,7	3,8	0,7	x	x	x	x
Leistungsbilanz	11,3	1,4	0,9	1,4	-0,4	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	3,0	0,4	0,9	1,4	-0,4	x	x	x	x
<i>Ausgewählte Indikatoren</i>											
Economic Sentiment Indicator	87,5	112,0	114,0	108,3	100,4	89,1	..	87,5	86,5	84,5	85,9
Industrievertrauen (%-Saldo)	-15,2	10,3	14,6	11,6	6,6	-1,3	..	-3,7	-3,7	-6,7	-7,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-5,6	10,1	9,5	10,8	9,8	5,4	..	5,7	7,0
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	79,5	87,1	88,6	88,4	88,9	87,8	85,6	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	0,9	19,0	20,9	19,5	10,6	5,8	..	7,2	2,3	4,1	-1,6
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	-11,4	16,4	20,9	16,7	14,8	6,9	..	6,4	0,9	-0,4	1,3
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-10,0	-4,9	-7,0	-13,1	-23,2	-32,2	..	-31,1	-32,3	-31,0	-29,8
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-26,4	-4,8	-6,1	-7,0	-4,2	-16,9	..	-23,9	-17,5	-19,7	-14,9
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	2,8	1,3	1,7	-1,4	-1,4	..	-2,0	2,6
<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	-2,1	2,4	3,5	5,0	2,7	1,8	..	1,8	1,8	1,7	..
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	35,9	-19,0	-26,0	-30,2	-24,9	-13,9	..	-13,0	-11,8	-7,5	..
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,9	8,0	7,2	7,2	5,8	5,7	..	5,9	5,7	6,0	..
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,0	6,2	5,3	4,6	4,4	5,2	5,1	4,6	..
<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>											
Geldmenge M3 (östem. Beitrag)	9,6	4,9	5,1	5,1	4,3	5,5	..	5,8	6,7	6,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,7	5,6	6,2	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	7,3	9,4	9,4	7,9	6,9	4,9	..	5,6	4,9	4,3	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	-0,4	-0,5	-0,6	-0,5	-0,4	0,5	..	0,4	1,0	1,4	..
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	-0,2	-0,1	0,0	0,5	1,6	1,9	..	1,7	2,5	2,9	..
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.412	3.436	3.782	3.638	3.189	2.923	..	3.011	2.853	2.795	..
<i>Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP</i>											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-7,2	-5,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-8,0	-5,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	82,9	82,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x

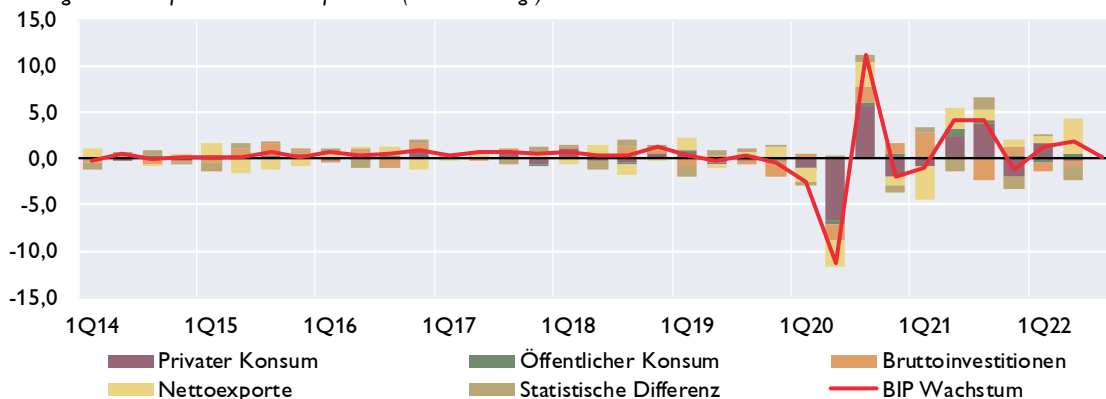
Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

*) Schnellschätzung

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

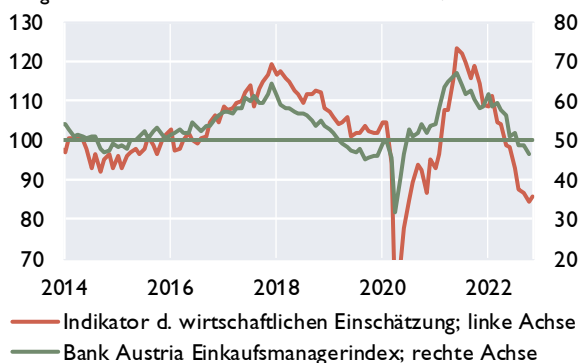
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



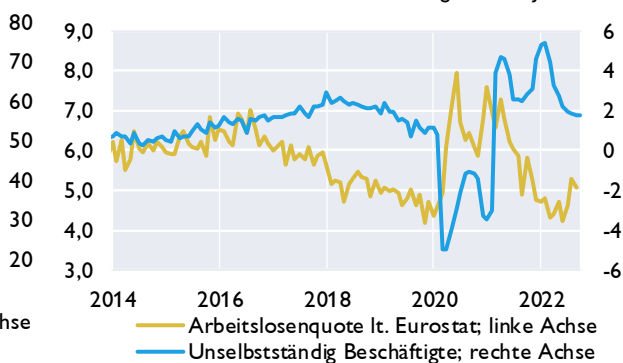
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 Wachstumsschwelle = 50¹



Arbeitsmarkt

in % Veränderung zum Vorjahr in %



Zahlungsbilanz²

Salden	2019	2020	2021	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
in Mrd EUR								
Leistungsbilanz	9,5	11,3	1,4	-1,1	1,9	0,9	1,4	-0,4
Güter	4,4	3,4	-0,3	-0,2	0,2	-1,2	-1,3	0,5
Dienstleistungen	9,7	8,0	2,4	-0,1	1,4	1,2	3,5	0,9
Primäreinkommen	-1,1	3,4	1,8	-0,2	0,4	1,3	-0,2	-1,1
Sekundäreinkommen	-3,4	-3,5	-2,5	-0,6	-0,2	-0,3	-0,6	-0,7
Vermögensübertragungen	-0,1	-0,4	0,1	-0,1	0,0	0,1	-0,5	0,1
Kapitalbilanz	14,7	4,5	-4,0	-0,5	-0,2	-5,4	6,0	-7,1
Direktinvestitionen	4,7	10,7	7,3	0,4	4,8	1,0	3,5	-4,3
Portfolioinvestitionen	-3,4	-13,3	9,9	3,9	0,8	11,2	-2,1	-1,5
Finanzderivate	1,4	1,1	0,6	0,2	0,2	0,0	-0,9	-0,7
Sonstige Investitionen	12,2	4,4	-26,0	-4,8	-10,6	-17,7	4,6	-0,8
Währungsreserven ³	-0,2	1,5	4,2	-0,2	4,6	0,1	0,8	0,0
Statistische Differenz	5,3	-6,4	-5,6	0,7	-2,1	-6,4	5,0	-6,8
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	3,0	0,4	-1,1	1,8	0,9	1,4	-0,4

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

¹ Werte über 50 signalisieren Wachstum.

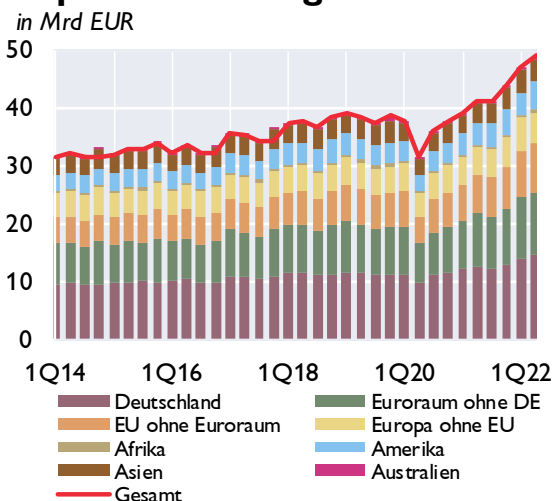
² Transaktionen; bis 2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten, 2022 provisorische Daten.

³ OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

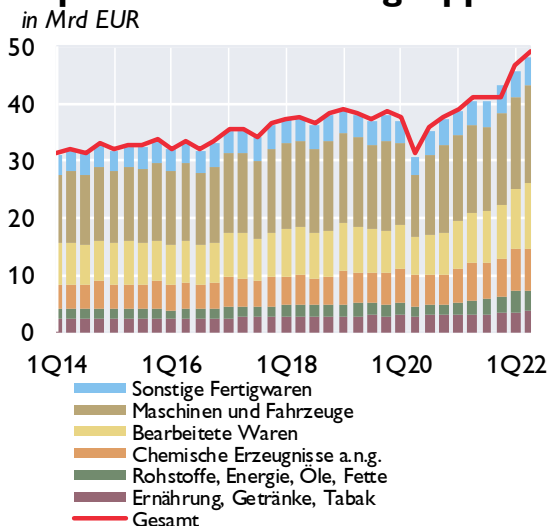
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in %	
2019	153.502	157.817	-4.316	2,3	1,1
2020	142.566	144.421	-1.855	-7,1	-8,5
2021	165.586	178.446	-12.860	16,1	23,6
Jän.-Aug. 21	106.879	114.459	-7.580	16,3	22,8
Jän.-Aug. 22	126.193	138.427	-12.234	18,1	20,9
März 22	17.557	19.482	-1.925	14,8	19,6
Apr. 22	15.341	17.451	-2.110	9,9	15,4
Mai 22	17.031	18.562	-1.531	28,6	31,0
Juni 22	16.693	17.410	-717	18,7	10,1
Juli 22	15.694	16.781	-1.087	11,2	13,7
Aug. 22	14.506	16.831	-2.325	17,9	23,1

Exporte nach Regionen

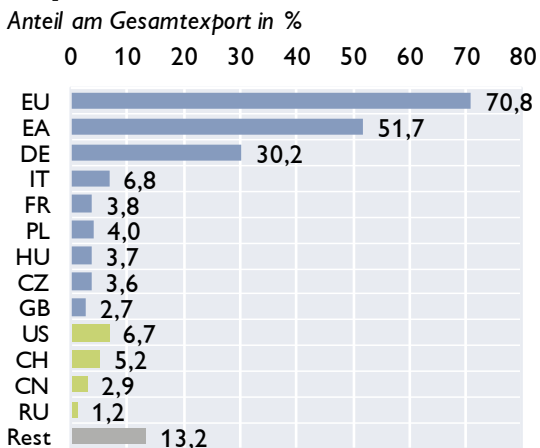


Exporte nach Warengruppen

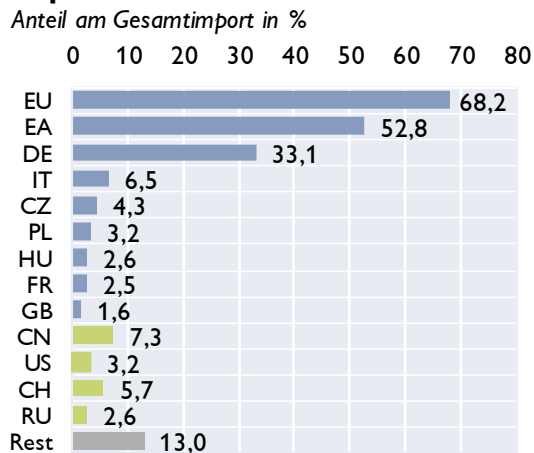


Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2021

Exporte



Importe



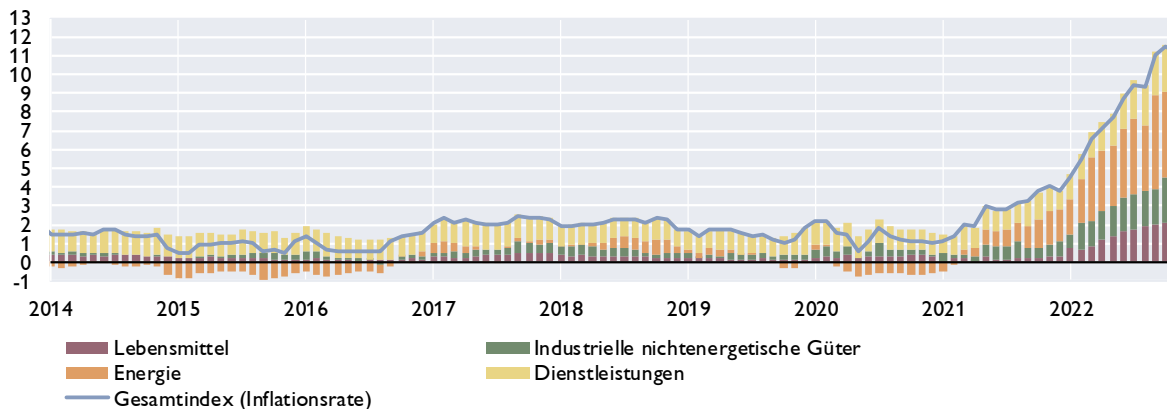
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

COICOP ¹ -Verbrauchsgruppen	2022		2020	2021	Jul.22	Aug.22	Sep.22	Okt.22	Nov.22
	Gewicht in %	Veränderung zum Vorjahr in %							
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	2,8	9,4	9,3	11,0	11,5	11,1*)	..
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,3	2,3	0,7	12,1	13,1	13,9	14,4
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	1,1	2,3	4,0	4,0	3,9	4,0
Bekleidung und Schuhe	6,1	-0,1	1,0	0,2	1,2	-0,6	3,8
Wohnung, Wasser, Energie	15,4	2,1	3,2	13,9	15,0	24,4	23,8
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,4	1,0	1,9	7,6	8,4	8,6	11,5
Gesundheitspflege	5,9	2,1	1,6	2,5	2,3	2,4	3,3
Verkehr	14,0	-1,9	5,9	22,5	17,4	17,9	17,1
Nachrichtenübermittlung	2,4	-2,7	-2,6	-0,7	-1,0	-1,1	-1,4
Freizeit und Kultur	9,6	1,9	2,9	4,0	3,9	3,9	3,8
Bildungswesen	1,3	1,9	2,0	2,5	2,5	3,8	3,9
Hotels, Cafes und Restaurants	11,2	3,4	3,8	9,4	9,9	10,5	11,0
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,3	2,0	1,2	2,7	3,2	4,5	4,8

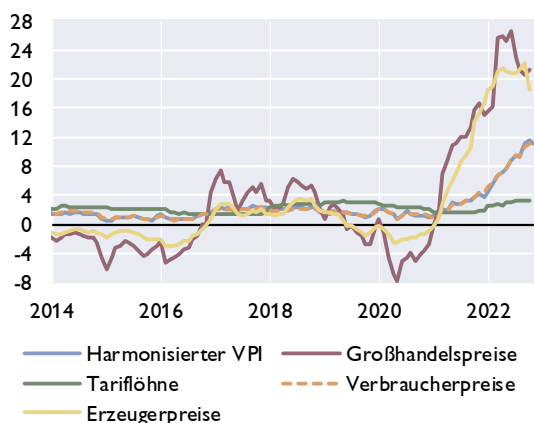
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Arbeitsproduktivität ¹	0,6	0,2	-4,7	2,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,7	2,9	2,2	2,5
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ²	1,7	-1,1	1,7	0,2
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,2	2,4	7,1	0,3
Sachgütererzeugung	1,8	3,3	6,0	-3,6

¹In der Gesamtwirtschaft.

²Real-effektiver Wechselkursindex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. ¹ Classification of Individual Consumption by Purpose.

*) Schnellschätzung.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2019	2020	2021	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
Gesamt	152.709	97.876	79.563	48.067	17.400	35.767	26.792	50.331
Inländer	39.944	31.596	29.599	15.789	5.930	7.796	9.575	14.130
Ausländer	112.765	66.280	49.964	32.278	11.469	27.971	17.216	36.201
darunter								
Deutschland	56.683	38.508	32.084	21.384	6.590	13.864	10.564	20.632
Osteuropa	13.216	7.679	5.235	2.611	1.489	3.652	1.829	3.370
Niederlande	10.355	7.416	4.334	3.271	900	4.682	777	3.496
Schweiz	4.931	3.143	1.992	1.131	634	755	742	1.360
Vereinigtes Königreich	3.679	1.477	310	95	178	983	457	585
Italien	2.886	996	1.011	675	221	179	315	1.157
Belgien	2.897	1.737	1.211	936	230	1.099	461	1.015
Frankreich	1.809	791	587	375	157	318	231	572
Dänemark	1.649	1.058	385	243	123	815	107	400
USA	2.050	326	375	188	147	159	385	603

Veränderung zum Vorjahr in %

Gesamt	1,9	-35,9	-18,7	10,6	182,0	1222,5	135,2	4,7
Inländer	1,4	-20,9	-6,3	-2,8	59,7	299,4	61,5	-10,5
Ausländer	2,1	-41,2	-24,6	18,6	366,9	3616,0	215,1	12,2

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
Deutschland	9.224	6.031	4.714	548	2.930	1.141	2.468	1.591
Niederlande	1.349	1.002	505	16	362	123	717	89
Schweiz	1.432	1.029	546	46	337	152	257	181
Italien	850	350	304	35	190	63	80	76
CESEE ¹	3.217	1.983	1.462	258	619	411	794	577
Restl. Europa	2.506	1.299	543	43	298	179	833	275
Rest der Welt	1.915	430	309	30	166	94	123	173
Gesamt	20.493	12.124	8.383	976	4.902	2.163	5.272	2.962

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	2Q21	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22
Deutschland	2.398	1.079	1.297	228	508	473	440	1.001
Italien	1.443	539	1.545	196	1.139	197	125	406
Kroatien	992	173	618	80	498	38	58	141
Europäische Mittelmeerländer ²	1.164	339	936	115	594	205	134	262
Restl. Europa	2.977	1.341	1.621	241	784	421	420	420
Rest der Welt	1.390	454	237	13	39	147	256	29
Gesamt	10.364	3.925	6.254	873	3.562	1.481	1.433	2.259

¹ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

² Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

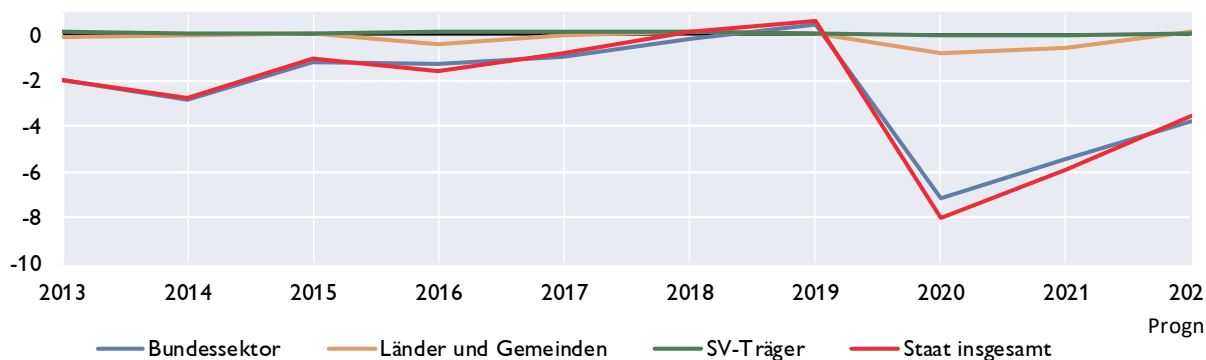
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	in Mrd EUR				in % des BIP			
	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
2018	-0,5	0,7	0,5	0,7	-0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	-27,4	-3,1	-0,1	-30,5	-7,2	-0,8	-0,0	-8,0
2021	-22,0	-2,1	0,0	-24,1	-5,4	-0,5	0,0	-5,9
2022 ¹⁾	-17,2	0,8	0,4	-15,9	-3,8	0,2	0,1	-3,5

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP



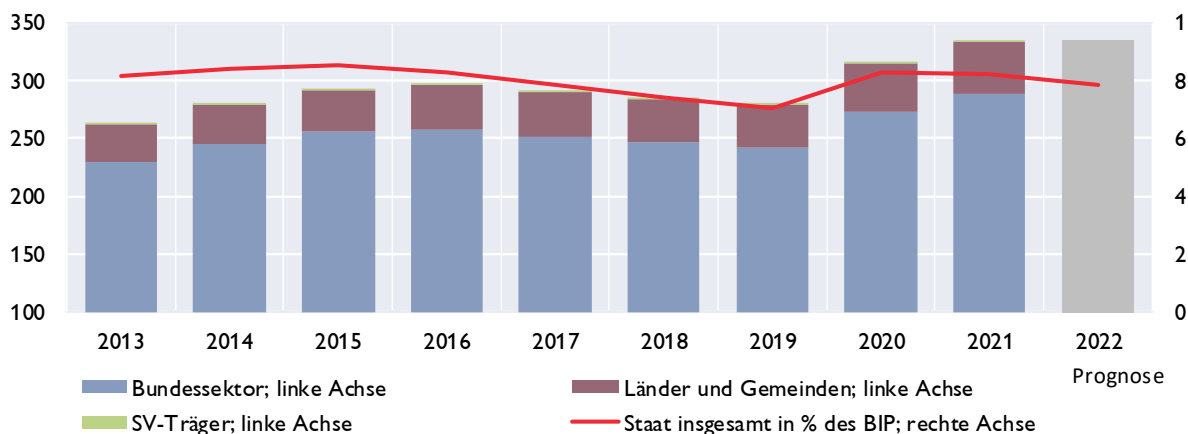
Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	in Mrd EUR				in % des BIP			
	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
2018	246,1	37,9	1,3	285,4	63,9	9,9	0,3	74,1
2019	241,9	37,6	1,0	280,5	60,9	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	71,7	10,7	0,5	82,9
2021	288,8	44,1	1,2	334,2	71,1	10,9	0,3	82,3
2022 ¹⁾	.	.	.	353,2	.	.	.	78,3

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR

in % des BIP



1) BMF-Prognose.

Quelle: Statistik Austria, BMF (Okt. 2022).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebahrung des Bundes

Finanzierungshaushalt ¹	Jänner bis Oktober		Erfolg		Bundesvoranschlag (BVA)	BVA 2022 / Erfolg 2021
	2021	2022	2021	2022		
Allgemeine Gebahrung	in Mio EUR					in %
Auszahlungen	82.124	88.546	107.138	107.504		0,3
Einzahlungen	67.922	72.819	89.164	84.409		-5,3
Nettofinanzierungsbedarf ²	-14.202	-15.727	-17.974	-23.095		-28,5

Abgaben des Bundes

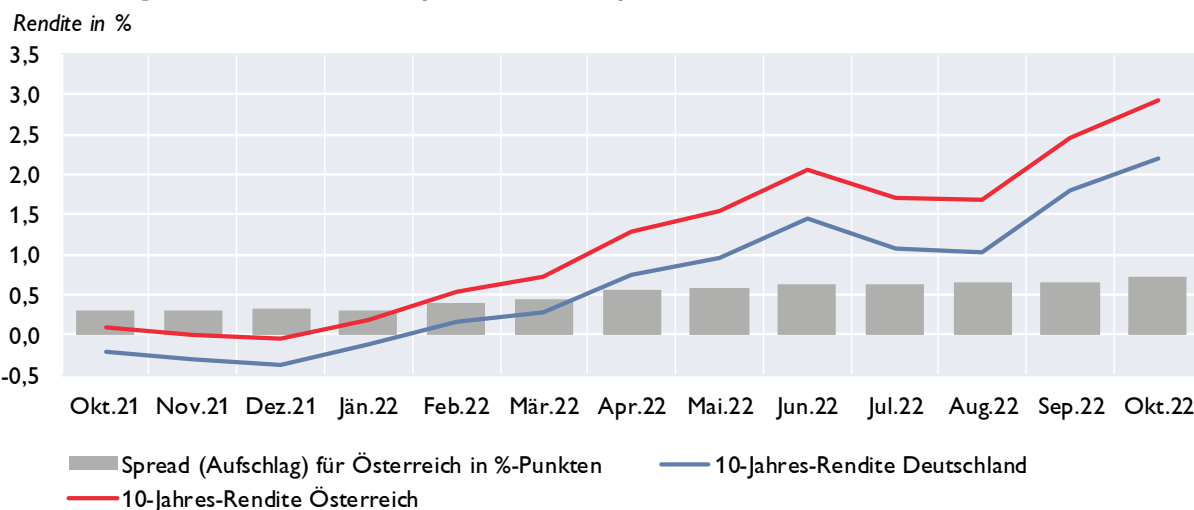
	Jänner bis Oktober		Erfolg		Bundesvoranschlag (BVA)	BVA 2022 / Erfolg 2021
	2021	2022	2021	2022		
Einkommen- und Vermögensteuern	37.208	43.311	48.775	49.639		1,8
davon:						
veranlagte Einkommensteuer	2.634	3.751	4.473	3.800		-15,0
Körperschaftsteuer	6.984	10.389	9.821	10.000		1,8
Lohnsteuer	24.217	25.335	30.096	31.600		5,0
Kapitalertragsteuern	3.217	3.625	4.217	4.050		-4,0
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	36.782	40.897	44.996	47.851		6,3
davon: Umsatzsteuer	25.172	29.244	30.648	33.800		10,3
Öffentliche Abgaben brutto	75.945	84.940	95.684	98.100		2,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	27.275	32.350	33.269	37.565		12,9
Überweisungen an die Europäische Union	3.389	2.894	3.561	3.600		1,1
Öffentliche Abgaben netto ³	45.281	49.696	58.854	56.935		-3,3

¹ Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.

² Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.

³ Steuereinnahmen des Bundes.

10-jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Vermögenslage

AKTIVA

Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	194.914	189.971	-4.943	-2,5
Darlehen und Kredite	764.260	819.877	55.617	7,3
Schuldverschreibungen	139.095	144.554	5.459	3,9
Eigenkapitalinstrumente	8.439	9.220	781	9,3
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	18.229	20.813	2.584	14,2
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21.498	22.480	982	4,6
Materielle Vermögenswerte	10.905	10.773	-132	-1,2
Immaterielle Vermögenswerte	2.962	3.059	97	3,3
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	8.326	10.618	2.292	27,5
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1.168.625	1.231.364	62.739	5,4

	2. Quartal	2. Quartal	Differenz zur	
	2021	2022	Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	194.914	189.971	-4.943	-2,5
Darlehen und Kredite	764.260	819.877	55.617	7,3
Schuldverschreibungen	139.095	144.554	5.459	3,9
Eigenkapitalinstrumente	8.439	9.220	781	9,3
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	18.229	20.813	2.584	14,2
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21.498	22.480	982	4,6
Materielle Vermögenswerte	10.905	10.773	-132	-1,2
Immaterielle Vermögenswerte	2.962	3.059	97	3,3
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	8.326	10.618	2.292	27,5
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1.168.625	1.231.364	62.739	5,4

PASSIVA

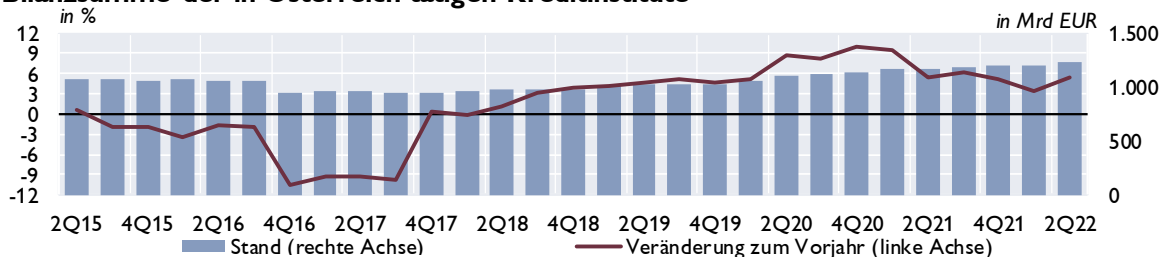
Einlagen von Zentralbanken	95.482	98.839	3.357	3,5
Einlagen von Kreditinstituten	109.969	117.085	7.116	6,5
Einlagen von Nichtbanken	671.022	708.959	37.937	5,7
Begebene Schuldverschreibungen	149.653	151.946	2.293	1,5
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	12.296	17.558	5.262	42,8
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1.198	1.143	-55	-4,6
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾	1	4	3	300,0
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	17.387	20.208	2.821	16,2
Rückstellungen	12.508	11.408	-1.100	-8,8
Eigenkapital und Minderheitenanteile	99.109	104.214	5.105	5,2
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾	-8.463	-7.515	948	11,2
*hievon: Minderheitenanteile	6.817	7.159	342	5,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1.168.625	1.231.364	62.739	5,4

Einlagen von Zentralbanken	95.482	98.839	3.357	3,5
Einlagen von Kreditinstituten	109.969	117.085	7.116	6,5
Einlagen von Nichtbanken	671.022	708.959	37.937	5,7
Begebene Schuldverschreibungen	149.653	151.946	2.293	1,5
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	12.296	17.558	5.262	42,8
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1.198	1.143	-55	-4,6
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾	1	4	3	300,0
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	17.387	20.208	2.821	16,2
Rückstellungen	12.508	11.408	-1.100	-8,8
Eigenkapital und Minderheitenanteile	99.109	104.214	5.105	5,2
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾	-8.463	-7.515	948	11,2
*hievon: Minderheitenanteile	6.817	7.159	342	5,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1.168.625	1.231.364	62.739	5,4

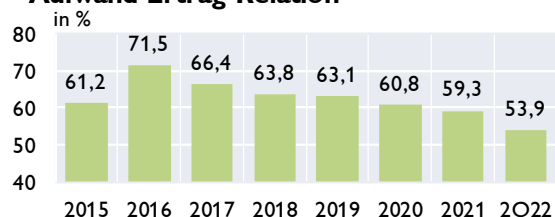
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedaten kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

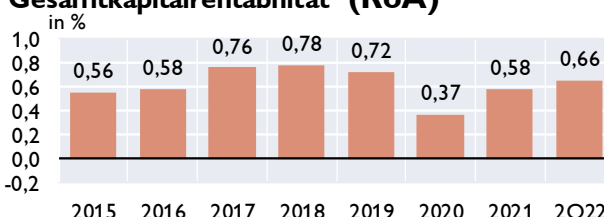
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB.

Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).

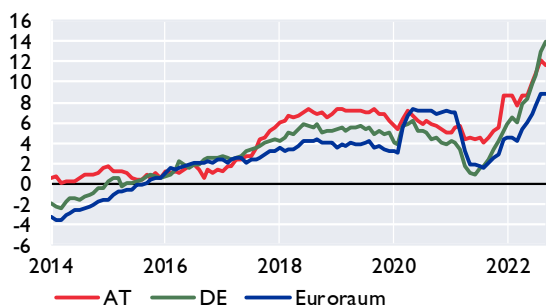
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2019	168,8	5.938	4,2	3,6	162,9	4.463	6,2	3,2
2020	174,5	6.139	3,6	3,1	169,8	4.697	5,0	7,1
2021	184,2	6.380	5,2	4,2	184,6	4.852	8,6	4,3
Dez.21	184,2	6.380	5,2	4,2	184,6	4.852	8,6	4,3
Jän.22	184,1	6.421	5,3	4,3	185,3	4.866	8,6	4,5
Feb.22	184,7	6.431	5,4	4,4	186,7	4.881	8,6	4,6
Mär.22	186,0	6.460	5,4	4,5	188,1	4.919	7,6	4,2
Apr.22	186,3	6.477	5,4	4,6	189,0	4.956	8,6	5,4
Mai.22	187,6	6.511	5,5	4,6	190,0	4.988	8,7	6,0
Jun.22	189,3	6.561	5,5	4,6	192,7	5.026	10,0	6,9
Jul.22	189,9	6.584	5,4	4,5	195,7	5.083	10,8	7,6
Aug.22	190,5	6.597	5,2	4,5	198,4	5.128	12,1	8,8
Sep.22	191,1	6.617	4,7	4,4	199,3	5.151	11,7	8,9

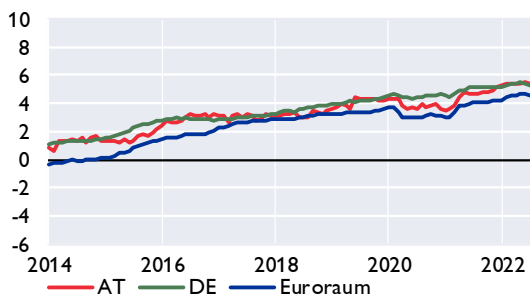
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



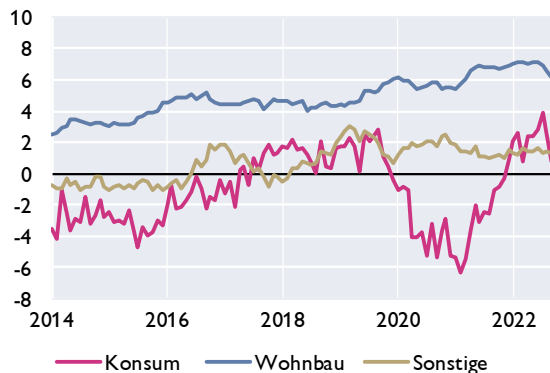
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

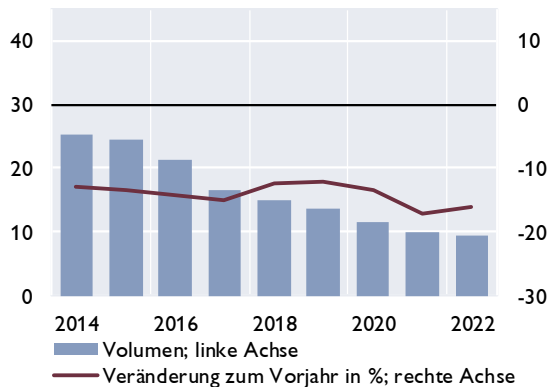
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR

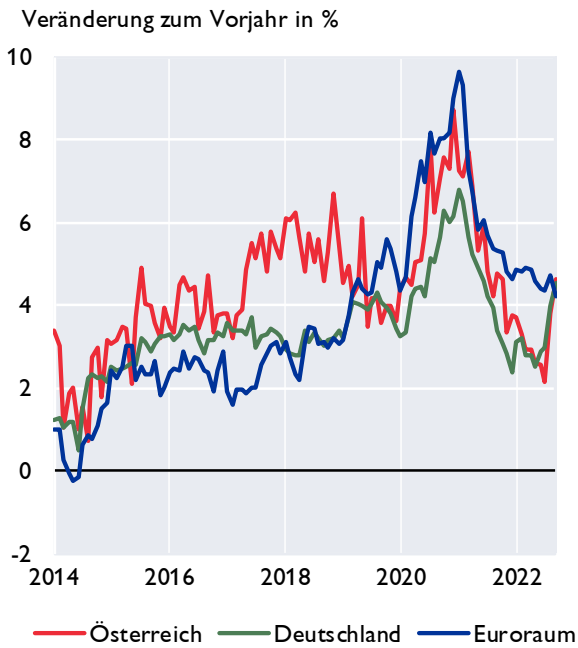
in %



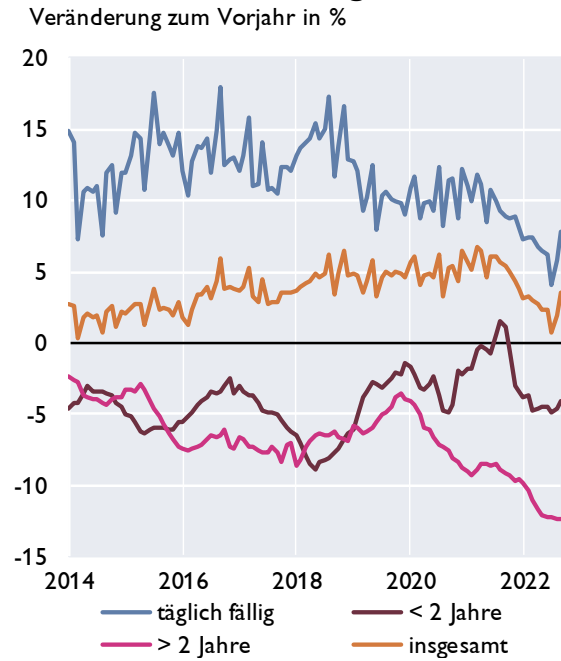
Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

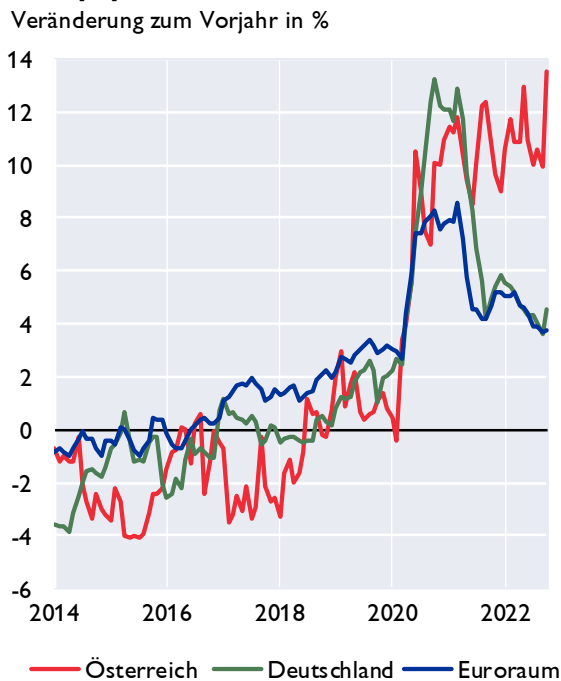
Einlagen von Nichtbanken



Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten



Wertpapierumlauf



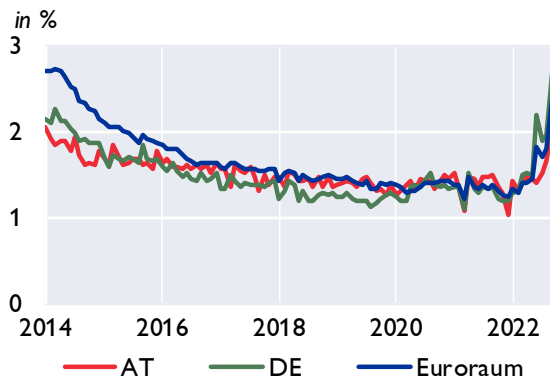
Wertpapierumlauf vom Bankensektor



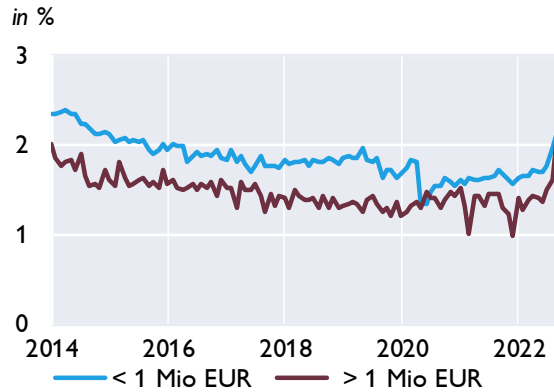
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

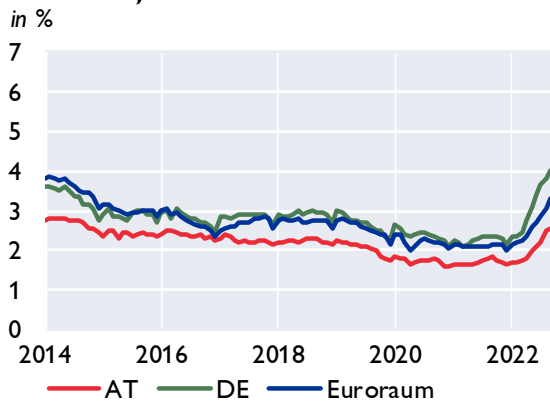


Nach Kredithöhe in Österreich

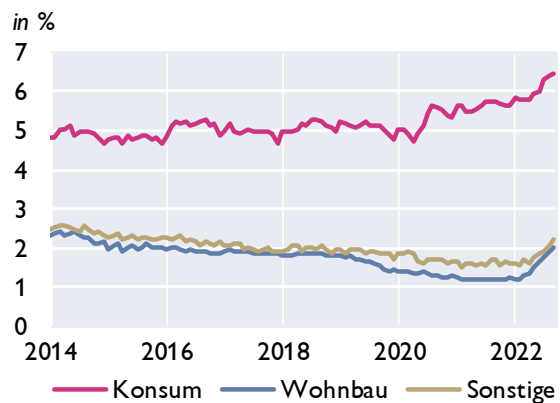


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

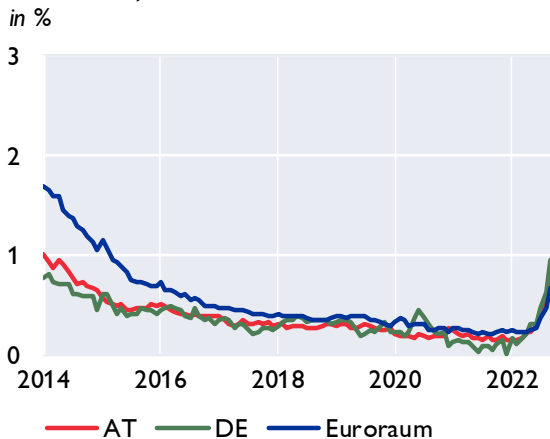


Nach Verwendungszweck in Österreich

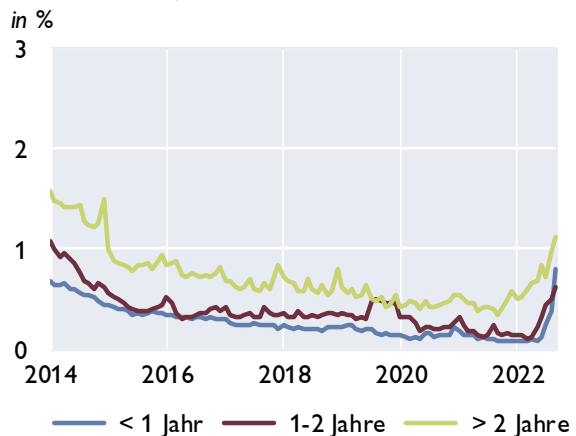


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Ertragslage

	2. Quartal	2. Quartal	Differenz zur	
	2021	2022	Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis, netto	7.814	8.725	911	11,7
*hievon: Zinsen und ähnliche Erträge	10.937	13.177	2.240	20,5
*hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	3.124	4.452	1.328	42,5
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²⁾	0	0	-	-
Dividenerträge	235	271	36	15,3
Provisionsergebnis, netto	3.858	4.703	845	21,9
*hievon: Provisionserträge	4.997	5.966	969	19,4
*hievon: (Provisionsaufwand)	1.139	1.263	124	10,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	61	-54	-115	R
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	-2	-18	-16	R
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	-362	-279	83	22,9
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ²⁾	37	-338	-375	R
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	668	867	199	29,8
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	16	22	6	37,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.836	1.751	-85	-4,6
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.379	1.319	-60	-4,4
Betriebserträge, netto	12.783	14.332	1.549	12,1
(Verwaltungsaufwendungen)	6.644	7.036	392	5,9
*hievon: (Personalaufwendungen)	4.182	4.279	97	2,3
*hievon: (Sachaufwendungen)	2.462	2.757	295	12,0
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	560	729	169	30,2
(Abschreibungen)	685	688	3	0,4
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	3	-13	-16	R
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	-39	1.779	1.818	A
Betriebsergebnis	4.929	4.113	-816	-16,6
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	112	35	-77	-68,8
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	23	7	-16	-69,6
(Sonstige Rückstellungen)	97	60	-37	-38,1
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	306	629	323	105,6
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-16	12	28	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	570	848	278	48,8
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²⁾	-5	9	14	A
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS ²⁾	-18	-13	5	27,8
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	4.952	4.214	-738	-14,9
(Ertragssteuern)	906	1.008	102	11,3
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	4.047	3.206	-841	-20,8
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	11	373	362	>500%
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²⁾	1	454	453	>500%
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	312	191	-121	-38,8
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	3.746	3.841	95	2,5

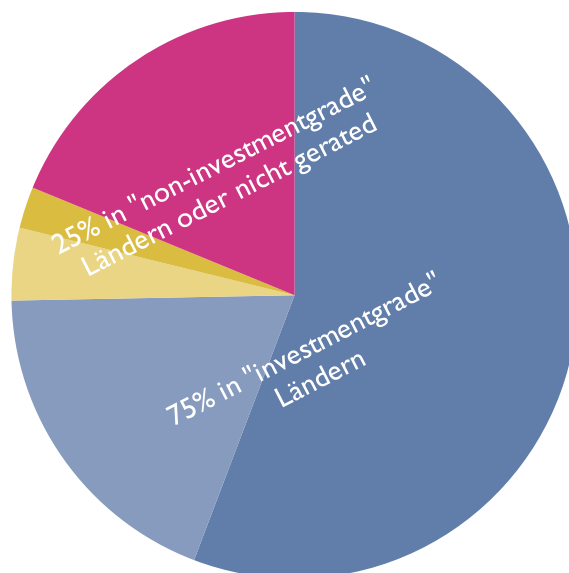
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obestehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



■ AA- - A- ■ BBB+ - BBB- ■ BB+ - BB- ■ B+ - B- ■ not rated

	2017	2018	2019	2020	2021	2022Q1	2022Q2
<i>in Mio EUR</i>							
Tschechische Republik	69.914	75.815	77.843	78.868	93.192	102.648	101.831
Slowakei	31.127	33.256	35.985	40.627	46.542	45.739	47.263
Rumänien	24.555	25.737	27.531	30.367	32.721	32.469	33.727
Ungarn	15.901	16.817	18.590	21.240	25.404	27.107	25.676
Kroatien	16.841	17.328	17.811	19.202	20.446	20.779	21.845
Republik Serbien	4.579	5.376	5.344	5.387	9.117	7.971	10.501
Polen	16.311	7.985	8.460	8.446	7.858	8.088	7.971
Slowenien	4.805	4.823	6.155	7.227	6.238	6.285	6.298
Bosnien Herzgowina	3.337	3.620	3.800	3.990	4.156	4.075	4.053
Mazedonien	345	396	1.107	1.237	1.327	1.341	1.354
Republik Montenegro	811	892	954	964	946	945	962
Bulgarien	3.759	4.173	4.624	4.931	5.622	5.568	722
Türkei	859	737	642	616	385	420	412
Litauen	164	171	253	318	331	406	376
Lettland	119	140	148	317	365	436	360
Aserbeidschan	267	244	213	149	83	78	77
Estland	14	14	37	46	100	69	69
Andere	16.504	19.553	23.778	19.636	24.069	23.541	30.844
Gesamt	210.215	217.078	233.275	243.569	278.902	287.965	294.341

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2022

	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen										
Bestände in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	22.767	22.767	x	x	x	x	x	x	7.034
Bargeld	921	15.314	15.296	0	17	1	0	26.678	0	4.370
Täglich fällige Einlagen	74.911	203.245	180.129	9.630	8.987	3.856	643	206.211	6.835	107.869
Sonstige Einlagen	24.413	245.783	231.750	775	12.898	163	197	89.981	1.294	47.830
Kurzfristige Kredite	35.839	70.346	61.270	29	6.987	2.058	2	2.858	0	33.869
Langfristige Kredite	134.947	497.757	463.245	245	28.902	5.328	37	159	0	99.927
Handelskredite	56.421	82	30	0	53	0	0	23	12	26.495
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	33	7.830	7.311	504	5	10	0	534	0	27.587
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4.917	337.849	214.493	78.286	3.127	41.176	766	20.563	857	296.908
Börsennotierte Aktien	44.039	59.407	3.507	39.241	15.390	1.269	0	34.023	1.151	47.784
Nicht börsennotierte Aktien	47.839	70.119	24.356	227	35.077	10.409	51	9.536	65	17.925
Investmentzertifikate	18.631	161.096	13.566	66.050	23.570	34.372	23.537	78.638	3.117	28.111
Sonstige Anteilsrechte	195.444	110.552	39.421	2.696	63.725	4.709	0	166.809	2.558	147.541
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	66.888	x	1.648
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3.277	3.540	0	0	0	3.540	0	4.171	0	1.295
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	45.533	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	16.813	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11.015	21.319	12.808	74	6.229	1.819	388	13.228	266	6.438
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	652.647	1.827.006	1.289.951	197.757	204.966	108.710	25.622	782.647	16.155	902.631
Geldvermögensbildung										
über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	4.690	4.690	x	x	x	x	x	x	4.561
Bargeld	605	2.245	2.244	0	2	0	0	282	0	432
Täglich fällige Einlagen	1.098	-28.505	-28.420	1.673	-1.800	-36	77	11.862	601	24.825
Sonstige Einlagen	2.910	18.619	16.904	-79	1.969	-189	15	-4.650	8	3.635
Kurzfristige Kredite	-402	6.460	6.174	-1	160	131	-4	24	0	3.979
Langfristige Kredite	16.433	31.849	29.066	66	3.295	-575	-2	-4	0	7.150
Handelskredite	6.307	6	-4	0	10	0	0	-5	3	3.760
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	7	2.489	2.309	176	4	0	0	88	0	4.139
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	289	32.102	29.879	2.770	328	-1.023	147	-727	5	5.059
Börsennotierte Aktien	6.953	1.217	-13	849	403	-23	0	2.161	-25	1.788
Nicht börsennotierte Aktien	-1.405	2.665	-818	231	3.358	-131	25	-226	0	650
Investmentzertifikate	2.753	-3.778	-787	-68	-3.110	471	-283	8.478	241	1.936
Sonstige Anteilsrechte	-2.560	4.456	819	133	3.208	296	0	666	3	2.024
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-531	x	-60
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-174	82	0	0	0	82	0	-221	0	168
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	264	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1.256	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-3.686	-688	-269	36	-922	510	-42	1.495	-13	-825
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	29.128	73.911	61.773	5.786	6.905	-487	-66	20.212	824	63.218
Nettogeldvermögen	-321.916	7.860	36.035	-7.641	-35.577	12.021	3.022	564.709	13.681	-76.985
Finanzierungssaldo	-11.734	-354	1.508	-2.718	1.306	-222	-228	11.084	949	6.774

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2022

Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	--	----------------------	----------------------	-------------------	--	------------------------------------

Verbindlichkeiten

Bestände in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	7.034	7.034	x	x	x	x	x	x	22.767
Bargeld	x	44.952	44.952	x	x	x	x	x	x	2.411
Täglich fällige Einlagen	x	617.343	617.343	x	x	x	x	x	x	25.564
Sonstige Einlagen	x	324.143	324.143	x	x	x	x	x	x	92.573
Kurzfristige Kredite	47.408	23.872	0	333	22.511	1.028	0	8.502	332	61.447
Langfristige Kredite	331.975	38.170	0	176	36.193	1.794	6	206.040	1.838	148.751
Handelskredite	48.153	99	3	0	96	0	0	104	12	32.895
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	513	5.976	5.975	x	0	0	0	x	x	7.009
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	39.412	157.317	139.372	0	12.603	5.342	0	x	x	186.983
Börsennotierte Aktien	103.585	28.211	19.512	x	3.794	4.906	x	x	x	80.407
Nicht börsennotierte Aktien	46.097	65.622	55.883	176	3.132	6.431	0	x	x	63.203
Investmentzertifikate	x	204.354	0	204.354	0	0	x	x	x	97.577
Sonstige Anteilsrechte	322.975	162.173	19.223	73	142.806	71	0	x	12	143.300
Lebensversicherungsansprüche	x	63.321	x	x	0	63.321	x	x	x	5.216
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9.975	x	x	0	9.975	x	x	x	2.308
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13.783	31.635	6.478	x	0	2.564	22.593	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16.813	0	0	16.813	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	20.662	18.135	13.997	286	2.596	1.257	0	3.291	281	7.204
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	974.563	1.819.145	1.253.915	205.398	240.543	96.689	22.600	217.938	2.475	979.616

Finanzierung

über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	4.561	4.561	x	x	x	x	x	x	4.690
Bargeld	x	3.330	3.330	x	x	x	x	x	x	226
Täglich fällige Einlagen	x	17.720	17.720	x	x	x	x	x	x	984
Sonstige Einlagen	x	20.757	20.757	x	x	x	x	x	x	87
Kurzfristige Kredite	8.978	828	0	-136	1.031	-67	-1	412	-2	1.274
Langfristige Kredite	30.008	682	0	23	815	-155	-1	8.981	-91	14.461
Handelskredite	3.596	65	0	0	64	0	0	-102	5	5.966
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-16	1.250	1.251	x	-1	0	0	x	x	1.631
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-4.070	13.023	11.575	x	628	820	0	x	x	12.774
Börsennotierte Aktien	1.661	17	0	x	17	0	0	x	x	10.414
Nicht börsennotierte Aktien	352	227	438	x	-91	-141	-24	x	x	998
Investmentzertifikate	x	8.489	0	8.489	0	0	0	x	x	1.669
Sonstige Anteilsrechte	1.996	1.518	-322	3	1.866	-29	0	x	2	1.342
Lebensversicherungsansprüche	x	-819	0	x	0	-819	0	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-46	0	x	0	-46	0	x	x	-99
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-27	295	107	x	0	1	187	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1.256	0	0	1.256	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.616	1.113	848	80	15	170	0	-164	-39	-198
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	40.862	74.265	60.265	8.504	5.599	-265	162	9.128	-125	56.444
Nettogeldvermögen	-321.916	7.860	36.035	-7.641	-35.577	12.021	3.022	564.709	13.681	-76.985
Finanzierungssaldo	-11.734	-354	1.508	-2.718	1.306	-222	-228	11.084	949	6.774

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.